

grünes blatt



Zugespitzte Atomspaltungen

Seite 4

Lubmin: der vergessene Standort

Seite 6

Eine Torte für Trittin

Seite 24

Castorblockade in Dalle

Seite 48



Castorblockade Dalle



Will „das Volk“ „oben bleiben“?

Seite 20

Klimaschutz: Gut gemeint reicht nicht mehr

Seite 34

Aktionen gegen Massentierhaltung

Seite 41

The Matrix of the Philippine Mining Industry

Seite 50



INHALT

- 03 TRAUER UM PATRIQ
- 04 ZUGESPITZTE ATOMSPALTUNGEN
- 06 LUBMIN – DER VERGESSENE STANDORT
- 08 BERGBAU UND COMMONS
- 10 GENTECHNIK IN ÜPLINGEN
- 12 ENERGIESPARLAMPEN
- 15 ULTRALEICHTTREKKING
- 17 MARS TV BERICHTET ÜBER MILITÄR
- 18 90 TAGESSÄTZE WEGEN
ANTIMILITARISTISCHER GLEISBLOCKADE
- 20 WILL „DAS VOLK“ „OBEN BLEIBEN“?
- 24 EINE TORTE FÜR TRITTIN
- 27 CRUDE AWAKENING:
ÖL - DEINE ZEIT IST VORBEI!
- 30 KNASTAUFENTHALT VON JÖRG B.
- 32 BRIEFE AUS DEM KNAST
- 34 GUT GEMEINT REICHT NICHT MEHR
- 36 SCHLICHTUNG, MEDIATION, INTEGRATION
- 38 ENGLAND: HAFTSTRAFEN GEGEN
TIERBEFREIUNGSAKTIVIST*INNEN
- 41 AKTIONEN GEGEN MASSENTIERHALTUNG
- 45 AUSEINANDERSETZUNGEN UM WIETZE
- 46 UNTERSCHIEDLICHE VORSTELLUNGEN VON
„NACHHALTIGKEITSSTRATEGIEN“
- 48 CASTORBLOCKADE IN DALLE
- 50 THE MATRIX OF THE
PHILIPPINE MINING INDUSTRY

ISSN 1612-2186

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
<http://gruenes-blatt.de/>

Redaktion

grünes blatt – Redaktion
Postfach 32 01 19
D-39040 Magdeburg
Fon: +49 391/72 72 657
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de
Hausanschrift:

Karl-Schmidt-Str. 4
D-39104 Magdeburg

Spendenkonto:

GLS Bank
KNr.: 110 17 40 600
BLZ: 430 609 67

Verlag

SeitenHieb Verlag
Jahnstraße 30 | D-35447 Reiskirchen
www.SeitenHieb.info | Info@SeitenHieb.info
+49 700-seitenhieb (73483644)

AutorInnen dieser Ausgabe

Falk Beyer (fb, V.i.S.d.P.), Vega, FloH, Line,
Jakob und weitere.

Satz und Layout

Floh, Lemor, Line, Z.

Bildnachweise:

Seite 1 unten rechts: flickr user gruenenrw CC-BY-SA. Seite 6 Karte: ©OpenStreetMap contributors CC-BY-SA. Mitte rechts: ©Jan Metschorin

Auflage: 1200 Hefte

Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige MitarbeiterInnen. Die Arbeit der Redaktion wird über ein offenes Wiki im Internet koordiniert:

<http://gruenes-blatt.de/redaktion/>

Zum Schutz vor Spambots und automatischer Indizierung des Redaktionswikis ist dieses passwortgeschützt:

redaktion // grbl-passwort

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die“ Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter <http://gruenes-blatt.de> gelesen werden.

Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung bleibt solange im Besitz der Redaktion, bis sie der/dem Gefangenen ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird ein Teil der Ausgabe nicht ausgehändigt, dann ist der beanstandete Teil, und nur dieser, unter Angabe der Gründe an den Vertrieb zurückzusenden, der Rest ist auszuhändigen. Gleiches gilt, wenn ein bestimmtes Heft beanstandet wird.

Texte gekürzt übernommen
von der Deutschen Friedens-
gesellschaft - Vereinigte
KriegsdienstgegnerInnen
Mainz,

www.dfg-vk-mainz.de:

"Wir haben in den letzten Tagen die unfassbare Nachricht erfahren, dass Patriq gestorben ist. Patriq war mit Freunden aus Mainz und Wiesbaden vom 04.11.-09.11.2010 bei den Aktionen gegen den Castor-transport im Wendland dabei. Am Montagabend, 08.11., trennte er sich von ihnen, um an



"Zurück bleiben Trauer und Wut - und die Unsicherheit um die Frage 'Warum und Wie!'"

der großen Sitzblockade teilzunehmen. Am Dienstag-nachmittag teilte er telefonisch seinen Freunden mit, dass er nicht mit zurückfahren werde, er habe Leute kennengelernt und bleibe noch ein paar Tage hier. Am Mittwoch fuhr er mit dem Taxi nach Neu Darchau. Dies ist das letzte uns bekannte Lebenszeichen von ihm.

Am 20.11.2010, Samstag, wurde Patriqs Leiche in Neu Darchau im Kateminer Mühlenbach von Spaziergängern gefunden. Der Bach ist ca. 50 cm tief und rund 3 Meter breit. Zunächst war die Identität der Leiche ungeklärt. Sie wurde am Sonntag-vormittag in der Medizinischen Hochschule Hannover obduziert. Ergebnis: Der Unbekannte soll schon mind. 1 Woche im Wasser gelegen haben und ertrunken sein. Spuren äußerlicher Gewalt-einwirkung wurden nicht festgestellt. Weitere Ergebnisse, wie z.B. ein Alkoholtest

standen noch aus. Ebenfalls am Sonntag erklärte die Polizei, sie gehe davon aus, dass es sich um einen Unglücksfall handle. Die Spuren und die Todesursache deuten darauf hin, dass der Unbekannte beim Wasserlassen ausgerutscht und in den Bach gefallen sei. Anhand der Fingerabdrücke wurde später die Identität von Patriq geklärt.

Da vieles bisher unklar ist, beschlossen wir, gemeinsam mit Patriqs Familie, Anwälte einzuschalten. Wir hoffen so die Umstände seines Todes besser klären zu können. Mittlerweile wurden die Ermittlungen wieder aufgenommen. Patriqs Familie hat nicht die finanziellen Möglichkeiten. Rechtsanwalts-, Obduktions- und Aufklärungskosten etc., alleine zu tragen. Deshalb haben wir ein Treuhand-konto eröffnet, um sie zu unterstützen. Das Konto dient ausschließlich zur Zahlung der o.g. Kosten und wird nach Klärung von Patriqs Sterben wieder aufgelöst. Sollte ein

Restbetrag übrig sein, wird er für die Trauerfeier und die Bestattung verwandt werden. Wir bitten Euch um eine Spende, um das Notwendige tun zu können um Patriqs Todesumstände zu klären."

Treuhandkonto Nachlass Patrick List
Corinna Mann
Mainzer Volksbank
BLZ: 551 900 00
Konto-Nr.: 792103012

"Wir, die Mitglieder der DFG-VK Gruppe Mainz, seine FreundInnen und MitstreiterInnen trauern um Patriq. In seinem unermüdlichen Einsatz für eine andere, eine friedlichere und eine bessere Welt war er bei den Protesten gegen den Castor-Transport 2010 aktiv. Vermutlich durch einen tragischen Unfall starb er ein paar Tage später in dieser Region. Patriq war aktives Mitglied der DFG-VK Gruppe Mainz, freier Journalist der Medieninitiative Mainz/Wiesbaden Radio Quer e.V., 2004 an der Gründung des Mainzer Sozialforums beteiligt und einer der wesentlichen Organisatoren der "Not-Welcome-Mr.-Bush-Demo" in Mainz 2005. Patriq war Antifaschist, Pazifist und ein wichtiger Mensch in den sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Bewegungen.

Patriq war ein lustiger, hilfsbereiter, immer kritischer, ein wenig chaotischer und immer sehr ehrlicher Mensch. Patriq war aber auch ein Organisationsgenie, das seinen Idealen immer treu geblieben ist.

Patriq, wir danken Dir für Dein Engagement, für Deine Kritik, Deine Freundschaft, Deine Gewaltfreiheit, Deine gelebte pazifistische Einstellung und für jeden Tag, den wir mit Dir verbringen durften. Patriq, wir vermissen Dich schon jetzt sehr!"

ZUGESPITZTE ATOMSPALTUNGEN?

(Dieser Artikel wurde vor dem Castortransport geschrieben)

VEGA Seit einiger Zeit hat die Anti-AKW-Bewegung enormen Zulauf. Das passt gut zu den absolut unzumutbaren Verlängerungen des AKW-Risikos, die der Gesetzgeber gerade in die Wege leitet. Festzustellen ist jedoch, dass sich die neuen Aktionsformen meist auf symbolische Massenaktionen beschränken (Menschenkette), wo die Einzelnen dann doch eher passiv agieren, während die aus den Bewegungseliten stammenden Organisatoren Prestige und Medienaufmerksamkeit en masse einstreichen. Eine interessante neue Perspektive eröffnet hingegen der Aufruf „Castor? Schottern!“ der vor einigen Tagen veröffentlicht wurde.

Interessant aus verschiedenen Gründen: Zunächst einmal, weil die Grenze vom Protest zum Widerstand überschritten wird („Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht.“ - Ulrike Meinhof, 1968). Weil nicht mehr nur mit medienwirksamen Bildern appelliert (vielleicht auch aufgeklärt) wird, sondern weil tatsächlich die Gewaltverhältnisse (und etwas anderes war der Abbau von Uran, der Betrieb von AKWs und der Umgang mit dem Atommüll mit all ihren Risiken und

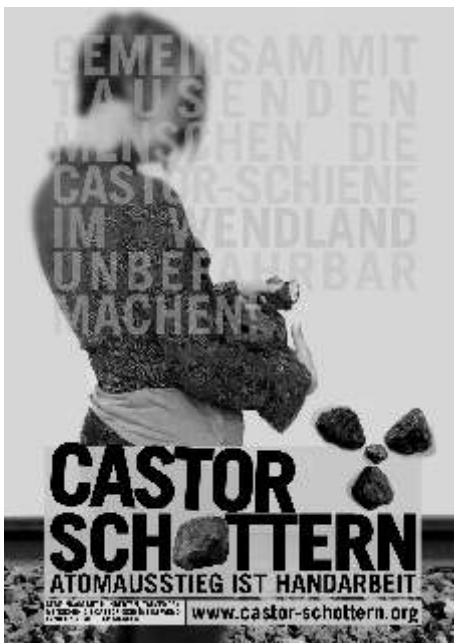
tagtäglichen Gesundheitsschäden und ökologischen Desastern noch nie) jetzt auch wirklich physisch und unmittelbar angegangen werden. Hierbei werden die TeilnehmerInnen auch eher zu tatsächlichen AkteurInnen als bei der bloßen Formierung zu Bildmaterial für den Medienbetrieb. Und schließlich: Es wird ernsthaft der Versuch unternommen, die Massenbasis die der außerparlamentarische Protest gegen die Atomkraft in den letzten zwei Jahren entwickelt hat (als eine von ganz, ganz wenigen Sozialen Bewegungen in Deutschland), auch auf das Gebiet des physischen Widerstandes zu übertragen. Das ist keine Selbstverständlichkeit! Denn während in den letzten Jahren die Menschenmassen eher bei den symbolischen Veranstaltungen auftauchten (Demo im Wendland bevor der Castor da ist, insbesondere aber Menschenketten, Umzingelungen, Großdemo in Berlin etc.) gab es zwar durchaus auch direkten Widerstand gegen die Atompolitik - dieser war zwar auch technisch oft hochqualitativ, jedoch ging er von recht überschaubaren Personenkreisen aus, und ist bei staatlichen Bedarf dementsprechend leicht zu kriminalisieren (als ein Beispiel von vielen sei hier auf die Castor-Blockade bei Berg vor 2 Jahren verwiesen). Sollte es nun gelingen, diesen Widerstand auf eine Massenbasis zu übertragen, dann würde dies nicht nur seine Kriminalisierung sehr erschweren. Auch seine gesellschaftliche Relevanz würde sprunghaft zunehmen.

Zu prüfen wird jedoch sein, inwieweit sich dies auf die Qualität der Inhalte der Anti-AKW-Bewegung auswirkt. Prinzipiell ist festzustellen, dass hier nicht nur auf theoretischer Ebene einiges an Ent-Radikalisierung stattgefunden hat. Das hat auch viel mit dem gesellschaftlichen Kontext zu tun. In den 70er und 80er Jahren war die Atomkraft ein wichtiges Programm, um große Mengen Kapital gewinnbringend loszuwerden. Wer sich der Atomkraft in den Weg stellte, der/die stand schon fast der Verwertung an sich im Weg. Dies mag auch ein Mitgrund gewesen sein, warum dieser Widerstand mancherorts bürgerkriegsähnliche Züge annahm.

Und auch ein wichtiger Bezugspunkt für die radikale Linke war (während heute Linksradike bei den AKW-Protesten durchaus vorhanden, aber doch eher Exoten sind).

Heute hat sich an der ökonomischen Bedeutung der Atomenergie einiges geändert. Die Sparte der erneuerbaren Energien wächst enorm schnell - und macht hohe Gewinne. Hier zeigt sich ein ganz anderes Bild als bei vielen anderen Einzelkämpfen: Das angegriffene Projekt ist nicht alternativlos für die erfolgreiche Kapitalverwertung. Das heißt aber nicht, dass die Alternativen des Kapitals zum Anliegen von emanzipatorische Bewegungen werden sollten! Denn auch die Durchsetzung der Erneuerbaren auf dem Markt ändert nichts daran, dass Produzierende und KonsumentInnen nicht die Produktionsmittel kontrollieren und dass der Strom nur für jene da ist, die ihn bezahlen können. Schließlich haben die, die mit Erneuerbaren Energien Geld verdienen zwar ein Interesse an der Durchsetzung der Erneuerbaren - aber nicht daran, den Klimawandel tatsächlich zu stoppen oder gegen die vielen sonstigen Zumutungen vorzugehen, die der Kapitalismus der Menschheit einbrockt - denn das macht sich nicht in ihrem Geldbeutel bemerkbar. Nicht zuletzt auch, dass es an einigen Orten lokale Proteste gegen Windkraftanlagen gibt, die so aufgestellt werden, dass sie die Lebensqualität der Anwohner_innen beeinträchtigen, und zunehmende Berichte über miserable Arbeitsbedingungen in den Firmen^[1] machen deutlich, dass die Gesetzmäßigkeiten des Marktes eben auch vor Ökos nicht Halt machen.

Angesichts der Auslastung der Stromnetze ist es jedoch Fakt, dass mit dem Ausbau/Neubau von AKWs und Kohlekraftwerken das weitere Wachstum der Erneuerbaren Energien ausgebremst wird - der Alptraum jedes, ganz egal wie gearteten Kapitals. Es handelt sich also längst um einen Konflikt zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen. Und naturgemäß hat keine von ihnen ein Interesse daran, dass der bürgerliche Staat bzw. der Kapitalismus an sich in Frage gestellt wird - denn mögen diese noch so destruktiv und unsozial sein, sie sind dennoch die Existenzbedingung jedes Kapitals. Dazu passend sind auch die



neuen Aktionsformen: Sie sind legalistisch, symbolisch und die Menschenkette war auch ein Fotoshooting für jene, die den kapitalistischen Normalvollzug gerne mitgestalten würden (SPD und Grüne). Dass ein „Öko-Kapitalist“ aus der Sparte der erneuerbaren Energien ein Bus sponserte, mag bis jetzt ein Extremfall gewesen sein, zeigt aber deutlich, wohin die Reise geht.

Der Aufruf zu „Castor? Schottern!“ grenzt sich auf den ersten Blick angenehm hiervon ab: „Vielmehr entspricht es häufig gemachter Erfahrung, dass Appelle an die da oben wenig ausrichten - sind die doch treibende Räder in einem System, in dem Wachstum und Profit das gesellschaftliche Geschehen bestimmen. Die Interessen der Menschen treten in den Hintergrund.“ Auch wenn die gesellschaftlichen Strukturen nicht beim Namen genannt werden und eine gründliche Analyse unterbleibt (was dem Format des Textes und dem Ziel, für breite Kreise anschlussfähig zu bleiben geschuldet sein mag, reformistischen Auslegungen aber Tür und Tor öffnet), ist das dennoch inhaltlich radikaler als alles, was bisher bei den rein symbolischen Massenaktionen an Message überkam. Die Frage ist, was daraus in der Praxis werden wird. Bleibt die Aktion überschaubar und bedeutungslos, weil die Aktionsform nicht zu den ökonomischen Verhältnissen passt, wird sie trotz ihres radikalen Gestus dennoch konstruktiv in die modernisierten Herrschaftsverhältnisse integriert (die große Anzahl an Linkspartei und Gewerkschaftsfunktionären die den Aufruf unterstützen macht dies durchaus denkbar), oder gelingt es ihr den Anti-AKW-Protest in Theorie und Praxis zuzuspitzen?

Diesbezüglich scheint sich inzwischen selbst die Gewerkschaft der Polizei ernsthaft Sorgen zu machen, mensch beachte diese Pressemitteilung. Sicherlich sind die Ergüsse der GDP in der Regel nicht der Weisheit letzter Schluss. Dennoch ist es schon bemerkenswert, wenn selbst die Polizei der Auffassung ist, die „Neue Atompolitik wird die Polizei unweigerlich an Belastungsgrenze bringen“, und ganz offensichtlich von enormen kommenden außerparlamentarischen Auseinandersetzungen ausgeht.

Bei der Frage, wie denn aber eine (durchaus auch zugespitzte) außerpar-

lamentarische Auseinandersetzung um die Atompolitik im Konkreten aussehen wird, zeigen sich auch die Gefahren dieser Aktionsformen. Denn die Praxis in Deutschland hat gezeigt, dass Massenproteste aller Art, auch wenn sie nach innen meist basisdemokratisch organisiert sind (wobei auch hier die Grenzen zwischen räteähnlichen Strukturen mit imperativem Mandat und repräsentativen Strukturen, die über die Köpfe vieler AkteurInnen hinweg entscheiden, fließend sind), dass diese Aktionen nach außen hin meist instrumentalisiert werden. Instrumentalisiert in dem Sinne, dass aus den Bewegungseliten stammende OrganisatorInnen meist allein für die Pressearbeit verantwortlich sind (Transparenz gibt es in diesem Bereich in der Regel nicht), und sich anmaßen, für alle AktionsteilnehmerInnen zu sprechen - ohne die je nach ihrer Meinung gefragt zu haben. Durch das Vorgehen dieser selbst ernannten „SprecherInnen“ dient dann unterm Strich das Engagement von Vielen oft dazu, Einfluss und Macht, den einige Wenige und ihre Organisationen im Diskurs entfalten, zu erhöhen. Solche Strukturen waren z.B. bei den Aktionen von x-tausend mal quer zu beobachten, beim G8-Gipfel in Heiligendamm, beim Klimacamp 2008 in Hamburg und beim Klimagipfel in Kopenhagen.

Bei einem Teil (!) der Aufrufenden zum Schottern scheint es durchaus plausibel, dass sich solche Abläufe wiederholen. Neben einigen VertreterInnen der Linkspartei (die ja vielerorts die außerparlamentarischen Kämpfe nutzt, um sich zu profilieren und so eines Tages den kapitalistischen Normalbetrieb mitgestalten zu dürfen) springen mehrere Gruppen und Personen ins Auge, die sich im Zusammenhang mit G8/Klimacamp/Kopenhagen, vorsichtig gesagt, nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben. Stellvertretend für mehrere problematische Personalien sei hier nur Monty Schädel (Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) genannt, der beim G8 2007, als die Protestierenden nach den Auseinandersetzungen vom 2. Juni von der bürgerlichen Presse in die Schmutzlecke gestellt wurden, versuchte die Ehre von sich und seiner Gruppe zu retten, indem er die militanten

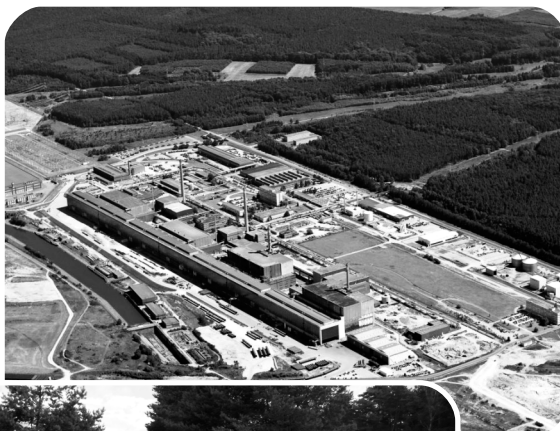


DFG-VK: Der Vorstand verpfeift Anti-MilitaristInnen bei der Polizei
(<http://de.indymedia.org/2010/05/280955.shtml>)
und der Bundesgeschäftsführer, Monty Schädel setzt gelegentlich Rechts- und Linksmilitante gleich.

Auseinandersetzungen zwischen Linksradikalen und Polizei mit den Brandanschlägen von Faschisten auf Ausländerwohnheime in Rostock-Lichtenhagen gleichsetzte. „Wir wollten, dass von Rostock diesmal andere Bilder ausgehen als jene Bilder, die die Pogrome von 1992 hervorbrachten. Dieses Ziel haben wir verfehlt. Das haben wir nicht geschafft. Das wurde uns von einigen kaputt gemacht“ Zwar hat er sich später von der konkreten Aussage distanziert, aber nicht von dem Gedankengut dahinter (zur Gleichsetzung Rechts-Links und zu Spaltungen zwischen „guten“ und „bösen“ AktivistInnen hat er kein kritisches Wort verloren). Was er und andere über den Anti-AKW-Widerstand sagen werden, falls dieser im November auch stigmatisiert wird, bleibt abzuwarten. Und ob das tatsächlich schlimmer sein wird, als das was von solchen Leuten zu hören sein wird, wenn nichts derartiges passiert.

In jedem Fall würden derartige Kommunikationsstrukturen einem Widerstand mit tatsächlich mündigen AkteurInnen sehr schaden. Und so blicke ich (trotz aller Sympathie) insgesamt doch eher mit gemischten Gefühlen auf das Konzept „Castor? Schottern!“.

1. Gemeint sind vor allem die ersten 2 Seiten, den größten Teil des Beitrags des IG-Metall-Funktionärs halte ich für totalen Quark.



Lubmin

– der vergessene Standort

Von Rebecca Südmersen, Adelwin Bothe und Daniel Daedlow Der Ort Lubmin ist in erster Linie als Seebad und Urlaubsziel an der Ostsee bekannt und in zweiter Linie durch die Ostseegaspipeline, Solaranlagen, den Widerstand gegen das ehemals geplante Kohlekraftwerk. Vergessen wird häufig, dass Lubmin auch Standort eines Zwischenlagers für atomare Abfälle ist.

Neben den Resten des ehemaligen Atomkraftwerks (AKW) Greifswald, entstand ab 1992 ein etwa 20.000 m² großes Gebäude mit acht Hallenabschnitten, das für den Rückbau und die Zwischenlagerung von atomaren Abfällen der ostdeutschen AKWs Greifswald und Rheinsberg vorgesehen war. Der Stolz der Betreiber sind Konditionierungsanlagen zur Separierung und Verpackung von hoch-, mittel- und schwachradioaktiven Substanzen. Die Größe der Anlage überschreitet die benötigten Kapazitäten der beiden AKWs deutlich. Bereits Anfang der 90er Jahre gab es kritische Stimmen, die eine Ausrichtung der Lagerkapazität nach dem Bedarf der westdeutschen Atomindustrie vermuteten.

Die Landespolitiker Mecklenburg-Vorpommerns stimmten 1991 dem Bau eines Zwischenlagers in Lubmin zu, unter der Bedingung, dort nur atomare Abfälle aus ostdeutschen AKWs zu lagern. Da es keine exakte Abschätzung des radioaktiven Inventars gab, blieb die tatsächlich benötigte Größe des Lagers jedoch im Dunkeln und die damalige Umweltministerin Angela Merkel positionierte sich mit der Aussage, die langfristige Nutzung des Zwischenlagers sei derzeit nicht verbindlich festlegbar. Zwanzig Jahre später wird die Vermutung bestätigt, dass in Lubmin auch Atommüll aus westdeutschen Atomanlagen gelagert werden soll. Noch in diesem Jahr wird hochradioaktiver Müll aus den Forschungszentren Karlsruhe und dem französischen Cadarache erwartet. In Cadarache

lagern derzeit Abfälle vom Forschungsschiff Otto Hahn aus Geesthacht.

In den letzten Jahren wurde nach 30-jähriger Probezeit deutlich, dass die Endlagerung radioaktiven Mülls in Salzbergwerken, wie Asse oder Morsleben, nicht funktioniert.

Ca. 126.000 Fässer Atomsmüll drohen im Bergwerk Asse das Grundwasser zu kontaminieren und müssen unter Gefahren geborgen werden. In Gorleben lagert der Atomsmüll zwar noch oberirdisch, die Bundesregierung versucht aber gesetzliche Rahmenbedingungen für eine Einlagerung zu schaffen. Dagegen sprechen Studien, die auch für dieses Salzbergwerk Wassereintritte und damit erhebliche Gefahren im Falle der Einlagerung von Atomsmüll prognostizieren.

Wohin der Müll gebracht werden soll, ist also weiterhin unklar. Eine Möglichkeit ihn wenigstens etwas aus dem Fokus der öffentlichen Diskussion herauszubekommen, wäre die Zwischenlagerung in Lubmin.

Die Zwischenlagerung in Lubmin ist derzeit bis 2039 genehmigt. Da aber in den nächsten Jahrzehnten nicht mit der Lösung der Frage nach der Endlagerung atomaren Mülls zu rechnen ist, bleibt die Zukunft des Mülls und deren Unterbringung ungewiss.

Der Betrieb eines AKWs, sowie die damit verbundenen Produktion von Atomsmüll, wird lediglich dadurch ermöglicht, dass die Betreiber von AKWs, im Gegensatz zu Betreibern jedweder anderer Unternehmen, die Entsorgung ihrer umweltschädlichen Abfälle nicht nachweisen müssen. Es reicht für die Entsorgung von Atomsmüll bereits ein sogenannter Entsorgungsvorsorge-nachweis. Die Vorsorge ersetzt das Entsorgen, das es bisher nicht gibt und mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nie geben wird. Da es keine sichere Entsorgung gibt und auch in absehbarer Zukunft die Lösung

des Problems nicht in Sicht ist, heißt für viele Menschen die logische Konsequenz die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen weltweit. Die Bundespolitik sieht anders aus und so ist mit weiterem Atomsmüll, auch und vielleicht vor allem nach Lubmin, zu rechnen.

Über die Lagerungsproblematik hinaus wird vermutet, dass vor allem ein Grund bei der Standortwahl Lubmin die Hauptrolle gespielt hat. Wie schon zuvor in Gorleben zugegeben, werden von der Politik bevorzugt Standorte in strukturschwachen Gegenden, in denen mit wenig Protest zu rechnen ist, gewählt.

Der Schriftsteller Andreas Meier hat dies auf den Punkt gebracht: „Was man wegwirft, ist zwar weg, aber immer noch da. Nur nicht hier, sondern woanders. Wegwerfen und hinwerfen, und vorher produzieren und dann hin und her, damit die Leute glauben, es gäbe eine Lösung“.

Hier wird nach einem Prinzip gehandelt, das wir auch aus anderen Bereichen wie z. B. der Gentechnik oder bei Tiernastfabriken kennen: Immer dorthin, wo der Widerstand als am geringsten einzustufen ist.

Sie werden sich aber hier kräftig irren. Die Proteste gegen das „Bombodrom“ oder das geplante Kohlekraftwerk in Lubmin haben gezeigt, dass Widerstand möglich und erfolgreich sein kann. Ein breites Bündnis mit über 60 gesellschaftlichen Organisationen ruft bereits jetzt dazu auf, am TAG X des Castortransportes von Karlsruhe nach Lubmin bunt und vielfältig Protest zu gestalten, darauf aufmerksam zu machen, dass hinter den Transporten ein riesiges ungelöstes Problem steht und der Bundesregierung das alte indianische Sprichwort beizubringen: „Wenn Dein Pferd tot ist, steig ab!“

„Ich habe immer noch keinen Respekt für dieses politische System“

Genfeldbefreierin sitzt 5 Tage im Gefängnis, weil sie vor Gericht nicht aufstehen wollte.

floh Die Umweltaktivistin Sarah wurde zu einer Ordnungsstrafe verurteilt, nachdem sie sich in einem Prozess um eine Genfeldbefreiung im Landkreis Kitzingen im Sommer 2008 nicht vor dem Richter erheben wollte. Sie hat sich entschieden, ihre Strafe im Oktober 2010 im Gefängnis abzusitzen, anstatt 500 Euro Ordnungsgeld zu zahlen. Ein Prozesszuschauer, der ebenfalls sitzen geblieben war, ging dafür 3 Tage in den Knast.

Sarah, welche Gründe haben dich dazu bewogen, deine Strafe im Knast abzusitzen?

Dieses Aufstehen vor Gericht ist eine reine Demutsgeste – und durch eine Strafandrohung sollte ich dazu gezwungen werden, Respekt vor einem Richter zu zeigen, der keinen Respekt vor meinem Leben in Freiheit hat. Indem ich sitzen geblieben bin – und dafür dann 5 Tage sitzen musste – habe ich Richter Betz gezeigt: Er kann mich einsperren und mir die Freiheit nehmen, aber Respekt vor diesem politischen System habe ich immer noch nicht. Ein guter Nebeneffekt war, dass ich kein Geld an diesen Staat gezahlt habe, mit dem dieses Unrechtssystem finanziert wird. Und ich woll-

te skandalisieren, dass Menschen in diesem Land sehr wohl auch dafür im Knast sitzen, weil sie ihre Meinung gesagt haben. Am gleichen Tag ist übrigens jemand für 2 Tage in den Bau gegangen, weil er als Zuschauer in einem Prozess um ein Tierversuchslabor seine Füße auf die Ballestrade gelegt hatte.

Willst du kurz deine Erfahrungen aus dem Knast erzählen? Wie erging es dir? Wie waren die Haftbedingungen?

Als politische Gefangene hast du noch gewisse Privilegien, also häufig ein starkes politisches Umfeld, Geld, um dich rauszuholen, Medieninteresse, die meisten sprechen Deutsch und verstehen Gesetzestexte – all das fehlt den meisten Gefangenen in den Knästen. Ich fand auch nur fünf Tage hart – im Knast wird dafür gesorgt, dass du am Leben bleibst, deine Grundbedürfnisse versorgt werden, aber es ist ein entmenslichender Betrieb, in dem du zu funktionieren hast. Nur: Was sind 5 Tage? Meine Zellenmitbewohnerin hat während meiner Zeit dort einen Brief bekommen, dass sie noch weitere 6 Monate bleiben muss. Ich habe dort viele traurige Schicksale gesehen. Knäste zerstören Existenzen.

Hast du irgendwelche Schlüsse aus der Zeit gezogen? Wie beeinflusst die Haft deine politische Zukunft? Würdest du dich wieder an einer öffentlichen Feldbefreiung beteiligen?

Der Einblick in die Lebenswelt Gefängnis festigt mich in meiner Anti-Knast-Arbeit. Knast löst unsere sozialen und gesellschaftlichen Probleme nicht, er verstärkt sie: Menschen aus ihrem Umfeld reißen, ihre Zukunft verbauen, sie mit anderen Menschen mit massiven Problemen hinter hohe, graue Mauern stecken – wie soll das etwas verbessern, „resozialisieren“? Knäste schaffen Gewalt – damit eine Gesellschaft weniger gewalttätig wird, ist ein erster Schritt, die Gefängnistore zu öffnen!

Ob ich wieder an einer Feldbefreiung teilnehmen? Ich glaube, dass der Staat immer Wege finden wird, politisch unliebsame Menschen wegzusperren, unabhängig davon, ob sie Gesetze brechen oder nicht – und auch das passiert zur Zeit weltweit. Nur die Mittel demokratischer Teilhabe zu nutzen, heißt häufig zuzuschauen, wie unsere Umwelt zerstört wird. Aber: Man kann Genfelder auch nachts kaputt machen, wenn keine zuschaut.

Gefangenen in den Knast schreiben:
<http://www.nothilfe-birgitta-wolf.de>

Fakten zum Zwischenlager Lubmin:

- Lubmin: ca. 15km Luftlinie östlich von Greifswald
- Größe der Leichtbauhalle: 20.000 m²
- Zwischenlagerung von schwach-, mittel- und hochradioaktivem Atommüll, z.Zt. 65 Castor-Behälter eingelagert
- voraussichtliche Kosten für Rückbau und Lagerung: 5,4 Mrd. €
- bis Ende 2010 Genehmigung für den Transport von fünf Castorbehältern aus Karlsruhe und für vier Behälter aus dem französischen Cadarache

- 1990: Abschaltung der fünf AKW-Blöcke; drei weitere wurden nie fertig gestellt
- 1991: Zustimmung des Schweriner Landtags mit den Stimmen aller Fraktionen für den Bau des Zwischenlagers, wenn ausschließlich Atommüll aus den ostdeutschen AKWs eingelagert wird
- 1992: Beschluss zur Beschränkung auf Abfälle aus Greifswald und Rheinsberg wird durch die Regierungskoalition (CDU/FDP) verhindert
- 1993: „Umwidmung“ zur Einlagerung von hochradioaktivem Müll; Teillager für hochradioaktive Abfälle ist dreimal so groß wie nötig
- 1995: 15.000 Einwendungen gegen das Zwischenlager
- 1999: Fertigstellung und Inbetriebnahme des gesamten Zwischenlagers
- 2006: Einlagerung der letzten Castor-Behälter aus Rheinsberg und Greifswald
- 2007: Transport des Reaktordruckbehälters aus dem AKW Rheinsberg
- 2039: Ende der gültigen Genehmigung für 40 Jahre Zwischenlagerung

Anzeige:

ONLINE ABO
UNTER WWW.TIERBEFREIER.DE

TIERBEFREIUNG...
KANN MENSCH AUCH LESEN!

TIERBEFREIUNG – das aktuelle Tierrechtsmagazin mit aktuellen Informationen und Hintergründen zu allen tierrechtsrelevanten Themen. Jetzt abonnieren!

www.die-tierbefreier.de

BERGBAU UND COMMONS

DEFINITION

(Anonym)

✍ Bodenschätze sind prädestiniert um als Commons/Gemeingut zu gelten!
Weil:

- o Zufällige regionale Verteilung
- o Endlichkeit bei potentiell globaler Beanspruchung
- o Daraus folgt eine extreme Rivalität um diese Ressource
- ✍ Extraktion verursacht lokale und regionale Zerstörung und Kosten
- ✍ Bei der lokalen Gemeinschaft geht es nicht „nur“ um Teilhabe an der Nutzung der Ressource sondern um ihre physische Beeinträchtigung durch die Extraktion

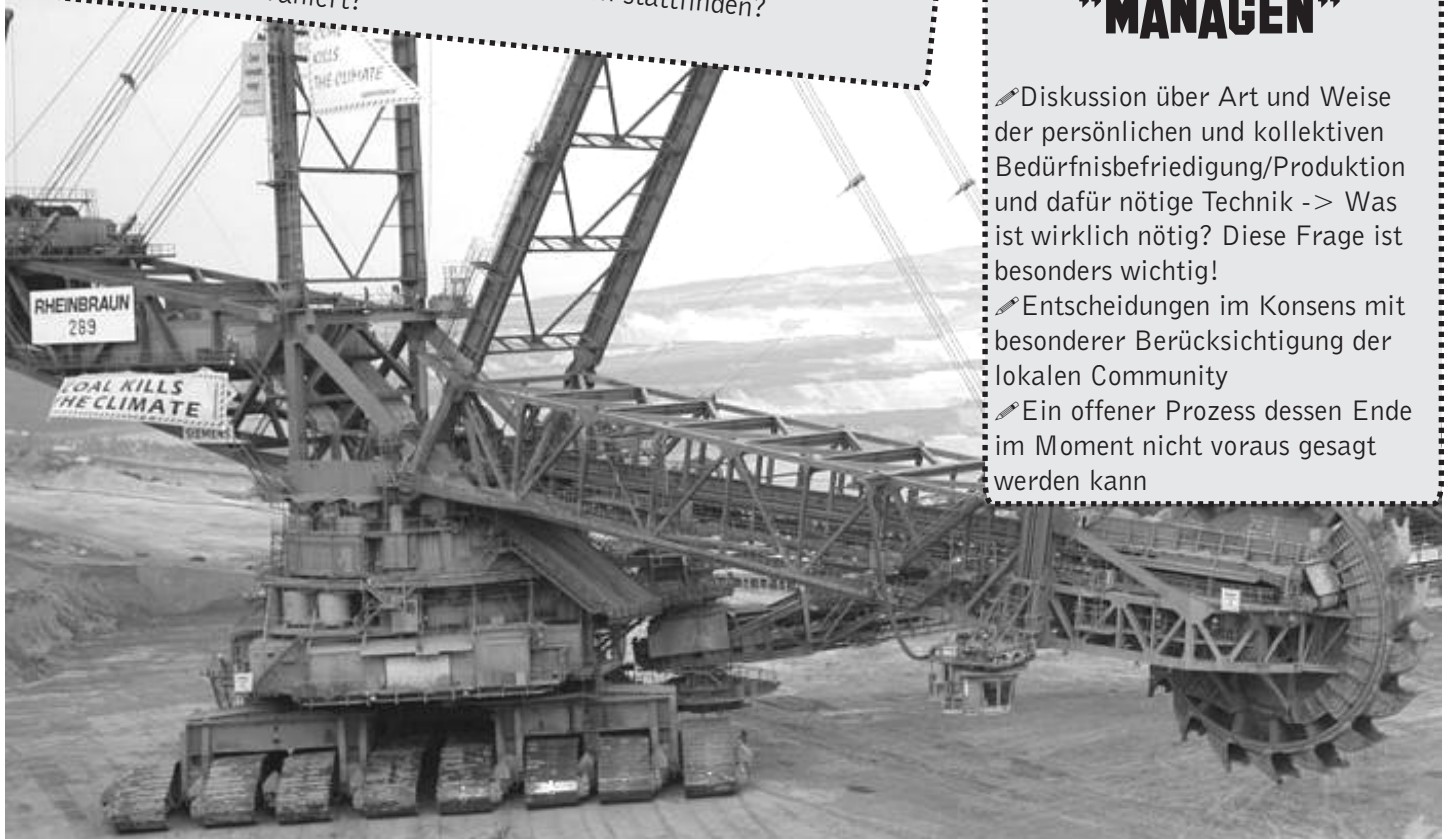
NO OPEN Cast Here

FRAGEN FÜR DIESEN GLOBALEN AUSHANDLUNGSPROZESS:

- ✍ Nutzen sollte global verteilt sein
- ✍ Wer organisiert den (scheiß?) Produktionsprozess?
- ✍ Warum ist dieser nötig (Bedürfnisdebatte)?
- ✍ Wie kann Extraktion mit minimalem Schaden stattfinden?
- ✍ Wofür würde extrahiert?

PROZESS UM RESSOURCEN ALS COMMONS KOLLEKTIV ZU "MANAGEN"

- ✍ Diskussion über Art und Weise der persönlichen und kollektiven Bedürfnisbefriedigung/Produktion und dafür nötige Technik -> Was ist wirklich nötig? Diese Frage ist besonders wichtig!
- ✍ Entscheidungen im Konsens mit besonderer Berücksichtigung der lokalen Community
- ✍ Ein offener Prozess dessen Ende im Moment nicht voraus gesagt werden kann



VORAUSSETZUNGEN DAMIT DER AUSHANDLUNGS- UND PRODUKTIONS-PROZESS FUNKTIONIERT:

- ✍ Extrem gutes Reflektionsvermögen
- ✍ Extrem gutes Selbstorganisationsvermögen

FAZIT HIER UND JETZT:

- ✍ Utopische Praxis muss Ressourcenverbrauch auf unter 1/10 reduzieren
- ✍ Solidarisieren mit Widerstand gegen Bergbau-Projekte im globalen Süden
- ✍ Bewusstseins-Bildung in Industrienationen
- ✍ Besonders fossile Produkte/Technik bedürfen einer General Public License, müssen einfach recycelbar und eine extrem lange Lebensdauer haben!

PRAKTISCHE FRAGEN DIE SICH DARAUSS ERGEBEN:

- ✍ Bevor mensch wirklich Debatten über Technik und Utopie führen kann, sollten Bodenschätze als Commons eingerichtet und unter der Kontrolle der lokalen Community liegen
- ✍ Die Frage, ob ein herrschaftsfreier Aufbau von Infrastruktur für „Erneuerbare“ Energien möglich ist und welche Rahmen er hat, ist ohne den Aushandlungsprozess nicht beantwortbar
- ✍ Bedürfniskonflikte sind absehbar: Das Bedürfnis nach „Erneuerbaren“ Energien kann in Konflikt treten mit dem Bedürfnis der Menschen die von dem vor Ort gegebenen Boden leben, mit ihm zu arbeiten und darauf Landnutzung betreiben wollen.
- ✍ Welcher Energie- und Ressourcenverbrauch in welcher Form wird möglich sein in einer solchen "commons-based peer-production"?



ABLAUF DES AUSHANDLUNGSPROZESSES

- ✍ Wie und wo findet dieser Aushandlungsprozess statt?
- ✍ Globale IT-Infrastruktur nicht realistisch, da diese genau diesen globalen Aushandlungsprozess voraussetzen würde um sich am Laufen zu halten?
- ✍ Das würde heißen, das dieser Aushandlungs-Prozess einfach sehr viel länger dauert als auf lokaler/regionaler Ebene. Damit wächst die Hemmschwelle für High-Tech-Produktion um ein Vielfaches, da der Aufwand für diesen Aushandlungsprozess enorm ist,
- ✍ Physische Treffen aller Interessierten/Beteiligten am Extraktions-Ort.
- ✍ Alte Kulturtechniken (Palaver, Botschafter etc.)
- ✍ Fair Shares (Gleiche Aufteilung der Bodenschätze auf Alle) ist sinnvoll, löst aber nur das Mengen-Problem. Nicht aber die Fragen des „Wie, Warum, Wofür und Wer“ der Extraktion und Nutzung der Bodenschätze!

Gentechnik in Üplingen

Ein Diskussionsbericht

line Das 10-jährige Bestehen des InnoPlanta e.V. wurde mit einer Tagung der High Society der Genforschung in Üplingen begangen, wo Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Forschung zugegen waren. Kritische Beiträge finden sich im Programm am 06.09.2010 nicht, doch die inhaltliche Auseinandersetzung mit Gentechnik wird vor den Mauern des BioTech Schaugartens geführt. Die 4-tägige Veranstaltung vor den Mauern, gespickt mit Vorträgen, kreativen Beiträgen und Möglichkeiten zum Austausch, kritisiert die Vorgänge innerhalb der biotechnologischen Forschung, also der genetischen Veränderung lebenden Materials. Dieser Bericht soll sowohl die Motivationen der GentechnikbefürworterInnen als auch deren KritikerInnen aufgreifen und diskutieren.

Hintergründe zum BioTechSchaugarten in Üplingen und dessen Förderung

Um einige Kritikpunkte zu fundieren, habe ich mich mit den Prognosen und Zielen des BioTechSchaugartens beschäftigt. Besonders interessant ist die Verwendung des Nachhaltigkeitsbegriffs, den ich hier kurz umreißen möchte: Nachhaltigkeit umfasst „soziale Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit und ökonomische Leistungsfähigkeit“, so die Definition.¹ Dieses Stichwort dient der Begründung der Fördermittelvergabe, auch aus dem Topf des Ministeriums für Bildung und Forschung.² Doch sind diese Kriterien erfüllt?

Die gleichberechtigte Verteilung an alle Staaten und Völker klingen in meinen Ohren nach einer Vorstellung, von der wir hier und jetzt weit entfernt sind. Doch genau das verspricht die biotechnologische Forschung. Auf der Internetseite lassen sich Versprechen an anpassungsfähigere Pflanzen finden, um im Kampf gegen den Welthunger punkten zu können. Schädlingsresistente Pflanzen und die Reduktion von Ernteaussfällen lauten die Aushängeschilder der Industrie, um sie selbst zu Wort kommen zu lassen: Ziel ist es „neue Pflanzen zu entwickeln, die dazu beitragen können, die große globale Herausforderung einer nachhaltigen Landwirtschaft zu bewältigen. Gentechnik – die Übertragung von „artfremden“ Genen – wird dabei immer dann eingesetzt, wenn ein bestimmtes Ziel mit anderen Züchtungsmethoden nicht oder nur eingeschränkt zu erreichen ist.“³

Doch die Dimensionen, die sich dahinter verbergen, sind weitreichender, als sich auf den ersten Blick vermuten lässt.

Zwischen fröhlicher Musik und einer bunt

gemischten Menge von Menschen befinde ich mich, bereit, um mich mit den Motivationen zum Anbau von gentechnisch verändertem Material zu beschäftigen. Ich sehe mich ein wenig um. Die entscheidende Möglichkeit für ein Interview mit einigen aus dem Schaugarten heraustretenden Herren ergibt sich, obwohl ich nicht damit gerechnet hatte. Auf die kritischen Äußerungen seitens der Demonstrantinnen und Demonstranten reagieren sie mit geschicktem Themenwechsel, ohne die relevanten Punkte in ihre kurzen Antworten mit einzubeziehen. „Die Arbeit gegen den Hunger in Afrika mit trockenresistentem Mais anzukurbeln und einen Ausblick zur Herstellung von biologisch abbaubarem Plastik durch Gentechnik“ geben sie uns als Begründung für ihr Handeln. Das bringt mich zum Nachdenken. An den Zielen kann ich vorerst nichts Verwerfliches finden, doch es sind ähnlich formulierte Aspekte, wie sie sich auch auf der Internetseite des BioTech Schaugartens finden lassen und somit keine neuen Informationen.

Da ich meinen Bericht dennoch mit Informationen und Hintergründen zur Gentechnik füllen möchte, greife ich nun einige Gedanken von den dort protestierenden Personen auf. Die Interviews und Unterhaltungen, die ich dort geführt habe, gaben mir einen guten Überblick zu den Begründungen der Kritik an Gentechnik.

Die Kritik hat mehrere Facetten

Die Möglichkeiten zur „freien Entscheidung“ werden in verschiedenen Zusammenhängen dezimiert:

★Die Kontamination von Saatgut der Bäuerinnen und Bauern, die sich nicht

gentechnisch veränderten Mitteln bedienen, bleibt eine Gefahr.

★Gentechnisch veränderte Samen dürfen nicht erneut ausgesät werden, da das Patentrecht auf die bestimmte Genotypen bei den Herstellern des Saatgutes liegt, wodurch eine permanente Abhängigkeit zwischen Bäuerinnen und Bauern und den Patentrechtinhabenden entsteht.

★Auch die Wahlmöglichkeit der Konsumentinnen und Konsumenten droht in Frage zu stehen, da die Kontamination des Saatgutes nur schwer auszuschließen ist, schließlich kennen Pollen keine Mauern.

Die Selbstbestimmung der Landwirtschaft wird stark eingegrenzt und die Maximierung der Profite durch die Gentechnikindustrie muss die Folge sein. Das Saatgut, das jedes Jahr erneut erworben werden muss und das Verbot der selbstständigen Reproduktion von gentechnisch verändertem Saatgut, nimmt den Landwirtinnen und Landwirten ihre Unabhängigkeit. „Am Schaden verdienen die, die den Schaden verursachen“, erklärt einer der Organisatoren und meint damit auch die Spritz- und Düngemittel, die diese Industrie zu Verfügung stellen will. Zwar wird damit geworben, dass durch bestimmte genetische Veränderungen in den Pflanzen Insekten abgeschreckt werden, aber die Entwicklung von Resistenzen der Insekten fordert weit stärkere Spritzmittel, als es bisher der Fall ist. Ganz abgesehen von den gesundheitlichen Risiken, die es noch zu untersuchen gilt.

Die Argumentation zur Bekämpfung der Armut in den Südstaaten wurde auch auf der 4-tägigen Veranstaltung diskutiert. „Die kommenden Klimaveränderungen werden zu Ernteaussfällen führen, sei es durch Überflutungen ganzer Landstriche oder Verdürrung von Boden, dagegen gilt es vorzugehen mit Hilfe der modernen Technik und daraus entstehenden Pflanzen, die besser angepasst an die jeweiligen Verhältnisse dennoch ertragreicher sein können“, so das Ministerium für Bildung und Forschung. Den Welthunger durch gentechnisch veränderten Mais beseitigen zu wollen, ignoriert die Möglichkeiten, die es bereits jetzt gibt. Der überdimensionierte Verbrauch von Lebensmitteln in den sogenannten Industrienationen, das billig importierte Tierfutter für Zuchttiere aus den Dritte-Welt-Ländern, spricht gegen

jegliche Moral, die in dieser Industrie vorgegaukelt wird. Das größere Problem sehe ich darin, dass viele dennoch an die Argumentation und den Sinn von derartigen leeren Versprechungen glauben und dafür einstehen wollen. Die Ziele der Industrie klingen im ersten Moment vielleicht ehrenwert, doch der Zweck kann deren Mittel nicht reinigen, zumal die Erfüllung des Zwecks noch zur Debatte steht.

Was sind die Ziele von Diskussionsveranstaltungen und des Protests gegen Gentechnik?

Es geht darum sich auszutauschen und neue Aspekte der Gentechnik kennenzulernen und über die Argumentation der Gentechnikbefürworterinnen und -befürworter zu diskutieren. Proteste setzen Prozesse in Gang. Die Herstellung einer Öffentlichkeit, die sich für das Geschehen vor Ort interessiert, kann und muss damit erreicht werden.

Offene Fragen, die ich stellen würde, wenn ich die Gelegenheit hätte (oder vielleicht habt ihr sie mal).

★ Was erhoffen Sie sich von den Ergebnissen der biotechnologischen Forschung, genauer der genetischen Veränderung von Pflanzen?

★ Welche Mittel würden Sie einsetzen, um Ihre Ziele zu erreichen?

★ Was nützt der Anbau von trockenresistentem Mais hier?

★ Wie setzen Sie sich mit Kritik an biotechnischen Projekten auseinander?

★ Denken Sie, dass Feldbefreierinnen und Feldbefreier begründete Argumente für ihre Aktionen haben und wenn ja, welche vermuten Sie dahinter?

★ Wie ist es zu rechtfertigen, dass diese horrenden Summen an Fördergeldern nicht in andere Forschungsprojekte gehen? Was lässt sich dieses Projekt gegenüber anderen vorziehen?

★ Wie weit würden Sie in Ihren biotechnologischen Forschungen gehen, gilt es auch Tiere und Menschen zu „verbessern“?

Veranstaltungen vor den Mauern der Innoplanta



Aufklären statt Angst schüren:
Guter Vorsatz der Innoplanta.
Nur umgesetzt müsste er halt
noch werden.



Glasköpfe gegen Anarchie:
Bezahlte Gegendemo gegen die
Demo gegen das
Innoplantatreffen 2009



Quellen:

- ★ <http://www.nachhaltig-leben.de/grund.html>
- ★ <http://www.nachhaltig-berlin.de/index.html>
- ★ <http://www.schaugarten-ueplingen.de/de/innovative-landwirtschaft/gruene-gentechnik-potenziale.html>
- ★ <http://www.bmbf.de/de/11985.php>

Energiesparlampen

Bernd Wurst Inspiriert durch ein Gespräch mit Freunden letzte Woche habe ich mich die letzten Tage recht intensiv mit dem Thema »Energieeinsparung im Haushalt« bzw. konkret »Energiesparlampen« beschäftigt.

Kurz zur Einstimmung: Es gab bereits diverse mehr oder weniger ernst gemeinte Vorstöße einzelner Regierungen, die Produktion und den Einsatz herkömmlicher Glühlampen zu bekämpfen. Auch wenn das alleine noch nicht viel heißt, so macht es doch deutlich, wie dringend die Problematik ist.

Der Stromverbrauch einer herkömmlichen Glühlampe liegt bei etwa der 5-fachen Menge gegenüber einer modernen Energiesparlampe. Halogen- und Röhrenlampen stehen oft etwas besser da, aber immer noch deutlich schlechter als Energiesparlampen. Aber das Blatt hat wie so oft zwei Seiten.

Hier möchte ich einige Punkte nennen, die es bezüglich Energiesparlampen zu beachten gibt. Zum folgenden Text möchte ich anmerken, dass ich hier mehrtägig recherchiertes Laienwissen verbreite. Ich habe keine engeren Kontakte zu den genannten Firmen und habe kein Testlabor zu Hause rumstehen. Messwerte zitiere ich oft aus der Ausgabe 03/2008 der Zeitschrift »test« der Stiftung Warentest, die in der besagten Ausgabe moderne Energiesparlampen getestet hat. Wer meint, dass hier etwas falsch dargestellt ist, möge das per E-Mail oder im Kommentar begründen.

Zu allererst möchte ich die EU-Energielabels kritisieren. Seit geraumer Zeit haben diverse elektrische Geräte eine Energie-Skala, die dem Verbraucher mitteilen soll, ob ein Gerät mehr oder weniger energiesparend arbeitet. Dabei sind meines Erachtens zwei brachiale Fehler gemacht worden als das Schema spezifiziert wurde:

1. Die Skala wird für jede Geräteklasse separat bemessen. So kann es passieren, dass ein Geräte wie z.B. eine Klimaanlage, die einfach ein vielfaches an Energie verbraucht wie z.B. ein schlechter bezifferter Wäschetrockner, oder ein Gefrierschrank, der mehr Energie verbraucht als eine Gefriertruhe, jeweils in Klasse A eingestuft werden. Die Angaben sind also nicht zwischen den Geräte-Typen vergleichbar, der Verbraucher muss vorher schon wissen, welcher Gerätetyp überhaupt vergleichsweise viel oder wenig Energie verbraucht. (Natürlich ist es nicht immer möglich, Geräte-Klassen aus sagekräftig miteinander zu vergleichen.

Aber auch bisher werden oft Phantasie-Haushalts-Nutzungszeiten für die Berechnung herangezogen, da sollte das nicht auch noch zum Problem werden.)

2. Die Skala wurde irgendwann mal eingeführt ohne den technischen Fortschritt einzuplanen. So kommt es, dass es von jeder Kategorie immer mindestens Gerät der Klasse "A" gibt, auch wenn diese Geräteklasse noch zu den absoluten Stromverschwendern gehören. Die Kategorien wurden quasi auf eine Momentaufnahme des aktuell verfügbaren Produkt-Spektrums abgebildet. Insbesondere bei Kühlgeräten ist jetzt Klasse "A" schon wieder schlecht, man sollte Geräte der Klasse "A+" oder "A++" kaufen. Die Hersteller werden also maximal durch die bessere Konkurrenz zu technischem Fortschritt getrieben, nicht jedoch durch das Energie-Label. Markantes Beispiel: Die herkömmliche Glühlampe mit einer Lichtausbeute von etwa 5% der zugeführten Energie, bekommt eine Energie-Effizienz von Klasse E bescheinigt. Die Skala geht bis Klasse G. Eine aktuelle Energiesparlampe mit einer Lichtausbeute von 30-40% liegt bei Klasse A. Ich finde, das durchaus noch vorhandene Optimierungspotenzial hätte hier in der Skala berücksichtigt werden müssen. Eine Effizienz von 90-95% wäre eine geeignete Klasse "A", auch wenn sie mit heutigen Mitteln nicht erreicht werden kann.

Okay, zurück zum Thema. :-)

Zuerst möchte ich einen Überblick geben, welche Features heutige Energiesparlampen haben und für welchen Einsatzzweck diese wichtig sind.

Im Bereich der Energie-Effizienz nehmen sich die Lampen nicht viel bzw. sind im Allgemeinen einfach so deutlich besser als Glühlampen, dass hier keine als »wirklich schlecht« bezeichnet werden kann. Dies spare ich einfach mal aus. Lampen mit Effizienz-Klasse "B" sollte man natürlich meiden, wenn man die Wahl hat. :)

Ein leider oft von den Herstellern und fast immer von den Händlern unterschlagenes Kriterium ist für mich eines der wichtigsten Kriterien für eine Energiesparlampe: Die Schaltfestigkeit. Das bedeutet: Wie sehr scha-

det es einer Lampe, wenn ich sie nur kurz an- und wieder ausschalte. Hier gibt es auch beachtliche Unterschiede. Eine hohe Schaltfestigkeit wird erreicht, indem die Lampe vor dem Start kurz "vorglüht", also sich aufwärmt. Das bezahlt man mit einer Einschaltverzögerung im Bereich von bis zu 1,7 Sekunden. Über den Daumen gepeilt kann man sagen, dass eine Lampe ohne Vorwärmung zwar sofort leuchtet, dafür aber für jeden Einschaltvorgang etwa 3 Stunden ihrer Lebensdauer einbüßt. Bei Räumen in denen man das Licht immer nur ganz kurz einschaltet (z.B. Flur, Vorratsraum), fällt das stark ins Gewicht.

Das führt auch schon zu einem weiteren Qualitätskriterium: Lebensdauer. Hier gibt es Spannen von "bis zu 15.000 Stunden" bis zu nicht näher auf der Packung angegebenen Werten, die Stiftung Warentest auf etwa 3.500 Stunden beziffert. Ein enormer Unterschied, den man aber stark relativieren muss. Aus energetischer Sicht ist natürlich eine lange Lebensdauer deutlich besser, allerdings gilt auch hier: Schlechte Energiesparlampen sind immer noch besser als Glühlampen. Aus Verbrauchersicht kann ich mir auch 5 Lampen für 1,99 kaufen bis sich eine Lampe für 9,99 rechnet. Die Lebensdauer

hängt dazu von einigen Faktoren ab, neben der Schaltfestigkeit eben auch von Umgebungstemperatur und so weiter. Wie bei anderen Elektrogeräten auch. Eine

Lampe ohne Vorwärmung, die zudem im Dauerbetrieb nur 3.500 Stunden hält, wird allerdings die Versprechungen der Hersteller auf deutlich längere Lebensdauer als eine Glühlampe nicht erfüllen können. Strom spart sie trotzdem.

Oben genannte Schaltfestigkeit führt weiter zu der Einschaltverzögerung, bzw. der Zeit bis zum Erreichen ihrer vollen Leuchtkraft. Wie schon geschrieben, sind Lampen ohne Vorwärmung sofort betriebsbereit. Das bedeutet aber nicht, dass diese auch sofort wirklich hell sind. Normalerweise beginnen diese am Anfang deutlich dunkler zu leuchten und steigern sich über einen Zeitraum von bis zu 1,5 Minuten bis auf 80% der Leuchtkraft. Die weitere Entwicklung ist irgendwie asymptotisch, es macht also keinen Sinn, das genau messen zu wollen.

Farbwiedergabe spare ich bewusst aus, da ich das Kriterium für irrelevant halte. Jeder kann das ausprobieren ob es ihm gefällt. Stiftung

"Schlechte Energiesparlampen sind immer noch besser als Glühlampen.

Aus Verbrauchersicht kann ich mir auch 5 Lampen für 1,99 kaufen bis sich eine für 9,99 rechnet."

Warentest vergibt dafür auch durch die Bank ein "befriedigend" für alle beteiligten Lampen.

Kommen wir nun zu den verschiedenen Modellen, die ich mir genauer angeschaut habe:

Die bekanntesten ihrer Art sind vermutlich die von IKEA vertriebenen 11W-Lampen mit dem Namen »Sparsam«. Diese gehören in Form und Funktion zu den Lam-

pen, die ich nach heutigem Kenntnisstand nur eingeschränkt empfehlen kann. Sie sind so lang, dass nur ein geringer Teil der Lampen überhaupt damit ausgerüstet werden kann. Gleichzeitig liefern sie erst nach sehr langer Wartezeit einigermaßen Licht, das jedoch auch nur bei normaler Zimmertemperatur. Bei Kälte im Bereich unter 10°C sind die Lampen deutlich dunkler und brauchen noch länger um diese Helligkeit überhaupt zu erreichen. Der Vorteil dieser Lampen ist, dass diese sofort beim Anschalten Licht abgeben, es gibt also keine Vorheizphase. Zu Gute halten muss man dieser Lampe, dass sie nach der anfänglichen Trägheit irgendwann sehr hell leuchtet und ihre "entspricht 60W Glühlampe" durchaus einhält. Stiftung Warentest bestätigt diesen Eindruck. Fazit: Einsatz empfohlen bei Lampen die lange am Stück brennen und die lange Bauform überhaupt aufnehmen können. Ich habe in meinem Haushalt keine Lampe gefunden auf die dieses Kriterium zutrifft und setze die Lampe daher an eigentlich ungeeigneter Stelle ein, auch wenn sie dadurch deutlich schneller altert.

Ein weiteres "Massenprodukt" ist die Philips "Genie 11W", die es bei Penny und REWE günstig zu erwerben gab. Diese Lampe hat ebenfalls die klassische Röhren-Form, allerdings in kürzerer Ausführung. Sie ist noch etwa einen halben Zentimeter länger als alte Glühlampen und kann daher in den meisten Leuchten eingesetzt werden. (Bei Glühlampen ist durch die Hitze ein größerer Abstand zum Gehäuse angebracht, der darf bei den deutlich kühleren Energiesparlampen auch geringer sein.) Mit diesen Lampen bin ich eigentlich sehr zufrieden. Auch sie haben keine Vorheizphase, sind daher nicht schaltfest.

Dafür bringen sie umgehend eine Helligkeit, die vorgenanntes Produkt deutlich übertrifft. Da ich auch für diese Lampe keinen Einsatz-Ort habe, bei dem eine lange Einsatzzeit am Stück gegeben ist, setze ich diese im Flur ein. Die Lampe wird zwar schneller altern, aber die Licht-Eigenschaften sind sehr gut. Das Preis-/Leistungs-Verhältnis ist auch gut, selbst wenn die Lampe nur 1/3 der Lebensdauer teurerer

Lampen erreicht.

Echte schaltfeste Lampen sind ohne konkrete Typenangabe schwer zu finden, da die Händler dazu meist nichts wissen (Händler == Baumarkt, spezielle Lampen-Läden sind da vermutlich besser, da war ich aber nicht, da zu weit weg). Es ist also zwingend notwendig eine Liste mit geeigneten Herstellern und Typen mit zu nehmen, wenn man Einkaufen geht.

"Wenn man aber bedenkt, dass eine Energiesparlampe nur 1/5 der Energie einer normalen Glühlampe benötigt, rechnet sich auch der Einsatz der jetzt verfügbaren Lampen recht schnell."

Ein Hersteller, der von mir unbemerkt zum offenbar momentan besten Hersteller von Energiesparlampen herangewachsen ist, ist die Firma »MEGAMAN«. Eine Produktmarke, unter der nur Energiesparlampen vertrieben werden. Folgt man den Urteilen der Stiftung Warentest, so stellt dieser Hersteller durch die Bank Qualitäts-Produkte her und ist bei allen Testreihen vorne mit dabei. Ich habe mir daraufhin ein paar Lampen des Typs "Compact Classic 1 11W" (Art.-Nr. MM011) gekauft um diese an Stellen mit offen sichtbarer Birne einzusetzen. Da wollten wir keine sichtbaren Röhren haben.

Aufgrund meiner Recherchen wusste ich, dass diese Lampen eine Einschaltverzögerung von 1,3 Sekunden haben, in der die Lampe vorgewärmt wird. Dadurch wird eine Schaltfestigkeit von (laut Hersteller) 600.000 Schaltvorgängen erreicht. Um die Gesamt-Lebensdauer von 15.000 Stunden nicht zu gefährden, muss die durchschnittliche Leuchtdauer also bei grade mal 1,5 Minuten liegen. Das sollte auch von Flur-Leuchten nicht deutlich unterschritten werden. Allerdings sind 1,3 Sekunden unerwartet lang. Die Zeit reicht durchaus um an der Haus-Elektrik zu zweifeln bzw. zwingt beim Betreten eines dunklen Raums zum kurzen Innehalten bevor man etwas sieht und weiter gehen kann. Die Leuchtkraft hatte mich im ersten Moment dann auch eher negativ überrascht. Allerdings gibt es nach ca. einer halben Minute einen "boost", in dem man deutlich sieht, wie die Lampen heller werden. Danach sind die Lampen sehr hell.

"Energiesparlampen sind beim momentanen Stand der Technik noch nicht am Ziel angelangt."

Speziell zu dieser Lampe sei noch angemerkt, dass eine andere Variante im Umlauf ist, die die Modellnummer MM80-803 trägt und identische technische Daten hat. Zumindest in dem Bereich, der normalerweise angegeben ist. Diese Lampen haben aber eine ältere Technik der Vorheizung und sind daher nicht so schaltfest. Sagte mir der Hersteller auf Nachfrage. :)

weitere angegeben ist. Diese Lampen haben aber eine ältere Technik der Vorheizung und sind daher nicht so schaltfest. Sagte mir der Hersteller auf Nachfrage. :)

Stiftung Warentest kritisiert an den Megaman-Lampen die Umweltfreundlichkeit der Verpackung. Ich fand es zuerst übertrieben, danach zu urteilen. Aber nachdem ich jetzt auch solche Lampen gekauft habe, möchte ich mich dem Urteil entschieden anschließen. Eine mehrlagige Verpackung aus verschweißtem Plastik mag eventuell gegen das Auspacken im Laden helfen, aber es muss eigentlich echt nicht sein. Auch Karton-Verpackungen bieten IMHO ausreichend mechanische Dämpfung.



Bisher habe ich den bekanntesten deutschen Glühlampen-Hersteller ausgelassen, OSRAM baut natürlich auch Energiesparlampen. Bei den stärkeren Lampen ab 20W führt OSRAM die Tests an, beim Normalverbraucher-Seg-

ment allerdings rettet nur die "sehr gut" bewertete "Deklaration" (sic!) das gesamt-"gut". Als Reaktion auf die unhinterfragte Gleichsetzung von OSRAM == gute Qualität in der "test"-Ausgabe 01/2006 hat die Firma Megaman eine "Contra Stiftung Warentest"-Seite ins Netz gestellt[1]. Nach der besseren Objektivität des neuen Tests wurde die Seite jetzt offline gestellt. Im aktuellen Test kommt die OSRAM-Lampe zwar nicht auf schlechte Ergebnisse, aber auch nicht auf herausragend gute.

Meine persönliche Erfahrung ist, dass ich mir vor längerem voller Hoffnung eine OSRAM "Dulux EL Dimmable" gekauft habe, um diese im Wohnzimmer mit einem Dimmer zu betreiben.

Leider brummt diese Lampe. Recht leise natürlich, aber so dass man es hört. Und das will ich nicht im Wohnzimmer haben. Durch den Anschaffungspreis von rund 30 Euro verbietet sich ein weiterer Test mit einer weiteren Lampe. Wer eine solche hat, soll mir bitte seine Erfahrungen damit mitteilen, meine Lampe leuchtet jetzt ungedimmt den Keller aus.

Megaman bietet zwar mittlerweile auch dimmbare Lampen an, allerdings habe ich die noch nicht auf dem freien Markt gefunden. Da bin ich gespannt.

Als Fazit sei zu nennen:

Energiesparlampen sind beim momentanen Stand der Technik noch nicht am Ziel angelangt. Eine Energie-Nutzung von 30-40% ist vergleichsweise miserabel und muss noch optimiert werden. Gleichzeitig sind die



Einschaltzeiten ansonsten guter Lampen von bis zu 1,7 Sekunden störend. Auch da kann und muss noch optimiert werden.

Wenn man aber bedenkt, dass eine Energiesparlampe nur 1/5 der Energie einer normalen Glühlampe benötigt, rechnet sich auch der Einsatz der jetzt verfügbaren Lampen recht schnell. Wen die einschaltverzögerung stört, kann auch mit einer billigen Energiesparlampe ohne Vorheizung durchaus schon enorm Stromkosten sparen. Energetisch richtig sinnvoll wird es aber erst mit schaltfesten Lampen, die dann mit dem Manko der Einschaltverzögerung daher kommen.

Wer dauer- oder lang-brennende Lampen hat, sollte umgehend und one auf ein Ableben der alten Birnen zu warten neue Lampen einsetzen. Insbesondere Pflanzen- und Aquarien-Beleuchtung kann mit den heute verfügbaren Energiesparlampen in speziell dafür gemachten Farbtemperaturen deutlich günstiger gestaltet werden.

Zudem sollte jeder die gängigen Vorurteile kennen und damit umgehen können. Wikipedia fasst diese zusammen[2].

Ein Tipp zum Schluss: Bei Leuchten mit mehreren Fassungen (und einem Glas davor), die trotzdem nur kurz eingeschaltet werden, kann man eine billige Lampe einsetzen und den Rest mit guten Lampen auffüllen. Damit hat man gleich beim Einschalten sofort ein bisschen Licht, verschleißt aber nur eine Lampe über Gebühr.

Quelle: <http://bwurst.org/archives/181-Projekt-Energiesparlampen.html>

1. <http://web.archive.org/web/20080111131707/www.megaman.de/ueberuns/stiftungwarentest/contraststiftungwarentest/index.html>

2 <http://de.wikipedia.org/wiki/Energiesparlampe#Vorurteile>

Mehr Abos für das grüne blatt:

✓ Damit wir das grüne blatt besser kalkulieren können und um zumindest einen Teil der Herstellungskosten zu finanzieren, suchen wir weitere AbonnentInnen.

Überleg doch, ob du das grüne blatt abonnieren möchtest und frag auch andere Leute danach. Den Abo-Schnippel findest du ganz hinten im Heft.

QUERUMER FORST/BRAUNSCHWEIG

SINNLOSE INFRASTRUKTUR ZERSTÖRT NATUR

Übernommen von robinwood.de:

28. November 2010

Freitag Mittag entrollten wir ein Transparent mit der Botschaft "Betonköpfe absägen – Querumer Forst erhalten" vom Braunschweiger Rathaus. Am Eingang erlaubte uns der Pförtner den öffentlich zugänglichen Rathauturm zu besichtigen. Oben angekommen mussten wir aufgrund der Höhe erstmal schlucken, 40-50 Meter sind eben doch schon einiges. Doch da wir ausgebildete und gut ausgerüstete KletterInnen sind, setzten wir unser Vorhaben problemlos in die Tat um. Unten wurden sie von den BesucherInnen des Weihnachtsmarkts, der vor dem Rathaus stattfand, bejubelt.

Mit der Aktion wollten wir auf die kurz bevorstehende Naturzerstörung aufmerksam machen. Mit dem Querumer Forst handelt es sich um einen sehr alten Eichen-Hainbuchenwald, der für die Verlängerung der Start- und Landebahn des regionalen Flughafens fallen soll. Dass wieder einmal Natur sinnlos zerstört werden soll, um einen unbedeutenden Regionalflughafen auszubauen, wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinitiativen vor Ort nicht widerstandslos hinnehmen.

Dezember 2010

Baumfällungen im Querumer Forst haben begonnen

Seit Dienstag, den 30. November, fallen erneut Bäume für die Verlängerung der Start- und Landebahn des Braunschweiger Regionalflughafens. 15 Hektar des Eichen-Hainbuchenwaldes wurden bereits Anfang des Jahres gerodet.

Nun sollen 17 weitere Hektar folgen; zusätzlich müssen auf 20 Hektar die Baumkronen gekappt werden. Bisher ist ein Harvester im Einsatz, der an verschiedenen Stellen des betroffenen Gebietes mosaikartig kleine Flächen rodet. Wahrscheinlich sollen damit erstmal Lagerflächen für die gefällten Bäume geschaffen werden. Begleitet werden die Arbeiten von zwei Polizeistreifen, die möglichen aufkommenden Widerstand im Auge behalten sollen. Im Januar gab es zahlreiche Behinderungsaktionen von Ausbauegnern.

Der Protest trifft sich täglich um 15 Uhr auf dem Parkplatz des Sportheims in Waggum zu einer Mahnwache und freut sich über zahlreiche Unterstützung. An diesem Samstag, dem 4. Dezember, findet um 11 Uhr eine Demonstration in Braunschweig am Kohlmarkt statt.



Ultraleichttrekking

Jakob Trekking bedeutet das Reisen über etliche Tage hinweg unter weitestgehendem Verzicht auf den Komfort der Zivilisation - also Schlafen in der Natur, keine Einkehr in Gaststätten, usw. Meistens erfolgt so eine Reise zu Fuß, und darum wird es in diesem Artikel auch hauptsächlich gehen. Aber das Konzept der ultraleichten Ausrüstung lässt sich auch sinnvoll auf Fahrradtouren oder Fernwanderungen mit Übernachtungen in Herbergen anwenden, ebenso für Bahnreisen, Tramptouren sowie Camps und Kongresse.

Auch für Umweltaktivisten bietet eine ultraleichte Ausrüstung einige Vorteile. Durch einen kompakten, kleinen und leichten Rucksack ist man im Gelände sehr beweglich, durch das geringe Gewicht ist längeres Rennen und auch Sprinten gut möglich, im Wald bleibt man dabei weniger schnell irgendwo hängen, und auch ein unvorhergesehener 5-km-Marsch ist kein großes Hindernis. Oder aber man nimmt einen großen Rucksack und hat zusätzliche Kapazitäten für Gemeinschaftsmaterial und Verpflegung. Und die verlinkten Konservendosen-Kocher sind auch auf Besetzungen und ähnlichem sinnvoll und schnell hergestellt.

Bei ein- bis mehrwöchigen Unternehmungen sind 15 bis 20 kg Rucksackgewicht keine Seltenheit, sondern eher die Regel. Durch die Wahl der richtigen Ausrüstung und das Befolgen einiger Grundregeln lässt sich das Basisgewicht, d.h. sämtliche Ausrüstung außer Wasser, Essen und Brennmaterial, im Extremfall auf unter 2,44 kg drücken. Kein Witz! Mit Rucksack, Zelt, Isomatte, Schuhen und allem drum und dran. Allerdings ist das bereits Super-Ultra-Leicht - und da

gehört das Dehydrieren der genau portionierten Zahncreme vor der Tour genauso dazu wie das Heraustrennen sämtlicher Waschanleitungen aus der Kleidung. Und natürlich gilt das für Sommer...

Die Frage ist mehr: wie weit möchtest Du beim Gewicht sparen gehen? Je leichter die Ausrüstung wird, desto anfälliger wird sie in der Regel gegenüber Beschädigungen, manchmal leidet auch der Komfort.

Es gibt für jeden Menschen auf einer Trekkingtour ein optimales Gewicht, das sich wie folgt berechnet: Je mehr Gewicht man mit sich herumschleppt, desto angenehmer hat man es später im Lager; umgekehrt gilt, je weniger Gewicht man tragen muss, desto angenehmer und schneller fällt das Laufen. Bei 60 kg sind auch zwei Solarkochplatten, eine Auswahl an 7 Büchern und ein 5-Personen-Zelt mit Stehhöhe drin... nur, dass man sich während des Wanderns jeden Meter über sich selbst beschweren

würde, schlussendlich aufgeben müsste. Wenn man auf der anderen Seite ganz ohne Rucksack unterwegs ist, fällt das Laufen leicht - aber vom Essen und Trinken mal abgesehen, müsste man sich als Nachtlager noch im Hellen einen großen Laubhaufen zusammentragen und seinen Schlaf mit zahllosen krabbelnden und stechenden Viechern teilen, ganz zu schweigen vom plötzlich einsetzenden Regen...

Es kommt also darauf an, für sich den Schnittpunkt zwischen Laufkomfort und Lagerkomfort zu finden. Für manche liegt dieser bei den erwähnten 2,44 kg, andere nehmen lieber etwas mehr und etwas stabilere Dinge mit und landen bei vielleicht 5 kg Basisgewicht.

Ja, und wie lässt sich so ein Gewicht jetzt erreichen? Also...

1. Suche für alles die leichteste verfügbare Lösung. Es gibt, besonders in den USA, spezielle Händler für ultraleichte Ausrüstung, die klassischen großen Outdoorhändler haben fast nie wirklich Ultraleichtes. Shops für Adventure Racing oder Klettersport haben auch das ein oder andere.

2. Nehme nur mit, was du auch unbedingt brauchst. Schreibe vor jeder Tour eine Packliste, wiege alles genau aus und überprüfe nachher, worauf du hättest verzichten können.

3. Vermeide alles Wasser in Lebensmitteln und auch sonstwo - außer natürlich beim

Trinkwasser. Vermeide soweit wie möglich Papier, das ist unglaublich schwer (eine A4-Seite wiegt c. 5,5 Gramm – das summiert sich).

4. Verabschiede dich von deinem großen Rambo-Survival-Messer, ebenso wie von deinem Zelt... hehehe... :-)

5. Entferne alles Überflüssige an vorhandener Ausrüstung, solche Dinge wie nicht benötigte Taschen, Logos oder den Stiel deiner Zahnbürste und ersetze was möglich durch leichtere Varianten, z.B. dicke Kordeln durch dünne und metallene Reißverschluss-Schieber-Ösen durch kurze Schlaufen... lass alles da, was keinen Nutzen hat oder auch leichter geht!

6. Verstaue Dinge wie Zahnpasta, Mückenmittel und Flüssigseife in möglichst kleinen Plastikgefäßen (nimm besser etwas feste d.h. wasserlose Seife)

7. Viele der kleineren Dinge finden sich im Haushalt und müssen nicht teuer erstanden werden, wie z.B. Trekkinghandtücher – jedes frotteeartige Microfaser-Putztuch ist genauso gut. Und das leichteste Besteck ist Einweg-Plastikbesteck (natürlich ist kein komplettes Set erforderlich).

8. Bau dir deine Ausrüstung selber, so erhältst du meist die leichtesten Dinge. Einige Dinge lassen sich sogar aus Müll herstellen, vor allem der Kocher.

9. Ein Ding sollte möglichst viele Funktionen erfüllen, eventuell in Verbindung mit anderen Ausrüstungsteilen.

10. Spare nicht an der falschen Stelle und verzichte nicht komplett auf Reiseapotheke und Reparaturzeugs. Dimensioniere sie lediglich klein und leicht.

Wenn du bereits über hochwertige Ausrüstung verfügst, die aber nicht gerade ultraleicht ist, bedeutet ein Neukauf natürlich eine ärgerliche Ausgabe, aber vielleicht kennst du jemanden, für den Teile deiner jetzigen Ausrüstung DAS Geschenk wären. Alle großen ultraleichten Ausrüstungsteile bestehen fast vollständig aus Erdöl, also achte darauf, nur dass zu holen, was du auch wirklich brauchst, und nicht gerade den letzten Schrott – wobei die meisten Outdoor-Artikel stark überteuert sind und „1/4 des üblichen Preises“ kein Merkmal für schlechte Qualität ist. Naturmaterialien haben zwar viele Vorteile, das Gewicht zählt aber leider nicht dazu. Ich werde im folgenden (online) auf die „großen Vier“ sowie Ultraleicht-Bekleidung und Kochersystem eingehen und ansonsten auf Internetseiten und die eigene Kreativität verweisen.

Dieser Artikel wurde gekürzt. In vollständiger Länge findet ihr ihn unter:

www.gruenes-blatt.de/index.php/2010-02:Ultraleichttrekking

Anzeige: Spenden für Repressionskosten

Beim Castor-Transport 2008 gab es an der deutsch-französischen Grenze eine Blockadeaktion mit Betonblock, die den Atomzug für über 12 Stunden aufhielt. Im Oktober 2010 wurden die Festgeketteten zu je 800 Euro rechtskräftig verurteilt. Zur Deckung der entstandenen Anwalts- und Gerichtskosten benötigen die Betroffenen noch finanzielle Unterstützung.

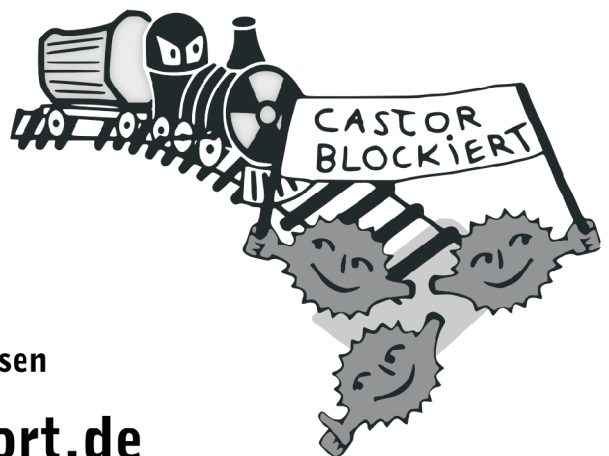
Spendenkonto "Spenden&Aktionen"

Betreff: Gleisblockade

Kontonummer: 928 818 06

BLZ: 51390000 – Volksbank Mittelhessen

im Internet: bloXberg.blogspot.de



MARS-TV SENDET ZUM THEMA MILITÄR

Militarismus stoppen **Ein Fernsehteam vom Planeten Mars machte sich in der Flensburger Innenstadt auf die Suche nach kompetenten Interviewpartner_innen zum Thema Militarismus und Bundeswehr. Im Besonderen ging es der Frage nach, wie denn die Bewohner_innen der Küstenstadt zur Äußerung des Kriegsministers stünden, Deutschland führe Wirtschaftskriege und das sei auch gut so. Ernüchtert musste die Moderation feststellen, dass viele Menschen von diesen Äußerungen nichts mitbekommen hatten. Konkret darauf angesprochen, was sie denn nun dazu sagen würden, verneinten die allermeisten Menschen jedoch zumindest persönliche Begeisterung für Wirtschaftskriege.**

Sonderbar war auch, dass die Erdlinge ständig auf sog. Verantwortliche verweisen. Die Befragung dieser ergab: Pazifismus bedeutet nicht, gegen jeden Krieg zu sein und mit Kunduz hatte die Bundeswehr nichts zu tun.

„Wir haben keinen Kriegsminister, nur einen Verteidigungsminister?“

Während der Interviews verwiesen auffällig viele Erdlinge auf einen alleine stehenden Sonderling in merkwürdig blauen Klamotten und sonderbar altmodischer Mütze, der offensichtlich mit einer Spendendose ausgestattet, Geld zur Unterstützung eines „Volksbundes deutsche Kriegsgräberfürsorge“ sammelte. Der freundliche Militärangehörige erklärte, Wirtschaftskriege seien gar keine Kriege sondern mehr so etwas wie Diskussionen um Rohstoffpreise. Auf das Massaker von Kunduz angesprochen und ob das so die Art von humanitären Diskussionen sei, an die er da denke, verneinte er schlicht jede deutsche Beteiligung daran. „Damit hatte die Bundeswehr nichts zu tun!“ Und außerdem: „Wir haben keinen Kriegsminister, nur einen Verteidigungsminister.“

Militäreinsätze trotz pazifistischer Grundwerte?

Auf der Suche nach weiteren Kompetenzwundern wie diesem ersten, traf das Journalist_innenteam vom Mars auf einen Wahlwerbestand der Grünen. In Flensburg läuft anscheinend gerade ein „Bürgermeisterwahl“ genanntes Akzeptanzbeschaffungsspektakel für Herrschaft. Dafür scheint es wichtig zu sein, dass die sog. Kandidaten in der Fußgängerzone stehen, bunte Poster mit großen Bildern ohne Inhalt aufstellen, und genauso inhaltsleere Flyer mit vielen bunten Bildern verteilen. Doch die



Hoffnung, endlich kompetente Interviewpartner_Innen zu finden, wurde erneut enttäuscht. Zur Vorbereitung des Interviews suchte die Redaktion auf dem Mars schnell in Echtzeit ein Parteiprogramm der Grünen heraus. Aus Zeitgründen musste eins von 1998 reichen... und dort findet sich auch das Bekenntnis der Partei zum Pazifismus (*1) „Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab“. Gleichzeitig ergab die Recherche aber ein für die Marsbewohner_innen verstörendes Moment: Bereits ein Jahr später ließ eine Regierung der Grünen Partei ein anderes Land bombardieren. Auf diesen Umstand angesprochen, erklärte der interviewte Herr von der Grünen Partei dem staunenden Moderator, dass Pazifismus nicht bedeute, gegen Krieg zu sein: „Pazifistische Grundwerte bedeuten ja nun nicht, gegen jeden Militäreinsatz zu sein!“ Und dass außerdem Parteiprogramme ohnehin nicht unbedingt etwas mit der Politik einer Partei zu haben müssten. Warum er selber, wo er doch

gegen Krieg sei, nun Werbung für eine Partei mache, die Krieg nicht ablehne, konnte leider nicht erklärt werden.

„Die Großen lässt man laufen, und die Kleinen werden gehängt!“

Auffällig war die Tatsache, dass die meisten befragten Erdlinge sich ablehnend zu den Kriegsbeteiligungen ihres Militärs äußerten. Deshalb sorgte es auch für Verwirrung, als das Mars-TV-Team ihnen ein Hologramm eines durch die Redaktion abgefangenen Flugblattes zeigte, das darauf hinweist, dass am Mittwoch, 17.11. und Freitag, 19.

11. eine junge Frau vor dem Landgericht verurteilt werden soll, weil sie genau diese Position vertrat. Um ihren Protest zu verdeutlichen, hatte sie sich 2008 vor einem Militärtransport an die Gleise gekettet. Und dies scheint laut Erden-gesetzen verboten zu sein, auch wenn keiner

der Interviewten das irgendwie schlimm fand. Sie reagierten auf diese Info u.a. mit sonderbaren Aussprüchen wie: „Mal wieder typisch: Die Großen lässt man laufen, und die Kleinen werden gehängt!“. Wer den Sinn dieses Codes dechiffrieren kann, möge sich bitte für den nächsten Sendetermin am Mittwoch, 17.11. ab 9:00 Uhr am Landgericht Flensburg einfinden...

(*1) Quelle:

Programm zur Bundestagswahl 98 „Grün ist der Wechsel!“ Bündnis 90/Die Grünen, 1998, Seite 135: „Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab“.

Grün wirkt. Unser Wahlprogramm 2002-2006, Bündnis 90/Die Grünen, Präambel, Seite 7: „Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Mit gleicher Intensität treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte“. (Zitiert aus: H.Thoroe, „Herrschaftskritik“, Seitenhieb-Verlag 2010. Der Autor kommentiert dort: „In Bezug auf Gewaltfreiheit ließe sich mit etwas Zynismus aus der Floskel „mit gleicher Intensität“ ableiten, dass die Grünen alle ihre Ziele mit gar keiner Intensität vertreten.“ S. 162)



90 Tagessätze für antimilitaristische Gleisblockade

egal Nach nur zwei Verhandlungstagen verwarf das Landgericht Flensburg in Sachen "Antimilitaristischer Gleisblockade" die durch die Verteidigung nach der ersten Instanz eingelegte Berufung. Die angeklagte Aktivistin hatte sich im Februar 2008 in Ohrstedt, Nordfriesland an die Gleise gekettet, um ihren Protest gegen die deutschen Militärs und deren Auslandseinsätze zu verdeutlichen. Ein Militärtransport verzögerte sich damals um mehrere Stunden. Das Landgericht verurteilte die von "containertem Essen" lebende Angeklagte nun zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen à 15 Euro. Die Verurteilung war bereits am letzten Prozesstag absehbar gewesen, weil Richter Grisée es für unproblematisch befand, das an der Urteilsfindung ein Militär der Streitkräftebasis als Schöffe beteiligt war.

Im Februar 2008 stoppte eine Gruppe junger Friedensaktivist_innen einen Transportzug der Bundeswehr auf dem Weg zu einem Manöver der Nato Response Force. Die NRF ist eine multinationale 18.000 Soldaten starke Eingreiftruppe der Nato, die im Zweifelsfall auch mit Angriffskriegen den Zugang der NATO-Staaten zu Märkten und Rohstoffen sicherstellen soll. Aus Deutschland sind daran regelmäßig u.a. das Luftabwehrraketengeschwader 1 aus Husum beteiligt. "Krieg fängt mit Üben an - jede Vorbereitung dafür ist essentieller Teil der Kriegseinsätze, die ich ablehne" so eine der beteiligten Aktivistinnen. Die heute 25 jährige stand nun in Flensburg vor Gericht, weil ihre Ankettaktion in erster Instanz als Störung öffentlicher Betriebe und Nötigung gewertet worden war. Bereits im Frühjahr hatte das Amtsgericht Husum den Fall verhandelt und in einem skandalösen Urteil 120 Tagessätze gegen sie verhängt. In der Berufung vor dem Landgericht in Flensburg reduzierte Richter Grisée lediglich die Höhe der Strafe auf 90 Tagessätze.

Trotz widersprüchlicher und sehr komplexer höchstinstanzlicher Entscheidungen zu dem Themenkomplex "Ankettaktionen und Versammlungsrecht" lehnte der Richter die

Beiordnung eines Pflichtverteidigers ab. Es schien, als ginge es ihm schlicht darum, die Sache möglichst schnell vom Tisch zu kriegen. "Hier zeigt sich wieder einmal, dass Gerichte das Militär schützen, ohne die eigene Rolle kritisch zu reflektieren. Wer Antimilitaristinnen verurteilt, ist mitverantwortlich für die Kriege der Bundeswehr", so ein Prozessbeobachter.

In den Zeugenaussagen offenbarte sich erneut das mangelnde Wissen der Polizei zu Versammlungen. "Nein, die Anwendung des Versammlungsrechts haben wir

nie in Betracht gezogen." gab z.B. die zuständige Beamtin der Landespolizei an, obwohl sie Banner mit Forderungen gesehen hatte, und sich auch an die Anrede: "Dies ist eine gewaltfreie Demonstration" erinnern konnte. "Man sieht hier ganz deutlich, dass Bürgerrechte das Papier, auf dem sie gedruckt werden nicht wert sind, da die Polizei sie nicht einmal kennt" sagte Jan Hansen, Prozessbeobachter von der Initiative militarismus-jetzt-stoppen.

Auch die Aussagenabsprache zwischen Lokführer und Rangierleiter lief nicht so





reibungslos wie in der ersten Instanz. Damals hatte die beiden eine sonderbare Story aufgetischt, um das peinliche Detail, dass sie Notsignale einfach ignorierten, aus der Welt zu schaffen. In der ersten Fassung des Polizeiberichtes der Nacht schreibt ein Bundespolizist, wie er mit dem Rangierleiter gesprochen habe, und dieser beschreibe, wie sie auf dem Weg vom Depot zur ca. 3 km entfernten Weiche während der Fahrt einen Knall an den Gleisen vernommen hätten, Fackeln am Gleisbett überfahren hätten, und Lichtsignale ignorierten, weil sie es für einen "Schabernack" hielten. Die Geschichte der Beiden hatte diesmal deutliche Widersprüche. So widersprachen die beiden sich u.a. in der Anzahl und in der Dauer der angeblich zur Gefahrenabwehr eingeleiteten Stopps.

Die Justizwachtmeisterei, die sich während des vorangegangenen Verhandlungstags zurückhaltend verhalten hatte, durfte die Härte der Eingangskontrollen zum Urteil noch einmal deutlich anziehen. "Daran zeigt sich, dass diese Kontrollen

nicht einer angeblichen Sicherheit dienen, sondern die TeilnehmerInnen einschüchtern sollen!" sagte eine Prozessbeobachterin.

Die Verurteilte prüft nun weitere Rechtsmittel. "Ich bin nicht überrascht ob der Verurteilung, denn das Gericht war von Beginn an befangen. Einer der Schöffengerichter ist sogar selbst bei der Bundeswehr, wurde aber trotz Ablehnungsantrag nicht ausgetauscht. Außerdem zeigte der vorsitzende Richter keinerlei Interesse für entlastende Argumentationsstränge und verwies mehrmals gelangweilt auf die nächsthöhere Instanz, die das ja dann entscheiden könne" so die Angeklagte. "Das Versammlungsrecht scheint für Herrn Grisée eher eine lästige Pflicht als ein zu schützendes Grundrecht darzustellen".

Die Prozesse waren begleitet worden von solidarischen Transparentaktionen vor dem Gericht und Straßentheater in der

Innenstadt.

Außerdem gingen bei Gericht zahlreiche Protestfaxe ein, die die Befangenheit des Militärschöffen kritisierten. "Ich freue mich über die Solidarität, denn ich merke: Selbst wenn nur wenig Leute bis nach Flensburg fahren, um bei den Prozessen dabei zu sein, so sind sie doch im Kopf dabei - das gibt mir Mut, weiterhin radikal Stellung zu beziehen."

Weitere Prozesse werden folgen: Die anderen Aktionsbeteiligten sind wegen Beihilfe angeklagt und außerdem stehen noch zivilrechtliche Auseinandersetzungen mit der NOB und der Bahn an, die Schadenersatzansprüche geltend machen.

Mehr zum Thema

Der erste Verhandlungstag der Berufung:

http://www.husuma.dragseths-gasthof.de/index.php?aktion=thema_anzeigen&print=&menue_id=188

Willhelm I. und militaristische Symbole im Landgericht:

http://www.husuma.dragseths-gasthof.de/index.php?aktion=thema_anzeigen&print=&menue_id=167

Die erste Instanz in Husum:

http://www.husuma.dragseths-gasthof.de/index.php?aktion=thema_anzeigen&print=&menue_id=183

<http://www.militarismus-jetzt-stoppen.de.vu/>



WILL "DAS VOLK" "OBEN BLEIBEN"?

Floh Einige Gedanken zu Fußball, Opium, Volk, Polizei, postlinks-destruktiver- sowie emanzipatorisch-konstruktiver Bewegungskritik, Integrationsmaßnahmen, Direktdemokratie und Bewegungseliten...

„Wir sind das Volk“ hallt es derzeit wieder etwas lauter durch die Lande. Und da frage ich mich, was würde eigentlich passieren, wenn „dem Volk“ das Opium abgesetzt würde? Würde es sich dann eventuell seiner eigenen Konstruktion bewusst werden, und darüber, dass ein Kollektivbewusstsein gar nicht möglich ist? Würde es also just im Moment seines ersten nüchternen Gedankens aufhören zu existieren, in sich selber implodieren und von der ganzen Geschichte verwunderte Individuen zurücklassen, die sich plötzlich ihrer misslichen Lage bewusst werden? Und würden diese übrig gebliebenen Individuen sich dann vielleicht weniger für die „Volks“-wirtschaft interessieren, und ihre Zeit nicht länger per Lohnarbeit unter ihr Diktat stellen, sondern, sagen wir, sie



Obwohl die armen Polizist_innen wirklich übermüdet waren, nachdem der Castor nach Gorleben geprügelt war...

angeregt, als sie am Ende ihrer Kräfte waren, nachdem der Castor von ihnen nach Gorleben geprügelt wurde, mit freundlicher Unterstützung einiger Ko-

Belastungs-Grenze. Für den Castor-transport war der größte Polizeieinsatz in der BRD überhaupt nötig, um seine Ankunft gewährleisten zu können, und dennoch fehlte es an allen Ecken und Enden an Einsatzkräften. In anderen Ländern (Griechenland, Frankreich, Irland,...) stellt sich die Frage längst nicht mehr nach der Belastungsgrenze der Polizei, sondern ob sie es überhaupt schafft in der Aufstandsbe-kämpfung erfolgreich zu sein.

Die Prioritätensetzung darauf, das Opium unter keinen Umständen auszusetzen, zeigt etwas anderes: Die

Chance, die rumorenden Konflikte unter Kontrolle zu behalten, wird darin gesehen, zusammengeschummelte Konstrukte - wie das Volk - nicht durch allzuviel Nüchternheit aufliegen zu lassen. Sollen die Leute also lieber mal zum Fußball gehen und sich ablenken, auch wenn es anstrengende Polizeieinsätze nur wenige Tage nach dem Einsatz im Wendland bedeutet (bei dem viele Beamt_innen tagelang im Einsatz waren ohne Schlaf und Versorgung), bevor sie (die Leute) zuviel nachdenken, und dann vielleicht auch aktiv gegen den Atom- und Polizeistaat werden, und die gleichen Beamt_innen gegen die gleichen Leute morgen vielleicht in ganz anderen Zusammenhängen Einsätze schieben müssen.



...wurde der folgende Bundesliga-Spieltag nicht abgesagt, was zur Debatte stand. Herrschte Angst davor, was passieren könnte, wenn dem Volk das Opium abgesetzt würde...

nutzen für Subsistenzwirtschaft und Widerstand gegen allerelei Unfug, der auf einmal keinen Sinn mehr macht, wenn nicht mehr an einen übergeordneten Volkswillen geglaubt wird.

Um ehrlich zu sein weiß ich nicht, ob das die Folgen eines Opiumentzuges für „das Volk“ wären. Auch nicht, ob es solche Gedanken oder ähnliche gewesen sein mögen, die den vielsternigen Polizeiräten, den Fußballfunktionären (muss wohl nicht gegendert werden) oder anderen Entscheidungsträgern durch den Kopf gegangen sind, als sie sich dagegen entschieden, den 12. Fußball-Bundesliga Spieltag abzublasen. Genau das stand nämlich zur Debatte. Von der Polizei

Illeg_innen von der CRS (französische Eliteprügeleinheit, welche im Zuge der Aufstände von 68 aufgebaut wurde).

Die Überforderung der Polizei, sowie die angestrenzte internationale Polizeikooperation zeigt eines: Es rumort an vielen Orten - und zwar nicht nur in Deutschland - soweit, dass der polizeiliche Normalbetrieb anstrengend wird. Stuttgart 21 bringt die süddeutsche Polizei schon seit mehreren Monaten dauerhaft an die



...oder ist der Glaube an das Volk nicht vielmehr selber das Opium?



Erst vom Staat eins auf die Birne bekommen und danach seine Nationahyme singen?

Nun ist die Logik dieses Artikels vielleicht auch ein bißchen konstruiert. Denn erstens hat der Bundesligaspieltag vielleicht nicht die herausragende Bedeutung dabei die Menschen ruhig zu stellen, und zweitens ist das Opium ja nichts, was einem „Volk“ von außen verabreicht werden könnte. Es ist vielmehr der Glaube an seine Existenz (des Volkes) selbst. Es sind weniger Brot und Spiele, die die Menschn ruhig stellen, sondern die mediale Diskurs-Produktions-Maschinerie, die den Glauben an „das Volk“, und dessen Wille aufrecht erhält. Einmal in der autoritär-konservativen volkstümmelnden Variante der herrschenden Politik, nach dem Motto „Wir sind das Volk“, weil von ihm gewählt, und einmal in seiner linksliberalen volkstümmelnden Kehrseite, die das gleiche „Wir sind das Volk“ dahingehend interpretiert, dass das Volk noch mehr herrschen müsse, also für mehr Demokratie eintritt.

Der Kater nach dem Drogenkonsum (also

✓ **Mitmachen beim grünen blatt:**
Das neue grüne blatt soll offener werden als bisher. Dazu wurde eine Wiki-Internetseite unter <http://gruenes-blatt.de/> eingerichtet, auf der du deine Artikel veröffentlichen kannst. Mach mit beim grünen blatt, egal ob Layout, Internetarbeiten, Redaktion, Verbreitung, Vernetzung... Melde dich! mail@gruenes-blatt.de

das Bewusstwerden darüber, zu welch sinnlosen und autoritären Projekten und Prügelorgien die Herrschaft des Volkes führt - siehe S21, Atomkraft,...) führt nicht dazu, dass die Droge abgesetzt wird. Im Gegenteil: Die Dosis soll erhöht werden (was nicht heißen soll, dass direktere Demokratie kein Fortschritt sein kann - gedacht in realpolitischen Nuancen).

Aufbauend auf der Annahme irgendein Volk sei der einzig mögliche Referenzrahmen, innerhalb dessen Entscheidungen getroffen werden können, beginnt nun ein bitterernstes Spektakel um die Diskussion wie das Volk denn nun herrschen solle, das für jene die ganz andere Bezugsrahmen für Entscheidungen möglich sehen nur noch absurd und lächerlich sein kann.

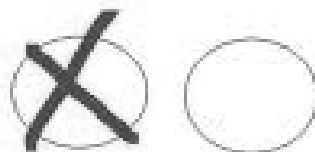
In Stuttgart sind sich Zehntausende sicher, dass sie das Volk sind, und dass der unterirdische Bahnhof deshalb nicht gebaut werden dürfe. Die Gegenseite, also die Projektbefürworter_innen und /umsetzer_innen hingegen meinen zu wissen, dass es zutiefst undemokratisch sei, also gegen die Herrschaft des Volkes, wenn ein durch alle demokratische Instanzen gegangenes Projekt am Ende durch Widerstand undurchsetzbar gemacht wird. Wenn das Volk entschieden hat, hat das Volk nichts mehr mitzureden. Wo „Volk“ gegen „Volk“ steht, wird es aber noch bunter und es kommt noch ein drittes hinzu: Die Volkswirtschaft, die natürlich am besten weiß, was „dem Volk“ gut tun würde, und dass es Zukunftsfähig bleiben müsse. Pardon, bunter wirds dadurch natürlich nicht, das ist nur so eine bescheuerte deutsche Redewendung. Meistens wird es eher recht grau wenn die Volkswirtschaft hinzukommt.

Der Taschenspieler_innentrick ist leicht zu durchschauen: Jedes Profit- und Herrschaftsinteresse wird damit legitimiert, im Sinne des Volkes zu sein. Dabei tun genau jene, die die eigenen Interessen damit legitimieren wollen, denen egoistische Interessen vorwerfen, die be-

troffen von Großprojekten sind, die nur wenigen nutzen, aber durch ein konstruiertes „Volksinteresse“ oder „Gemeinwohl“ legitimiert werden, dem sich die Betroffenen unterordnen müssten.

Von der anderen Seite her könnte mensch nun behaupten, dass die Interpretation darüber, was „das Volk“ wirklich will von den Abstraktionsebenen (Parlamentarismus, Volkswirtschaftsinteressen,...) heruntergeholt werden, und direkter stattfinden müsste. Das stellt einen aber vor ein weiteres Problem: „Das Volk“ ist Einzahl. Also Anti-Pluralistisch. In der Suggestion, „das Volk“ könne als solches einheitlich entscheiden oder handeln, ist also immer schon die Notwendigkeit für Werkzeuge mit inbegriffen, mit denen der Wille „des Volkes“ gemessen, bestimmt und umgesetzt werden soll. Wobei schnell klar wird, dass es einen einheitlichen Willen genauso wenig geben kann wie „das Volk“ selber, sondern nur eine direktere Bestimmung von Mehrheiten, wie in der propagierten Direktdemokratie. Auch wenn diese in Einzelkämpfen, beispielsweise gegen Großprojekte, im Vergleich zum Parlamentarismus ein echtes Werkzeug sein könnte, bleibt sie bloß eine andere Form der Fremdbestimmung. Ein abstrakter Wert, der Volkswille, bleibt über die Interessen, Wünsche und Ideen der

Volksabstimmung



Taugt nicht als emanzipatives Entscheidungsmittel, weil die Realität komplexer ist als binäre Ja/Nein Fragen, und weil Entscheidungen bei denen es Unterlegene gibt autoritär umgesetzt werden müssen

einzelnen Menschen gestellt und muss durch eine ausführende Gewalt gegen diejenigen durchgesetzt werden die nicht einverstanden sind, die also beispielsweise beim Volkentscheid in der Minderheit waren.

Gerade dadurch, dass im Denken von der Notwendigkeit zentraler Entscheidungen und (konstruierter) Kollektivsubjekten geblieben wird, wird der herrschende Diskurs unterstützt und lediglich um eine weitere mögliche Spielart davon erweitert. Der Gedanke, dass nach einer Überwindung von konstruierten Volksinteressen freie Menschen zurückbleiben könnten, die ihre Sachen ganz gut untereinander regeln könnten, ohne übergeordnete Institutionen oder Legitimationsrahmen, bleibt unangetastet.

Im aktuellen Diskurs über all das schießt mal wieder Greenpeace den Vogel ab. Irgendein Sprecher der Organisation behauptet, Merkel sei eine Kanzlerin ohne Volk. Womit er ja vollkommen recht hätte, würde er sich in Dekonstruktivismus üben, anstatt saublöden Populismus in noch blödere Rhetorik zu packen. Nicht weniger bizarr wirkte jene Gruppe von S21-Gegner_innen welche, nachdem sie allesamt den staatlichen Knüppel über den Kopf gezogen bekamen, teils noch mit blutenden Platzwunden, anfangen die Nationalhymne in die Kameras zu singen, stellvertretend für das Grundgesetz, welches sie verteidigen wollten. So als ob also zu wenig Gesetz und Staat dafür verantwortlich wären, wenn Gesetz und Staat einem auf die Birne hauen. Seitdem halte ich das mit den Schlägen auf den Hinterkopf und dem Denkvermögen für ein Gerücht.

Die "jungle World" und andere anti-deutsch-postlinke Strömungen, benutzen solche Szenen dankend um damit ganzen Bewegungen, von S21-Gegner_innen über den Anti-Atom-Widerstand bis hin zu Beltmanbrücken- oder Flughafengegner_innen den Anschein der Anti-emanzipation und Regression zu geben. Wobei hier gerne technischer Fortschritt mit politischer Progression und Emanzipation gleichgesetzt wird, ohne der Betrachtung der Rahmenbedingungen. Die Differenz zur "Welt" macht dann bloß noch aus, dass all diese Bewegungen hier den Stempel „Heimatschutz“ aufgedrückt bekommen anstatt dem weltlichen „Egoismus“, was bei näherer Betrachtung aber auch nicht weit auseinanderliegt.

Offensichtlich geht es hier nicht um ein

konstruktive Kritik, sondern darum, dem Umweltschutz und dem Widerstand gegen unliebsame Großprojekte, im Schulterchluss mit den Konservativen, einen Irrationalismus zu unterstellen. Aus dem Volkswohl wird hier ein Gemeinwohl gemacht welches rein auf der technisch-materiellen Ebene zu erreichen sei, und welches als Grundlage für Emanzipation gesehen wird.

Sowohl den diskursiven Anstrengungen der bürgerlichen Medien und Parteien, wie auch den antideutsch-postlinken Strömungen muss die Idee eines emanzipatorischen Umweltschutzes entgegengestellt werden. Welcher bedeutet, dass

ist für die Betroffenen spürbar. Die Bereitschaft mit Diskursen zu brechen, die die herrschenden Verhältnisse zusammenhalten ist also sicherlich erhöht.

Ein ganz anderes Problem, dass sich hier auftut, wovon "jungle World" und Co, nicht nur nichts schreiben, sondern auch nichts wissen, weil sie von Bewegungen genauso weit entfernt sind wie die "Welt" (passend dazu, schreibt die "jungle World", dass Castorgegner_innen welche sich mit (mensch beachte!) den Füßen in den Gleisen festbetonierten, reformistisch seien, da sie darauf vertrauen würden, dass die Polizei sie unversehrt aus dem Gleise befreit. Wie das eine nun mit

dem anderen Zusammenhängt bleibt das Geheimnis der "jungle Worl"), ist das der andauernden Vereinnahmung und Wiedereingliederung in formale Strukturen von sozialem Widerstand. Dort, wo tausende Einzelerfahrungen dazu führen, dass aus tausend verschiedenen Sichtweisen, mit der herrschenden Politik gebrochen wird, und wo ein Austausch und eine Organisation von unten dazu führen könnte dass sich die Gründe und Erfahrungen gegenseitig ergänzen und erweitern und in eine umfassenden Gesellschaftskritik münden könnten, dort ordnen sie

sich in der herrschenden Praxis neuen Stellvertreter_innen der Bewegungen unter, die die Thematik auf wenige Parolen verkürzten, welche intergrierbar in eben jene Verhältnisse sind, die die Ursache der Symptome sind gegen die sich der Widerstand richtet. Unfreiwillig ist die Hauptparole gegen S21 dabei aufschlussreich zweideutig: „oben bleiben“. Allgemein ist der Widerstand gegen S21 ein gutes Beispiel für die Vereinnahmungs- und Integrationspolitik (siehe Seite 36/37): Obwohl ein Großteil der Gegner_innen gegen die Schlichtungsgespräche waren, da sie erkannten, dass es dort keinen Kompromiss geben wird, und dass die einzige Möglichkeit S21 zu stoppen der Widerstand ist, der in den Gesprächen riskiert wurde, beteiligten sich die Eliten der Bewegung, mit Ausnahme der „Parkschützer“, daran, mit dem Ergebnis, dass aus einer Wut gegen die herrschend Politik, realpolitische Debatten darüber wurde, wie leistungs-



Greenpeace: Coole Blockade beim Castor. So herzerfrischend anders sind ihre Diskurse aber nicht.

keine abstrakten Ideen von „Volkswillen“ oder „Emanzipation durch technische Progression“ über die konkreten Bedürfnisse der einzelnen Menschen gesetzt werden darf. Sondern andersherum: Jede Projektplanung, ob hochtechnisches Großprojekt, oder nicht, darf erst aus einer Dynamik heraus entstehen, in der die Individuen ihre Interessen gegenseitig aushandeln. Die Umsetzung ist erst dann möglich, wenn alle Betroffenen ihr Einverständnis abgeben.

Aus dieser Perspektive ist es dringend notwendig sich solidarisch an den Kämpfen gegen ungewollte Großprojekte zu beteiligen, aber auch eine solidarische Kritik zu äußern. Eine emanzipatorische Gesellschaftskritik kann niemals Voraussetzung sein, für den Widerstand gegen Bahnhöfe und Endlager, kann sich aber währenddessen entwickeln. Denn dass ihre eigenen Bedürfnisse mit Staatsgewalt und Medienpropaganda übergangen werden



Sprechen gern für andere: Nicht nur auf dem Klimacamp oder in Kopenhagen

fähig welcher Bahnhof sei und so weiter. Gewarnt wird vor weiteren direkten Aktionen, da diese die Gespräche in Gefahr stellen könnten.

Auch wenn im Widerstand gegen die Atomkraft etwas mehr Reflektion über eine Kooperation mit der herrschenden Politik vorhanden sein mag, ist es hier das gleiche Bild. Die komplette Bewegung

ordnet sich Initiativen und Kampagnen unter - und damit wenigen Politprofis, die berechnend die Problematik auf wenige, meist realpolitische Parolen verkürzen. Wo sich der Widerstand gerade hier in der Vergangenheit durch ein großes Maß an Selbstorganisation und Unabhängigkeit auszeichnete, gibt es inzwischen (mit Castor? Schottern!) für jede Zielgruppe die passende Kampagne. In der gewohnten Rolle der Konsument_in muss mensch sich nur noch dafür entscheiden was am besten zu einem passt und dann passiv, vorgeplante Aktionskonzepte ausführen. Strategische Überlegungen und die Vermittlung von Inhalten passieren an anderer, zentralisierter Stelle. Was die Rolle von Gewerkschaften in Arbeitskämpfen ist, ist die Rolle dieser Initiativen in

➔ Förder-Kreis für das grüne blatt:

Seit letztem Jahr muss das grüne blatt finanziell eigenständig getragen werden. Eine Idee dazu ist der "grünes blatt-Förderkreis". Wir suchen Menschen, die zur Unterstützung des grünen blatts einen regelmäßigen Beitrag spenden würden. Wenn du dich angesprochen fühlst, melde dich bitte bei uns:

mail@gruenes-blatt.de

umweltpolitischen Auseinandersetzungen. Die Garantie dafür, dass der Widerstand auf kontrollierbaren Wegen verläuft, aber gleichzeitig das Bedürfnis auf Radikalität und Widerstand befriedigt wird. In Perfektion schafft das der Politiklängel, welcher nicht nur Castor? Schottern! ins Leben rief, sondern in letzter Zeit viele Proteste vereinnahmt. Vom Klimacamp in Hamburg, über „Wir zahlen nicht für eure Krise“ über die Klimaproteste in Kopenhagen und nun den Anti-AKW Widerstand. In Richtung der Bewegung, schaffen sie es mit radikalen Parolen und Aktionsformen viele Menschen mit einzubinden, in Richtung der Medien sind die Inhalte aber erstaunlich realpolitisch.

Rezension:

Wir sind ein Bild der Zukunft - Auf der Straße schreiben wir Geschichte Texte aus der griechischen Revolte

T. In dem Buch werden die verschiedensten anarchistischen Perspektiven auf den Tod von Alexis, die darauf folgende Revolte im Dezember und die Zeit danach vermittelt. Durch eine Aneinanderreihung von einzelnen Texten und Interviews verschiedener Gruppen oder Personen zeigt das Buch einen pluralistischen Blick auf die Situation in Griechenland, die Stärke und Relevanz die anarchistische Praktiken und Theorien dort einnehmen, und die Diskussionen die innerhalb der anarchistischen Szene dort stattfinden. Wo in den meisten anderen Ländern Anarchist_innen meist hauptsächlich gegen eine Nicht-anarchistische Linke debattieren, finden in Griechenland jede Menge Debatten innerhalb der anarchistischen Szene statt. Soweit, dass „Anarchist_innen in Griechenland grundsätzlich untereinander zerstritten sind“. Da gibt es beispielsweise die Debatte zwischen anarchistischen Medienaktivist_innen die eigene Medien aufbauen und nutzen wollen und Anti-Medien Aktivist_innen die jede (?) Form von Medien (ausdrücklich auch Indymedia) als Teil des Spektakels ablehnen. Oder die Debatte darüber ob klandestine Militanz in losen Strukturen unterstützenswert sei. Gegenargument von einigen: Im Vergleich zum offenen Straßenkampf (der einen sehr hohen Stellenwert genießt, welcher aber auch teilweise kritisiert wird) würde die Wahrnehmung über nächtliche Anschläge hauptsächlich über die

Medien vermittelt, somit würde sich die Aktion dem Spektakel unterwerfen, und die Leute blieben, wenn sie in der Zeitung darüber lesen, in der Konsument_innenrolle verhaftet und unorganisierte Gruppen hätten keine Möglichkeit sich zu beteiligen. Die Repression gegen die wenigen klandestinen Gruppen könnte dann hochgefahren werden und die Bewegung wäre am Ende. Als Beispiel wird Berlin in den 80ern genannt.

Viel Platz nimmt in den Debatten die Rolle der Medien ein, deren Strategien eingehend analysiert werden und mit denen eine Zusammenarbeit grundsätzlich abgelehnt wird. Was ein weiterer Streitpunkt zwischen Anarchist_innen und Antiautoritären ist. Denen wird nämlich vorgeworfen, dass sie offen dafür seien mit der Presse zusammenzuarbeiten und sogar Pressemitteilungen schreiben würden.

Eine Analyse, die sich durch viele Beiträge des Buches zieht, ist die dass während dem Dezember der Staat schwach genug war, und die Beteiligung und Sympathie aus den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen groß genug, für eine Revolution, dass aber die Gegenstrukturen fehlten, da sich die anarchistische Praxis fast ausschließlich an Straßenkämpfen ausrichtete. Deshalb beginnen nun viele Gruppen die fehlenden Strukturen aufzubauen. So wird beispielsweise erst seit dem Dezember das Besetzen von Häusern als politische Aktion aufgefasst.

Seit dem Dezember scheinen die Anarchist_innen in Griechenland zu einem gesellschaftlichen Faktor geworden zu sein, deren Positionen wahrgenommen werden, und die Respekt genießen, da sie es schaffen in vielen gesellschaftlichen Konflikten praktische Solidarität durch ihre Aktionen zu zeigen.

Durch die Abwechslung in den Texten, Berichten, Interviews, Bekenner innen-schreiben,... ist das Buch meist interessant und gut zu lesen. Bei dem pluralistischen Anspruch ist es aber selbstredend, dass einer_m bei manchen Positionen die Galle hochkommt.

Wir sind ein Bild der Zukunft - Auf der Straße schreiben wir Geschichte, LAIKA Verlag, ISBN: 978-3-942281-82-9, Preis: 24,90 €, 366 Seiten, zahlreiche Bilder, Paperback





Eine Torte für Trittin



Über falsche Dialoge und warum es manchmal Joghurt sein muss

Vega Wir schreiben den 22. September 2010. Hannover. Republik Freies Wendland. Oder so ähnlich jedenfalls. Ein Kunstprojekt des Staatstheaters stellt das „historische“ Hüttendorf^[1] zusammen mit einer Schulklasse nach. Ein paar Exemplare der echten Anti-AKW-Bewegung werden angeheuert, geben Workshops. Am Abend des besagten 22. dann der Eklat: Während einer Podiumsdiskussion der Aktivistin und Autorin Hanna Poddig mit dem Grünen-Spitzenfunktionär Jürgen Trittin (Thema „Ideale vs. Realpolitik“) betritt ein Mensch im weißen Overall die Bühne von hinten, schmeißt Trittin eine Torte an den Hinterkopf und geht wieder. Fassungsloses Schweigen. Dann ergreift Poddig das Wort: „Ich finde die Aktion nicht schlecht. Ich glaube die Aktion ist eine angemessene Reaktion auf das, was die Grünen gerade versuchen, sich nämlich als Teil von Anti-Atom-Bewegung zu inszenieren. Das sind sie in meinen Augen überhaupt nicht. Deswegen kann ich das, wenn es sowas wie unser Kompromissangebot an die Grünen war, durchaus nachvollziehen.“

Trittin bleibt ruhig: „Wenn das hier ernsthaft die Auffassung ist, dann ist man hier nicht auf der Basis, wo man sich gleichberechtigt, unter Gleichen, unterhält, und auch gegebenfalls



**Oppositionsarbeit:
Protest absorbieren...**

unterschiedliche Meinungen ausdrückt. Wenn das ihre Auffassung ist, dann ist das so, aber dann ist da auch kein Raum für einen Diskurs, weil ich kann nicht diskutieren, wenn man gleichzeitig körperliche Gewalt gegen mich anwendet...“ Der Rest der Ansprache geht in kräftigem Applaus unter, während Trittin die Bühne verlässt – grinsend übrigens. Wie sich zeigen soll zurecht, denn wenn mensch in den folgenden Tagen die örtlichen Zeitungen verfolgt, wird schnell klar, dass er die Runde nach Punkten gewonnen hat: Die Medien

fallen über Poddig her, das Theater distanziert sich und kündigt ihren Vertrag, auch die teilnehmende Schulklasse distanziert sich öffentlich von der Aktion, das örtliche CDU-Rechtsaußen will die Inszenierung gleich ganz dicht machen: „Es darf nicht sein, dass die Stadt Hannover eine Plattform für undemokratisches Handeln bietet“.^[2]

Woher eine so geballte Welle der Aggression und Ausgrenzung – wegen einer Joghurttorte? Es muss einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden: Eigentlich kann Jürgen Trittin froh sein, dass ihm nicht mehr um den Kopf flog als ein bisschen Joghurt. Denn das wäre in jedem Fall gut, wichtig und angemessen gewesen.

Es gehört nicht viel dazu, sich die Stimmen vorzustellen, die sich an dieser Stelle zu Wort melden: Es könne doch niemals im Sinne einer emanzipatorischen Linken sein, Dialoge abubrechen und an ihre Stelle Gewalt (auch in ihren weichen und symbolischen Formen) zu setzen. Denn schließlich ist dies doch das genaue Gegenteil der angestrebten Utopie, in der eben auf allen gesellschaftlichen Ebenen an die Stelle von Gewalt und Zwang der Dialog und die freie Vereinbarung tritt. War die Torte so gesehen nicht ein reaktionärer Akt, der an die Stelle emanzipatorischer



**... im doppelten
Wortsinne**

Prinzipien blinde Gewalt setzte?

Diesen Überlegungen liegt ein völlig verdrehtes Bild von Dialog und Gewalt, und daraus resultierend ein genauso falsches Bild von den Kämpfen für eine befreite Gesellschaft, zugrunde. Trittin hat dieses verdrehte Bild bei seinem Abgang ziemlich treffend auf den Punkt gebracht. Er imaginierte eine „Basis, wo man sich gleichberechtigt, unter Gleichen, unterhält, und auch gegebenenfalls unterschiedliche Meinungen ausdrückt“, und dass da „kein Raum für einen Diskurs“ sei, weil er nicht diskutieren könne, wenn man gleichzeitig körperliche Gewalt gegen ihn anwende.

Um klarzumachen, wer das sagt, ein paar Worte zur Person: Trittin ist Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag, von den Sitzen her die kleinste Oppositionspartei, in manchen Umfragen derzeit aber gleichauf mit der SPD. Mit der hat sie auf Bundesebene auch schon regiert, und zwar von '98 bis '05. Stellvertretend für einige Errungenschaften grüner Regierungspolitik seien hier genannt: Der Kosovo-Krieg 1999 (erster deutscher Angriffskrieg seit 1939, mit Bombardements auf zivile Ziele), die Hartz-Reformen ab 2002 (historischer Sozialkahltschlag gegen breiten Protest aus der Bevölkerung), und der Atomkonsens 2002 (also genau diese als Atomausstieg getarnten Regelungen, die es den AKW-Betreibern ermöglichen, sich per „Reststrommengen“ in den sicheren Hafen einer schwarz-gelben Administration hinüberzu retten). Die hohen Umfrageergebnisse der Grünen heute hängen auch damit zusammen, dass sie sich (dank

ihrer eigenen Maßnahmen) inzwischen wieder ganz konsequenzlos als radikale AtomkraftgegnerInnen inszenieren können - bis zur nächsten Regierungsbeteiligung.

Trittin war beim letzten Mal als Umweltminister dabei, gerade auch beim Atomkonsens war er federführend beteiligt.

Da setzt sich also jemand hin, der maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass heute noch die AKWs laufen (ohne dass er die Menschen in und um den Uranminen, die AnwohnerInnen der Kernkraftwerke, oder die Bewohn-

erInnen der Regionen mit projektierten „End“lagern gefragt hat - von künftigen Generationen ganz zu schweigen), jemand der an einer Regierung beteiligt war, die gegen den Willen und Widerstand der Betroffenen die Lebensverhältnisse von Millionen SozialleistungsempfängerInnen dramatisch verschlechtert hat; die Bombardements auf eine wehr-

lose Zivilbevölkerung mit Toten, Verletzten und Obdachlosen zu verantworten hat - und auf einmal fällt diesem Menschen ein, dass es eigentlich ganz nett ist, „sich gleichberechtigt unter Gleichen“ zu unterhalten! Na mensch, wenn ihm das schon mal eingefallen wäre, bevor seine Regierung Bomben auf diverse Städte schmeißen ließ! Mehr noch, während die von ihm mitzuverantwortende Beteiligung der deutschen Bomber am Angriffskrieg in Serbien eine reine Friedensmission war, ist eine Joghurttorte gegen seinen Hinterkopf eine inakzeptable Anwendung „körperlicher Gewalt“.

Mensch kann das verlogen finden. Mensch kann davon ausgehen, dass Trittin auf diesem Podium genau das vorhatte, was linke

Oppositionspolitiker halt machen (und was ihm wohl leider gelungen ist): Sich

als möglichst links und progressiv zu inszenieren, um mit Stimmen

aus genau diesem Lager wieder an die Macht zu gelangen - und die Welt mit neuen Errungenschaften rot-grüner Regierungspolitik zu beglücken. Das ist zwar alles richtig - wäre das aber alles gewesen, was in Trittins Statement zum Ausdruck kam, er hätte wohl kaum dermaßen viel Applaus für seinen Abgang geerntet.

Trittins Statement bringt vielmehr die eiskalte Lüge zum Ausdruck, mit

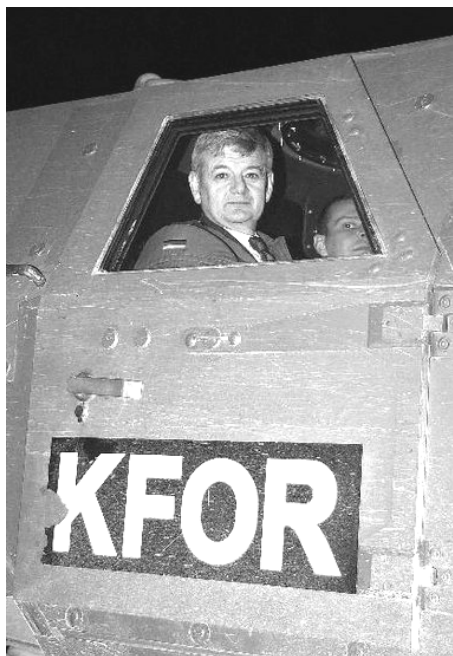


jemanden wie ihm ließe sich ein gleichberechtigter, gewaltfreier Dialog führen. Damit meine ich nicht den Menschen Jürgen Trittin, über den ich mir an dieser Stelle kein Bild machen möchte. Es geht mir um den Politiker Trittin, der, wie alle anderen Politiker auch, weitreichende Entscheidungen über das Leben (und den Tod) anderer Menschen trifft, ohne dass die Betroffenen mitentscheiden können. Das ist ein Merkmal dieser Gesellschaft als Ganzes und in allen Bereichen. Nicht nur bei soweit reichenden Fragen wie der nach Krieg und Frieden oder den Betrieb der AKWs, sondern auch im Alltäglichen: Wir werden nicht gefragt, ob wir von dem Zeug in den Supermärkten mehr haben wollen als wir bezahlen können, ob wir in diese oder jene leer stehende Wohnung einfach einziehen wollen, wie wir auf Demos herumlaufen wollen oder was wir gerne an das Werbeplakat vor unserer Haustür schreiben wollen. Darüber kann mensch zwar diskutieren oder auch schreiben (die Chancen, dass die Zeitschrift vom Staat beschlagnahmt wird, sind eher gering), aber diese Dinge sind dennoch vom Staat festgelegt und nicht verhandelbar. Wer sich nicht daran hält, läuft Gefahr mit Gewalt (Polizei, Justiz, Knast) dazu gezwungen zu werden. Es ist vollkommen egal, was für gute Argumente mensch hat, das Werbeplakat vor der eigenen Haustür zu verschönern oder sich an die Castorstrecke anzuketten - wenn die Polizei vorbeikommt, dann gibt's Ärger. Punkt.

Das hat sich natürlich weder Jürgen Trittin noch ein anderer Politiker ausgedacht. Er und seinesgleichen können zwar auf die konkrete



Ausgestaltung dieser Gesellschaft Einfluss nehmen, auf ihre Grundprinzipien^[3] hat auch er keinen Einfluss. Das erstaunliche daran ist: Niemand hat das. Es haben sich niemals alle Menschen in diesem Land zusammengefunden und gesagt: „So, wir machen jetzt mal nen Staat, und dazu eine kapitalistische Ökonomie, und alle 5 Jahre gehen wir wählen“. Noch nicht einmal irgendwelche fiesen Oberverschwörer haben das je getan. So erscheint z.B. der Markt allen Akteuren als eine quasi höhere Macht, denn er ist zwar das Resultat menschlichen Handelns, aber an seinen grundlegenden Mechanismen könne die Menschen nichts ändern.^[4]



Tatsache ist: Wir leben nicht nur in einer Gesellschaft, in der den Individuen jeden Tag durch Gewaltandrohung^[5] vorgeschrieben kriegen, welches Verhalten OK ist und welches nicht - sie werden noch nicht einmal gefragt, ob sie das Spiel überhaupt mitspielen wollen. Die von Trittin imaginierte „Basis, wo man sich gleichberechtigt, unter Gleichen, unterhält, und auch gegebenenfalls unterschiedliche Meinungen ausdrückt“, sie ist nichts weiter als Begleitmusik zu den gewaltsamen Sachzwängen dieser Gesellschaftsordnung.

Wirft mensch einen Blick auf die in dieser Gesellschaft dominanten Diskurse, entsteht ein ganz anderes Bild. Dialoge und Diskussionen über gesellschaftliche Konflikte werden hier

nicht nur als vermeintliche zentrale gesellschaftliche Prinzipien behandelt, sie stellen auch schon fast einen Wert für sich da. Beispielhaft sei hier auf die Auseinandersetzung um

Es haben sich niemals alle Menschen in diesem Land zusammengefunden und gesagt: „So, wir machen jetzt mal nen Staat, und dazu eine kapitalistische Ökonomie, und alle 5 Jahre gehen wir wählen“

Stuttgart 21 verwiesen: Das Thema ist

immer nur dann bundesweit in der ARD-Tagesschau präsent, wenn es Neues von einem runden Tisch zwischen „Befürwortern“ (besser: Profiteuren) und Gegnern zu berichten gibt – und der gleichzeitig stattfindende Baufortschritt und Protest und Widerstand dagegen wird eher beiläufig abgehandelt.

Dahinter steht eine Ideologie, die den Eindruck erwecken soll, was in dieser Gesellschaft passiert, sei das Resultat von Absprachen zwischen den Betroffenen.^[6] Im Gegensatz dazu hat wer Gewalt anwendet oder sich der Diskussion verweigert grundsätzlich keine Argumente, sonst würde er sie ja in der Debatte vorbringen. Das mag zwar eine schöne Utopie sein. Aber wie aufgezeigt geht dieser Diskurs in allen Punkten meilenweit an der heutigen Realität vorbei. Dafür hat er eine andere, herrschaftsstützende Funktion.

Denn dort wo über die Verhältnisse nur geredet wird, da werden sie auch nicht verändert. Dort wo die herrschenden Verhältnisse mit (Staats)gewalt aufrecht erhalten werden, da reichen Diskussionen allein nicht aus, um etwas zu ändern, da braucht es Widerstand. Ob, wie und in welchem Ausmaß Formen von Gewalt gegen Personen oder Sachen (was auch immer mensch darunter versteht) Teil eines emanzipatorischen Widerstandes sein können, das muss im Einzelfall sorgfältig und verantwortungsvoll geprüft werden. Diese Option aber pauschal und ohne die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verwerfen ist naiv (selbst die Bundesregierung schmeißt Kränze für Hitlerattentäter ab) und nützt letztendlich nur den

Herrschenden, die vor Worten ohne Taten keine Angst zu haben brauchen.

Genau das soll aber die Lüge, die herrschenden Verhältnisse seien allein durch Diskussionen zu ändern, bezwecken. Und genau diese Lüge hat Trittin in seinem Abgangsstatement zum Ausdruck gebracht. Und genau diese Lüge muss in Wort und Tat widerlegt werden.

Ich möchte damit nicht sagen, dass es grundsätzlich falsch ist, mit den Funktionären dieser Gesellschaft zu diskutieren. Aber um deutlich zu machen, was von Diskussionen mit ihnen zu erwarten ist, ist es mindestens genauso wichtig, von Zeit zu Zeit ein wenig Joghurt auf ihrem Hinterkopf zu verteilen.

1. 'Republik Freies Wendland' ist die Bezeichnung für ein Hüttendorf, welches 1980 in Gorleben als Widerstand gegen das dort geplante Atommüllendlager errichtet wurde. Es wurde von mehreren hundert Menschen konstant bewohnt. Bereits einen Monat nach der Errichtung wurde es durch einen brutalen Großeinsatz der Polizei geräumt.

2. HAZ vom 24.09.

<http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Torten-Attacke-auf-Trittin-schockiert-Ballhof-Akteure/Rats-CDU-Huetendorf-muss-weg>

3. Kapitalistische Wirtschaftsweise auf der Grundlage zwanghafter, rücksichtsloser Expansion und des gewaltsamen Ausschlusses der Bevölkerung vom größten Teil des in einer Gesellschaft existierenden Reichtums (aka Privateigentum) und Ignoranz gegenüber nicht-zahlungskräftigen menschlichen Bedürfnissen; Staat mit Gewaltmonopol um genau das und seinen eigenen Fortbestand abzusichern; Eliten die ihren Elitenstatus schützen wollen...

4. Aber natürlich können sie sich entscheiden, ihn abzuschaffen.

5. Wobei in den meisten Fällen tatsächliche Gewalt erst dann zum Einsatz kommt, wenn diskursive Herrschaftsformen (z.B. Erziehung, Moral, Abschreckung) keine Wirkung zeigen.

6. Historischer Vordenker dieser Ideologie ist Jean-Jacques Rousseau (1712-1778), der davon ausging, die Grundlage des modernen Staates sei ein sogenannter Gesellschaftsvertrag, d.h. eine freiwillige Vereinbarung aller Menschen in einer Gesellschaft.

Crude Awakening: Öl - Deine Zeit ist vorbei!

JHC Am Samstag dem 16. Oktober mobilisierte die radikale Klimabewegung in U.K. für einen dezentralen Aktionstag gegen die Öl-Industrie in Central London. Doch es sollte alles ganz anders kommen...

An drei verschiedenen Stationen in London verteilt (Euston, Waterloo, Victoria) trafen sich die verschiedenen "Blöcke":

Der "Body Block" mit untoten Stelzenläufern, dem Soundsystem "Noise Brigades", einer "Armee" bewaffnet mit riesigen Kreide-Stücken, der Samba-Crew "Rhythms of Resistance" und einer Gruppe von "Weber_Innen" in deren Netzen sich die Öl-Industrie verfangen sollte. Der "Building Block" dessen Aufgabe nicht näher öffentlich bekannt gegeben wurde, außer das er ein besseres Leben für uns alle errichten wird. Und zuletzt der "Dirty Money Block" der sich zu Aufgabe gemacht hatte Banken, Konzerne, Finanz-Dienstleister und In-vestoren in "ihrer" Hauptstadt kreativ anzugreifen. Angekündigte Ziele waren unter anderem das von BP gesponsorte British Museum, die am Teersand-Abbau beteiligte kanadische Firma Nexen Energy, Chevron, das Verteidigungs-ministerium oder diverse Tankstellen und Finanz-Dienstleister.

Auf einen Tag voller dezentraler Aktionen also eingestellt, trafen sich die meisten mehr oder weniger gut organisierten Bezugsgruppe am Samstagmorgen. Angekommen in Waterloo schlichen wir also durch die Bahnhofshallen, in der und um die sich recht wenig Cops versammelt hatten. Kurz vor 10 sammelten wir uns. Es wurden ölverschmierte, weiße Kittel als "Kostüme"

verteilt und ab ging es in die Tube (U-Bahn). Zweimaliges Umsteigen um die Cops zu verwirren und wir standen in einem Bahnhof wo ein Pendler-Zug der nach Osten aus London raus Richtung Küste fuhr.

Was zuvor wohl nur die Vorbereitungs-Crew wusste wurde jetzt an den Rest der AktivistenInnen per Flyer weitergegeben: Die veröffentlichten Ziele waren Ablenkungsmanöver: Ziel ist es die einzigen zwei Straßen zur Öl-Raffinerie im County Essex zu blockieren um zu verhindern, dass Öltanker die Raffinerie verlassen können. Die Coryton-Raffinerie ist eines der wichtigsten Öl-Depots und die größte Raffinerie Großbritanniens mit einer Kapazität von 10 Millionen Tonnen jährlich. Sie versorgt Tankstellen, Flughäfen und Fabriken rund um London. BP, Shell, Exxon und weitere größere Öl-Versorger nutzen sie. Auch erfahren wir, dass sich eine autonome Frauen-Bezugsgruppe an drei präparierten Vans angekettet hat und damit eine Straße bereits dicht ist. Unser Ziel ist die T-Kreuzung an der beide Straßen zusammenkommen. Eine detaillierte Karte wie mensch dort hin kommt ist auf



die Rückseite kopiert.

Wir fragen uns: Aber wie soll unsere Blockade aussehen? Eine einfache Sitzblockade? Da wird uns von hinten eine weiße Plastiktüte, eine "Goodie Bag" gereicht. Eine Art Überraschungstüte für jeden: Rohre, Karabiner, Seile und dazugehörige Anleitungen zum Anketten. Weiße Overalls und schwarze Tücher mit aufgedruckten, grinsenden Fresken zum Vermummen. Kreide zum kreativ werden. Ein Fake-Ticket das freien und ökologischen Nahverkehr fordert und für die Rückfahrt "benutzt" werden soll. Am Bahnhof angekommen geht es ruhig aber bestimmt, mit schnellen Schritten weiter. Wo bleiben die Cops? Zwar begleiten uns einige PolizistInnen aber eine richtig fette Präsenz ist nicht zu spüren. Die Blöcke trennen sich. Große Straße, kleinere Straßen dann Quer-Feldein. Nochmal schnell pinkeln... Dann hinter einer Hecke liegen in grüne Plastiktüten gehüllte Stäbe. Tripods? Die werden flux geschultert und weiter geht es über den Acker. Fallen Leute zurück so wird versucht zu warten. Die vermeintlichen Tripod-Träger werden regelmäßig abgelöst. Gräben die überwunden werden müssen lassen durchscheinen das die Erkundungs-Arbeiten im Vorfeld der Aktion wahrscheinlich noch besser hätte laufen können. Aber was solls? Das hier fühlt sich richtig gut an. Am Horizont sehen wie hastig abfahrende Öl-Trans-





Jüngere Menschen aus den Dörfern kommen und spielen

porter. Wissen sie Bescheid und versuchen zu retten was noch zu retten ist? Die Raffinerie ist jetzt deutlich zu sehen und wie können beobachten wie sich andere Gruppen (in weißen Overalls) unserem Ziel nähern. Eine "Wanne" versperert die Straße der Grünstreifen daneben ist frei. Ein "Tripod-Paket" wird genutzt um die Cops abzudrängen während der Rest der Crew inklusive allem Material an ihnen vorbei "fließt".

Wir erreichen die besagte Kreuzung. Hier stehen schon ein paar mehr Cops rum. Die grünen Säcke werden schnell geöffnet und nach wenigen Handgriffen stehen knapp ein dutzend kleiner Bambus-Tripods auf der gesamten breite der Straße. Während des Aufbaus und dem erklimmen der Konstruktionen gibt es einige verzweifelte Angriffe mit denen die Cops versuchen uns am Aufbau zu hindern. Doch Ketten die schnell um die "Baustellen" geformt werden verhindern dies bestimmt und konsequent. Nach einigem Hin- und Herrücken steht die Blockade. Die Performance kann beginnen. Schicke Banner werden zwischen den Tripods gehisst. Die Stelzenläufer stoßen und Jubel dazu. Einige andere Ketten sich durch die Tripods hindurch an um eine eventuelle Räumung zu erschweren. Mehrere Soundsysteme kommen dazu. Die Samba-Band spielt. Wir feiern, tanzen und schreiben unseren Wut und unsere Visionen auf den Asphalt vor uns. Das Eingangsschild der Raffinerie wird verschönert. Die Raffinerie selbst als für heute geschlossen erklärt: Reclaim-the-Streets-Party vor einem der vielen schmierigen Herzen die das blutige Öl durch unsere Gesellschaften pumpt.

mit, sexistische Macker betrachten das Ganze skeptisch und überheblich. Die Arbeiter_Innen die Feierabend machen wollen, werden von uns durch die Blockade geleitet. Flyer werden an Sie und an die Anwohn-er_Innen verteilt in denen klar gemacht wird, dass sich eine solche Aktion nicht ohne Unannehmlichkeiten für die lokale Umgebung machen lässt, wir dies zu entschuldigen bitten und klarmachen, dass unsere Aktion gegen das System der industriekapitalistischen Verwertung gerichtet ist statt gegen die interessierte Öffentlichkeit. Im Zuge einer radikalen Transformation sollte keiner, am wenigsten die Arbeiter_Innen in den abzusetzenden Industrien leiden. Eine partizipative und kollektive "Umschulung" d.h. die Wiederaaneignung von wichtigen Fähigkeiten (Re-Skilling) und eine finanzielle Unterstützung der Arbeiter_Innen ist erklärter Ziel.

Als sich der Tag der Dämmerung entgegen neigt hören wir das sich die erste Blockade noch vor dem dunkel werden auflösen und unseren

Standort unterstützen wird. Im Sprecher_Innen-Rat der nach Ankunft der unter Jubel empfangenen Frauen gehalten wird findet sich keine Konstellation von Bezugsgruppen die die Blockade auch nach dem Sonnenuntergang bis zur Räumung weiter halten möchte. So wird entschieden, die Blockade langsam abzubauen um dann geschlossen abziehen. Als feiernde Menge ziehen wir der untergehenden Sonne entgegen. Viele Bewohner_Innen des Städtchens winken uns zu. Die Tripods und alle anderen Materialien werden in Vans verladen. Die Schranken der Bahnhofs werden von der Polizei für unsere "Freifahrt" geöffnet und so sinken wir erschöpft und doch nicht diskussionmüde in den Zug voller Pendler_Innen zurück nach London wo uns eine Party erwartet.

Rückblick

Diese Aktion zeigte wieder einmal die Stärken der radikalen Klima-Bewegung in U.K. Eine unheimlich Kreativität an Aktionsformen, die eine eigene und sehr ansprechende Ästhetik und Gesamt-Performance ergibt. Die Medienarbeit (Frontlines bei BBC, Guardian, Independent, Telegraph etc.) schien effektiv. Über die Offenheit kann ich wenig sagen da ich daran nicht beteiligt war.

Gute Kommunikation mit der Öffentlichkeit, den Arbeiter_Innen und den Anwohner Innen. Und nicht zuletzt, eine große Wertlegung auf Selbstermächtigung selbst bei Massenaktionen bei denen dies schwierig scheint. Denn zwar wurde das Kernkonzept von einer klandestinen Gruppe entwickelt und durchgeführt. Das scheint auch nicht anders möglich und schien fast perfekt funktion-



iert zu haben: Ein Großteil der Öffentlichkeit im Vorfeld war Ablenkung die am Tag der Aktion ihre Wirkung zeigte. Spätestens ab der Zugfahrt aber waren alle Bezugsgruppen informiert. Ihnen wurden Werkzeuge in die Hand gegeben die sie ab dem Zeitpunkt autonom nutzen konnten. Generell ist das vorhanden sein von organisierten Bezugsgruppen hervor zu heben die schon im Vorfeld ihre eigenen Aktionen und Performances vorbereitete hatten, die egal wo und was geschehen würde flexibel einsetzbar waren. Zusammengefasst: Ein klandestine Gruppe bereitet einen möglichst offenen Rahmen für eine effektive direkte Aktion, die dann von den Teilnehmer_Innen gestaltet werden kann. Das Gelingen der Aktion ist damit gesichert und die Selbstermächtigung der Bezugsgruppen und Teilnehmer_Innen gewährleistet.

Schade ist hingegen der, nur vereinzelt, verkürzte Umgang mit Konzepten wie "Gier / gierige Schweine" und "den Mächtigen". Auch der Entscheidungsfindungs-Prozess war mir zu sehr dominiert von jenen die am Abend die Blockade abbauen wollten. Ich glaube zwar das es tatsächlich keinen Basis für ein "Halten" der selbigen gab aber um diese Möglichkeit offen zu halten wurde nicht genug getan sondern stärker für ein kollektives abziehen gepusht.

Das Konzept ist aus meiner Perspektive unbedingt nachahmenswert und wegweisend. Faktoren die in der BRD wohl anders aussehen: Polizeipräsenz und Agieren der selbigen (mehr und aggressiver),

Lock-On-Vorrichtungen (solider und nicht offenbar) und Umgang mit dem Material (wäre in D-Land wohl schneller gecashet worden: besser verstecken, klandestiner transportieren?), Bezugsgruppen (wie brauchen mehr autonom agierende und sich vorbereitende Gruppen).

What's wrong with oil?

"When injustice becomes law, resistance becomes duty"

If we don't move on from oil we don't have a chance of avoiding catastrophic climate chaos. The planet's climate system is already sliding into crisis, and we're dangerously close to the point of no return. We can't afford to burn the oil we have already tapped into. Finding new oil reserves is the very last thing we need, and yet oil companies continue, year on year, month on month, day on day scouring the planet for the very last drops of new, dirty oil.

Those who came before us did not know about climate change, and those who will come after us will be powerless to stop it. Only those of us alive here and now have the chance to turn this around and avoid climate catastrophe.

It's clear that political leaders, in the UK and internationally, don't have the will or guts to make the changes needed. And whilst their profits keep rolling in, the oil companies are, unsurprisingly, showing no sign of changing their ways. They do what they do because it makes them filthy rich.

It is a tragic injustice that the effects of climate change will hit the world's poorest hardest.

We're not saying it is going to be easy. Big changes often aren't. But when you are at the petrol station paying through the nose, or watching people sitting alone in their cars, queuing bumper to bumper in a traffic jam, don't you begin to think that maybe there is a better way? For a start, maybe, a reliable, affordable public transport system?

pen).

**Na denn. Auf geht's:
It's oil over, homies!**

P.S.: Zum Abschluss noch die inhaltliche Argumentation von der Crude-Awakening Orga-Crew:

There are positive solutions out there, but we are never going to see the transition we need if profits dictate decisions at the expense of people and the environment. The bankers caused this financial crisis, we bailed them out, and now we are told that our public services are going to be slashed because we are broke. The wrong people are setting the agenda.

It's time to get our priorities straight. We are in one of the richest counties in the world; a country that started belching out carbon emissions from fossil fuels way back before almost all others. If we can't get a grip and make the transition, who can? We are talking about facing up to this challenge and taking real and proportionate steps to create a future with a safer climate and a fairer global society.

We are part of a global movement for climate justice and through our actions against the oil economy we will show solidarity with people across the world affected by the climate crisis and by the devastating effects of the fossil fuel industry. The Crude Awakening is part of the Climate Justice Action (CJA) global call for action for climate justice. CJA is a global network of people struggling against the root causes of climate change.

Easy to access oil reserves are drying up, and oil companies are taking ever more drastic and risky steps in ever more remote corners of the world to find new crude. Some say we have already reached peak oil. So if the transition is coming whether we like it or not why wait until we have found, drilled and burnt all of the filthy, polluting stuff? We don't have the luxury of sitting by and watching the likes of BP and Exxon suck the last oily profits out of the earth. The time has come to pull the brakes and switch off oil.

As a movement, our actions against coal and aviation have made a real difference. Now oil's time is up.

Be there.

Why Oil?

For those of you who prefer a punchy list, here are just a few reasons...

1. Because oil companies search for new oil reserves to make themselves richer while our climate spins into crisis.
2. Because the UK government starts wars for oil.
3. Because of human rights abuses and murder in West Africa.
4. Because of the Deepwater Horizon spill.
5. Because of the destruction of wilderness in the Arctic and the coast of Rosport in Ireland.
6. Because of UK public money being used by bailed out banks to fund new oil projects.
7. Because London is brimming with oil money, oil sponsorship and oil companies.
8. Because global energy resources are the people's commons.
9. Because oil companies and the filthy rich people who profit from them have no place in a sustainable future.
10. Because Copenhagen failed and now it's down to us.
11. Because oil has had its day and it's time we pulled the plug.

Die Gefängnisse sind dazu da, um zu kaschieren, daß das Soziale insgesamt eingekerkert ist. Mit anderen Worten: Strafbaren Handlungen liegen soziale Konflikte zugrunde. Und damit es nicht zu einer sozialen Lösung dieser Konflikte kommt, gibt es Polizei, Gerichte und Gefängnisse. Sie machen aus den sozialen Konflikten Probleme der Überwachung, Kontrolle und Strafe. ...

Die Gefängnisse sind kein Spiegelbild der Gesellschaft, sondern ein Zerrspiegel. Die Ärmsten der Armen sind darin überrepräsentiert, genauso wie die Jugendlichen ohne Schulabschluß und mit extremer Gewalttätigkeit in der Kindheit. Soziologisch orientierte Kritiker der Gefängnisse sagten vor 200 Jahren, daß jede Gesellschaft die Kriminalität hat, die sie verdient. Da in unserer Gesellschaft nicht alle gleich reich und mächtig sind, muß man das schärfer fassen: Jede Gesellschaft hat die Kriminalität, die für die jeweilige Regierungsform und Machtstruktur nützlich ist. In der Kriminologie spricht man heute von »Governing through Crime«, Regieren durch Kriminalität. Die allgemeine Unsicherheit durch die zunehmende soziale Polarisierung, durch Deregulierung und Privatisierung wird durch Politik und Medien in Kriminalitätsfurcht verwandelt. Der Wohlfahrtsstaat hat sich in einen strafenden Staat verwandelt. Der Staat läßt Teile der Jugendlichen verwahrlosen und bietet dann seinen Schutz vor ihnen an.

Aus einem Interview mit Christiane Ensslin, Klaus Jünschke und Jörg Hauenstein, in: Junge Welt, 9.6.2007

Ein kleiner Überblick über meinen Knastaufenthalt

Warum sitze ich hier?

Weil ich ein Versuchsfeld der Uni Gießen mit gentechnisch veränderter Gerste nicht heimlich und geschickt nachts (wie es 2007 und 2009 offenbar Leute hinbekommen haben), sondern am 2.6.2006 angekündigt und offen beschädigt habe. Das Feld war mit Falschangaben in den Anträgen aus dem BioSicherheitsprogramm der Bundesregierung finanziert und vom hochverfilzten BVL genehmigt worden. Sicherheitsauflagen wurden nicht eingehalten – vom fehlenden Mäuseschutz bis zum mangelhaften Abernten aller Pflanzen im Herbst. Der Versuchsleiter, Prof. Kogel, inszenierte sich mit Lügen zum neutralen Wissenschaftler – was er aber nicht war. Darum entschlossen sich einige

Personen, eine öffentliche Feldbefreiung anzukündigen. Vier gelangten auf das Feld, die Beschädigungen entstanden vor allem durch die Festnahme auf der kleinen Fläche. (www.projektwerkstatt.de/gen/befreiung06.htm)

Von den vier Personen wurde nur ich in den Knast geschickt. Es ist die mit Abstand höchste Strafe, die bisher für eine Feldbefreiung verhängt wurde. Gegen zwei Beteiligte wurde das Verfahren trotz gleicher Tat eingestellt. Es ging also nicht nur um die Aktion, sondern genau, mich wegzusperren ... (www.projektwerkstatt.de/gen/prozessverlauf.htm)



Warum hat es mich getroffen?

Das hat wahrscheinlich drei Gründe, von denen nur zwei mit meiner Person zu tun haben. Der andere hätte auch jedeN AndereN treffen können – nämlich, dass ein Exempel statuiert werden sollte. Hier ging es um Abschreckung. Die ist in diesem Themenbereich nötig, denn die Millionenetats in Regierungs- und Industriepropaganda haben keinen Meinungsumschwung in der Bevölkerung bewirkt. Gentechnisch veränderte Organismen sind auf dem Acker und auf dem Teller unerwünscht. Doch Auskreuzung findet auch von kleinen Flächen statt. Um die durchzubekommen, muss der Protest auf Demonstrationen und Protestmails begrenzt werden. Solange nur wenige Menschen Mut haben, sich den Feldern konkret entgegenzustellen, haben die Agro-GentechnikerInnen eine Chance. Die 6 Monate ohne Bewährung (meine erste Haftstrafe) waren daher ein Signal an die vielen Anderen. Sie sollten Angst bekommen. Dafür hätten sie sich auch jemanden anders aussuchen können. Da hab' ich einfach Pech gehabt.

Der zweite, nun mich betreffende Grund dürfte darin liegen, dass ich nicht nur Aktivist bin, sondern auch mit unangenehmen Recherchen die Gentechnikkritik mit voranbringe. Der Versuch, meine Schrift über Gentechnik-Seilschaften zu verbieten, schlägt in die gleiche Kerbe wie meine Haft. Es geht darum, einen lauten Kritiker mundtot zu machen (www.projektwerkstatt.de/gen/filz_brosch.htm).

Ein dritter Grund hat dann nichts mehr mit Gentechnik zu tun, sondern mit einer jahrelangen Auseinandersetzung zwischen Repressionsbehörden in Gießen und AktivistInnen aus dem Umfeld der Projektwerkstatt. Ich habe auch viel gearbeitet zur Kritik an Strafe, zu einer Welt ohne Knäste und zu den konkreten „fiesen Tricks von Polizei und Justiz“ in Gießen und Hessen. So heißt auch ein entsprechendes Buch im Untertitel (Haupttitel: „Tatort Gutfleischstraße“). Es ist nicht der erste Versuch, mich hinter Gitter zu bringen. Abenteuerliche Erfindungen sollten das in der Vergangenheit schon bewirken, so z.B. der ausgedachte „Anschlag“ auf die Gießener CDU und auf meinen langjährigen „Feind“ (FR), den damaligen Innenminister und jetzigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, der erfunden und mir untergeschoben wurde, während mich aber Sonderpolizeinheiten beim Federballspielen beobachteten. Der Vorgang wurde letztens in der FR dargestellt und ist auch als Kapitel 14 ins Buch „Tatort Gutfleischstraße“ gekommen. Alle Versuche scheiterten jämmerlich – meist aber erst auf höheren Gerichtsebenen außerhalb des Gießener Filzes (www.fiese-tricks.de.vu). Es war daher klar: Kommt mal eine Möglichkeit, mich wegzusperren, dann würde die gnadenlos genutzt. Das ist jetzt geschehen – 6 Monate für einfache Sachbeschädigung.

Wie lange dauert das jetzt?

Am 23.9.2010 begann meine Haft, folglich ist sie am 22.3.2011 vorbei. Auf die 2/3-Strafe, also die Verkürzung um zwei Monaten auf Bewährung, werde ich verzichten, weil die völlig durchgeknallten BeamtInnen des Staatsschutzes Gießen dann Anlass hätten, ständig die Konfrontation mit mir zu suchen, um eine neue Straftat zu erfinden und mich damit wieder hinter Gitter zu bringen. Das würde auf Jahre so gehen.

Wie sieht die Zeit bis März 2011 aus?

Ich bin im offenen Vollzug. Dort soll ich einer Eigenbeschäftigung nachgehen dürfen – nämlich im Knast (in einem gesonderten Raum und auch nur zu bestimmten Zeiten) weiter an meinen Büchern arbeiten können. Außerdem kann ich pro Woche 21 Stunden den Knast verlassen. Wann ich das mache, kann ich frei einteilen. Ich werde wahrscheinlich eine ziemliche Regelmäßigkeit einführen. Nämlich diese:

- In der Regel Dienstag und Donnerstag will ich ca. 3 Stunden und ungefähr zwischen 17 und 20 Uhr raus. Zudem am Sonntag, da aber ca. 13 bis 18 Uhr. Ich habe dafür in Gießen einen Arbeitsplatz eingerichtet, wo ich am Rechner und mit Internetzugang arbeiten kann. Ich habe das Projektwerkstatts-Handy 01522-8728353 dabei.
- Am Samstag fahre ich dann in die Projektwerkstatt nach Saasen. 9 Stunden meines Ausgangs nutze ich dafür. Da Hin- und Rückreise ca. 1 Stunde dauert, werde ich meist zwischen 13 und 19.30 Uhr in Saasen und über 06401/903283 erreichbar sein.

Unterstützende Menschen haben einen Blog zu meiner Haft organisiert. Dort gibt es weitere Infos und Berichte aus meiner Haftzeit. Siehe <http://weggesperrt.blogspot.eu>.

Briefe, Pakete und Email

Briefe lassen sich in den Knast schicken. Pakete vielleicht besser in die Projektwerkstatt schicken, ich nehme dann am Samstag alles mit. Bei den Emails bitte überlegen, wer die bekommen soll. Für mich persönlich bitte nur noch an joerg@projektwerkstatt.de. Die gucke ich beim Ausgang immer mal rein, will aber nicht viel Zeit für Antworten vertun. Alle anderen Emails gehen in die Projektwerkstatt und werden dort – hoffentlich – gelesen und bearbeitet.

Brauche ich Unterstützung?

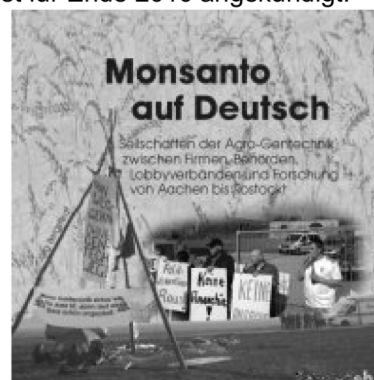
Ja und nein. Im Knast komme ich klar. Geldfrei lebe ich ja auch draußen weitgehend. Das ist drinnen noch einfacher – da sind Geldspenden für mich unnötig. Macht also mit Eurem Geld und Eurer Kraft lieber Aktionen – z.B. gegen die Felder, Firmen, Institutionen usw. Schön ist für mich, wenn ich drinnen mitbekomme, was draußen so läuft, d.h. ein paar beigelegte Kopien von Berichten, Presseartikeln usw. freuen mich. Ich freue mich über Briefe und führe auch gerne Debatten per Brief. Zum Schreiben per Post besteht dabei wenig Alternative, weil mir die wenigen Stunden draußen zu schade wären für lange Email-Debatten.

Ansonsten kann die Kritik an den Gentechnik-Seilschaften weitergehen: Die Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ ist noch ausreichend vorhanden in der Projektwerkstatt. Dort gibt es auch mehr Material für Büchertische (siehe www.aktionsversand.de.vu). Und die DVD mit meinem Vortrag. Das heißt: Auch wenn ich nicht als Referent zur Verfügung stehe – der Vortrag ist trotzdem möglich auf der Leinwand. In München ist das letztes mal ausprobiert worden und kam wohl gut an. Die Ausrede, warum ich nicht kommen kann, ist zudem ja auch ganz überzeugend ... Ich freue mich, wenn Ihr das in Arbeit befindliche Buch zu diesem Thema unterstützen könnt. Es wird wie die Broschüre ein Einblick in die Seilschaften zwischen Konzernen, Behörden, Wissenschaft und Lobbyverbänden sein – aber noch viel genauer und nicht auf einzelne Verbände und Firmen beschränkt. Es ist für Ende 2010 angekündigt. Ob ich das jetzt aber noch schaffen kann, ist unsicher. Sonst aber Anfang 2011, das sollte klappen. Es wäre schön, wenn es für das Buch viele Vor- und Sammelbestellungen gibt (www.aktionsversand.de.vu), damit wir möglichst viele schon direkt von der Druckerei in Gießen wegschicken können. Die ist hier nämlich gleich in der Nähe vom Knast ...

Soweit ein Überblick mit Stand vom 8.10.2010. Meine Adresse im Knast: Jörg Bergstedt, c/o JVA, Gutfleischstr. 6, 35390 Gießen. Sonstige Kontakte gehen auch über die Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283.

Euch alles Gute und Gruß aus Zimmer 143 in der berühmten Gutfleischstraße,

Jörg



Wenn man die Geschichte erforscht, nicht in den gereinigten Ausgaben, die für Volksschüler und Gymnasiasten veranstaltet sind, sondern in den echten Quellen aus der jeweiligen Zeit, dann wird man völlig von Ekel erfüllt, nicht wegen der Taten der Verbrecher, sondern wegen der Strafen, die die Guten auferlegt haben; und eine Gemeinschaft wird unendlich mehr durch das gewohnheitsmäßige Verhängen von Strafen verroht als durch das gelegentliche Vorkommen von Verbrechen. Daraus ergibt sich von selbst, dass je mehr Strafen verhängt werden, um so mehr Verbrechen hervorgerufen werden, (und die meisten Gesetzgebungen unserer Zeit haben dies durchaus anerkannt und es sich zur Aufgabe gemacht, die Strafen, soweit sie es für angängig hielten, einzuschränken).

Je weniger Strafe, um so weniger Verbrechen. Wenn es überhaupt keine Strafe mehr gibt hört das Verbrechen entweder auf, oder, falls es noch vorkommt, wird es als eine sehr bedauerliche Form des Wahnsinns, die durch Pflege und Güte zu heilen ist, von Ärzten behandelt. ... Wenn das Privateigentum abgeschafft ist, wird es keine Notwendigkeit und keinen Bedarf für Verbrechen geben; sie werden verschwinden.

Oscar Wilde, 1891, "The soul of man unter socialism", übersetzt: Der Sozialismus und die Seele des Menschen, Diogenes 2003 (S. 30 f.)

Briefe aus dem Knast

Antiknastsoli

Jörg, der zur Zeit 6 Monate wegen einer Feldbefreiung sitzt (siehe vorherige Seiten) schreibt regelmäßig Briefe und Berichte aus dem Knast, die unter weggesperrt.blogspot.eu veröffentlicht werden. Hier werden nun zwei aktuelle Berichte abgedruckt:

Abwechslung macht klug

Bericht vom 26.11.2010

Der Tapetenwechsel von der Projektwerkstatt in den Knast hat ja so einiges Gutes. Er desillusioniert. Nicht hinsichtlich dem Unsinn, der hinter Strafe und Knast steckt, denn der war auch vorher klar (www.welt-ohne-strafe.de.vu). Sondern dass besser sein könnte, was mensch nicht kennt. So lese ich im Knast andere Zeitungen und Zeitschriften. An was ich mich bei den bisherigen schon gewöhnt hatte, ist jetzt also ein neues Erleben – zwar der alten Logiken, aber in neuen Schläuchen. Täglich die Süddeutsche Zeitung. Heribert Prantl arbeitet da – ein Name, der auch in politischen Zusammenhängen immer wieder auftaucht und dort viel Ansehen genießt. Ja in der Tat: Er mischt sich ein in Organisationsdebatten. Aber wie – ekliger geht es kaum, aber erinnert doch nur an FR, Junge Welt und die, die ich kenne. Prantl will Protest, aber halt den bürgerlichen, wohlorganisierten, hierarchischen, pro-staatlichen. So wie er und die SZ halt selbst tickt. Als der Castor rollte, forderte Prantl in der SZ dazu auf, die Schotterer auszugrenzen. Sowas dürfe nicht Teil von Protest sein, es sei schließlich illegal. Nun sind die Schotterer ja eine ganz coole Kampagne gewesen, aber die meisten Kriterien, die die SZ gut findet, erfüllten sie: Hierarchisch, von Bewegungseliten mit Hegemonialanspruch und Kontrolle geführt. Gleichzeitig hob die SZ Jochen Stay auf den Schild des legitimen Bewegungsführers, dem der Aufschwung im Protest zu verdanken ist. Gestern hat Prantl wieder zugeschlagen. In seinem Kommentar zur Bestätigung des Gentechnikgesetzes vor dem Verfassungsgericht heißt es gleich zu Beginn: "Die große Freiheit auf den deutschen Äckern wird es nicht geben. Monsanto, der weltgrößte genmanipulierende Sämann, ist vom Bundesverfassungsgericht gestoppt worden". So viel Blödsinn muss mensch erstmal in zwei Sätze reinkriegen. Der erste Teil ist den peinlichen Bewegungseliten aber auch passiert. Kaum klagte das Land Sachsen-Anhalt gegen das Gentechnikgesetz, begannen NGOs und auch einige

Initiativen, den Angriff zwecks weiterer Verschlechterung nicht nur abzuwehren, sondern das bis-herige Gesetz – vorher noch als ungenügend kritisiert – zu loben. Insofern ist durchaus fraglich, ob nicht die Gentechniklobby doch gewonnen hat: Nämlich wenn ihr Ziel war, ein ungenügendes Gesetz zu festigen. Die Blödsinn der NGOs und vieler Initiativen war nämlich wieder groß genug, sich strategisch verwirren zu lassen in der blinden Jagd nach Presseaufmerksamkeit und Spendengeldern. Nun klingt es plötzlich so, als wäre dank Bundesverfassungsgericht die Lage doch ziemlich gut. Wunderbar, setzen wir uns also zur Ruhe. Aber nicht vergessen, BUND und Greenpeace noch Geld zu überweisen, damit sich das Ganze für die auch gelohnt hat. Klar: Koexistenz funktioniert immer noch nicht, die Bienen sind im Gesetz gar nicht berücksichtigt, Freisetzung werden durchgewunken und müssen sich auch vom § 16 des Gesetzes her gar nicht an die Koexistenz halten. Aber wen interessiert das noch? Falls es nicht genug beruhigt, könnte mensch auch noch bei den zahlreichen Unterschriftensammlungen teilnehmen, die ohnehin nie abgegeben werden, aber den dahinterstehenden Organisationen einen ordentlichen Adressenpool verschaffen. Der ist wichtig – es geht um Spenden und Mitglieder in diesem Land. Auch politischer Protest ist kapitalistisch organisiert!

Woher aber nimmt Prantl die zweite Information seines Kommentars – nämlich dass das BVerfG Monsanto gestoppt hätte. Hatte nicht das Land Sachsen-Anhalt geklagt, also das Land wo (neben dem Raum Rostock) die ganzen Zentren der Agro-Gentechnik liegen vom IPK in Gatersleben mit seinen BioParks und der BASF-Firma SunGene. Dem Julius-Kühn-Institut, welches von Quedlinburg aus – egal ob unter Aigner, Seehofer oder Künsast, die die ChefInnen des JKI waren – Genfelder anlegt und vor allem für hohe Grenzwerte eintritt. Dem Firmensitz mit



Feldern der Firma KWS in Dreileben. Und natürlich der absurden BioTechFarm, die den Schaugarten Üplingen betreibt. Gut – da stehen auch Pflanzen von Monsanto, aber ansonsten ist von dem Konzern wenig zu sehen. Doch der echte Deutsche, den Prantl hier gibt, hasst die amerikanische Konkurrenz. So wie Aigner & Co. MON-810 verbieten und die Amflora in den Koalitionsvertrag hieven. Wie Till Backhaus in Mecklenburg-Vorpommern auf die BASF-Kartoffel schimpft und seine Lüsewitzer Gentechnik toll fand. Das sind alles peinliche Standortpolitiker. Prantl auch. Dass solche Leute bei Attac & Co. gehypt werden, sagt etwas über die NGO-Landschaft aus: Die Anerkennung in bürgerlichen Kreisen, die sich im Spendenaufkommen ausdrückt, ist wichtiger als die Qualität der Inhalte.

Dann bekomme ich die Zeitung "Lebendige Erde" aus der Ecke anthroposophischer Landwirtschaft. Die ganzen Hinweise zu rechtsdrehenden Mondstrahlen mit Breitbandanschluss ans morphogenetische Feld hatte ich ja erwartet. Aber die völlig ungeschminkte Strategie zur Preispolitik zu lesen, war doch interessant. Also: Demeter-Produkte müssen teurer sein als andere, weil durch den höheren Preis die Menschen denken, dass die Ware auch wertvoller ist. Steht da so. War mir ja schon lange klar – und als Containerer profitiere ich ja auch davon, dass Bioprodukte bei Überangebot nicht herabgesetzt, sondern weggeworfen werden. Aber das so offen zu schreiben, fand ich doch nicht schlecht.

Mehr Beispiele? Ach was, wer die Augen offen und den Kopf angeschaltet lässt, kriegt es selbst mit. Allerdings ist das offenbar wenig verbreitet oder wird durch andere Interessen überdeckt.



Während ich hier meine Monate absitze, geht draußen die juristische Abarbeitung vergangener Aktionen (wo bleiben eigentlich die aktuellen?) weiter. Sehr ähnlich der Feldbefreiung in Gießen, für die ich das halbe Jahr absitze, wäre die Attacke auf ein Genweizenfeld in Gatersleben – nur noch ein bisschen höher war der „Schaden“ (aus gentechnik-kritischer Sicht ja eher als „Nutzen“ zu bezeichnen), außerdem war durch die Brille der RobenträgerInnen dieses Landes die kriminelle Energie höher, weil nachts, im Dunkeln und heimlich. Das Ergebnis: 25 bzw. 30 Tagessätze. Die Verurteilung in Gießen bleibt etwas Einmaliges.

Das Verfahren wegen der Feldbesetzung bei Rostock scheint sogar ganz eingestellt zu werden. Ganz zufrieden werden alle damit wohl nicht sein – jedenfalls die nicht, die (noch) mit politisch-widerständigem Anspruch an die Sache gingen. Schließlich geht es weiterhin darum, das Recht auf rechtfertigenden Notstand

durchzusetzen. Das ist nicht ganz einfach, denn der § 34 des Strafgesetzbuches nimmt den RichterInnen ihre gottähnliche Allgewalt auf Definition von Wahrheit und Recht auf Gewalt (Strafe). In den Fabriken des sozialen Mordens (soziale Ausgrenzung und Isolation) wird am Fließband gearbeitet auf der Basis richterlicher Allmacht, die bis ins Absurde geht (z.B. wenn Menschen, die danach ins Elend mehrjähriger, vielleicht sogar lebenslänglicher Haft geschickt werden, für diesen Akt des Aburteilens auch noch durch Aufstehen ihrem sozialen Mörder huldigen müssen). Die Anerkennung des § 34 StGB kann nur im öffentlichen Kampf durchgesetzt werden – nicht gerade die Stärke politischer Bewegung in Deutschland (trotz einzelner Ausnahmen).

Ein Drittel ist rum und das Buch fertig!

Bericht vom 22.11.2010

Das neue Seilschaftenbuch ist im Druck! Es ist geschafft: „Monsanto auf Deutsch“, das neue Buch zu den Gentechnik-Seilschaften, ist in der Druckerei. Vielen Dank all denen, die mit immer wieder eingebrachten Vorschlägen und Korrekturen das unterstützt haben – und auch den zweien, die im Hintergrund immer bereit waren, einzuspringen, wenn ich das Werk nicht hätte zu Ende führen können. So als Inhaftierter hängt ja doch täglich eine Unsicherheit in der Lebensplanung, ob die Handlungsmöglichkeiten nicht noch weiter eingeschränkt werden. Denn bei aller grundsätzlicher Kritik an Knast und Strafe (auf die ich im Rahmen dieser Berichte eher nicht eingehe, schließlich haben wir da viele Texte und Veröffentlichungen gemacht, z.B. in den Büchern „Strafanstalt“, „Strafe – Recht auf Gewalt“ und „Autonomie & Kooperation“ sowie auf der Internetseite www.welt-ohne-strafe.de.vu). Ich habe da meine Meinung auch nicht geändert. Klar ist aber trotzdem: Für das Buch war es ein Glück, dass ich im offenen Vollzug sitzen und dort, nach anfänglichen

Startschwierigkeiten, jetzt doch recht intensiv an Texten arbeiten kann. Gut – Schrader, Schmidt & Co. hätten sich sicherlich was Anderes gewünscht, aber nun ist es so gekommen.

Es wird das bisher umfangreichste Buch unseres kleinen, eigenen und nicht-kommerziellen Verlags Seitenhieb werden. „Enzyklopädie der Gentechnik-Seilschaften“ beschreibt es wohl passend. Es ist weniger zum schnellen Durchlesen in Form einer Reportage als vielmehr eine riesige Sammlung von Informationen zu allen möglichen Personen und Organisation im dichten Geflecht. (...)

244 Seiten im Großformat 22,5×24 cm stehen nun am Ende der intensiven Schreibarbeit. Mitte Dezember dürften die ersten Exemplare fertig sein.

Vorbestellungen bis 10. Dezember an uns! Für die Verteilung der Bücher bleibt aber weiterhin praktisch, wenn möglichst viele Menschen oder Gruppen Sammelbestellungen organisieren, denn ich verbleibe ja zunächst hier im Knast – schließlich muss ja noch gesühnt werden, dass durch die Gießener Feldbefreiung von 2006 und die nachfolgenden intensiven Recherchen zu Versuchsfeldern in Deutschland die Legende der guten Sicherheitsforschung enttarnt wurden. Dass durfte sich die Obrigkeit nicht gefallen lassen und hat in Form der willigen VollstreckerInnen in Robe und Uniform dafür gesorgt, dass ich nicht mehr soviel frei rumlaufe. Schließlich gibt es noch genug LügnerInnen, BetrügerInnen oder die schnöde Normalität der Profitgier, wo ungestörte Machenschaften gewünscht sind.

So kann ich aber bei der Streuung der Bücher zunächst nicht selbst mitwirken und hoffe, dass es trotzdem klappt – so wie in Wuppertal, wo seit einigen Wochen gesammelt wird und inzwischen über 50 Vorbestellungen vorliegen. Das wäre schön, wenn sich das Werk so „von unten“ verbreitet.

Und übrigens: Wer Lust auf die Veranstaltung zu dem Thema hat, muss auch nicht darben, bloß weil ich im Knast sitze. Es gibt ja einen recht guten Filmmitschnitt meines Vortrags zu den Gentechnik-Seilschaften, aufgenommen in der Obstabteilung eines Edekamarktes. Wer also etwas Öffentliches organisieren will, kann den ausleihen oder bestellen – und los geht's. Das wäre dann auch eine gute Gelegenheit, ein paar der neuen Bücher und natürlich die Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ auszulegen. (...)

Der vollständige Text ist auf weggesperrt.(-) blogsport.eu weiterzulesen.



Dem sozialen Mörder auch noch durch Aufstehen huldigen? Aufstand nur außerhalb von Gerichten!

GUT GEMEINT REICHT NICHT MEHR

Floh Warum der bürgerliche Klimaaktivismus vom aktivistischen Teil der Konsumbewegung, beispielsweise in Form eines „Carrot Mobs“ noch lange nicht zum Klimaschutz beiträgt, sondern die Durchsetzbarkeit von klimazerstörerischen Strukturen diskursiv stärkt.

Das Klima wird heiß. Das erste Halbjahr 2010 war mal wieder das heißeste aller Zeiten. Naja, zumindest seit der Wetteraufzeichnung. Zum Glück gibt es nun Menschen, die etwas dagegen unternehmen. So wird zum Beispiel Vattenfall aktiv mit der Kampagne: „Making Electricity Clean“ und tritt für saubere Energie ein, die Fraport setzt sich für den lokalen Umwelt- und Biodiversitätsschutz ein und ganz an der Spitze steht natürlich BP, dass sich in Beyond Petroleum umbenannte und sich für eine Energieversorgung ohne Erdöl einsetzt, also gewissermaßen das Erdöl hinter sich lassen will. Natürlich ist es schwer das Vertrauen der BürgerInnen für solche Umweltschutzabsichten zu gewinnen, sind doch Vorurteile allgegenwärtig, dass es

den Konzernen nur um das eigene Geld ginge. Längst hat sich das verändert und die Konzerne ihre globale Verantwortung erkannt. Schade ist, dass das bei den Leuten noch nicht angekommen ist. Denn so müssen die Konzerne viel Geld für Kampagnen ausgeben die das benötigte Vertrauen der BürgerInnen gewinnen sollen. Und es bleibt weniger Geld für den Klimaschutz selbst übrig. Besserung schaffen wollen nun umweltbewegte AktivistInnen. Um das Vertrauen in das Engagement von Konzernen zu stärken, inszenieren sie, unter dem Namen Carrot Mob, einen Wettbewerb darum, welches Unternehmen das umweltfreundlichste sei, oder genauer welches verspricht am meisten Geld in Umweltschutzmaßnahmen zu stecken. Dieses Unternehmen wird dann „belohnt“ durch massenhaftes, kollektives Einkaufen des Carrot Mobs. In der aktuellen Mobilisierung, an der sich unter anderem Greenpeace beteiligt, geht es darum, welcher Supermarkt am meisten Prozent des Einkommens in

ökologische Kühlanlagen steckt. Auch wenn, zugegebener Maßen, der ökologische Effekt daraus nicht bahnbrechend ist um das Klimachaos zu verhindern, ist es ein wichtiges Zeichen, welches da-



Konsumieren als Event - für die gute Sache

durch ausgesendet wird: „Wir sitzen doch alle im gleichen Boot. Deshalb müssen, und werden, wir als VerbraucherInnen gemeinsam mit den Unternehmen für eine ökologische Produktion kämpfen.“ Stopp! Genug Realsatire. Natürlich lässt sich der Klimawandel nicht verhindern, indem mensch den Bock zum Gärtner macht, also den Kapitalismus und seine AkteurInnen zu potentiellen KlimaschützerInnen. Auf diese Idee können wohl auch nur Kapitalismus-Analyseferne Schichten wie das deutsche Bildungsbürgertum, und die daraus entspringende Konsum-Bewegung der Lohas („Lifestyle of Health and Sustainability“) kommen. Na-

türlich in Zusammenarbeit mit Greenpeace für die Verbrauchermacht schon die emanzipatorischere Schiene der propagierten Lösungsansätze darstellt, wo sie ansonsten auch schonmal von einer ökologischen Weltführerschaft träumen: „Politicians talk, Leaders act.“

Wo es schon in der Theorie einleuchtend erscheint, dass ein auf Wertverwertung und Konkurrenz basierendes, globalisiertes Wirtschaftssystem durch seine inneren

Logiken, selbst bei bestem Willen (den ich allerdings nicht unterstellen will) gar nicht anders kann, als die letzten Umweltressourcen in immer schneller werdendem Tempo auszu-beuten, beweist dies die Realität jeden Tag aufs neue. So werden trotz weltweiter Besorgnis die letzten Regenwälder gerodet, trotz Widerstand die genmanipulierte Ver-seuchung in Kauf genommen, oder bewusst gewollt. Und trotz des Wissens um den suizidalen Effekt, wird die Ver-brennung von fossilen Ener-gien erhöht. Dass, im bürger-

lichen Diskurs, das alles auf den angeblich egoistischen Charakter der Menschen, bzw. gleich „der menschlichen Natur“ zurückgeführt wird, ist die Spitze des Eisberges – welcher leider nur außerhalb dieses Vergleiches am schmelzen ist.

Zwar ist es in der Theorie möglich, die (umwelt-) zerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Logik durch staat-



Hier wird ernst gemacht - beim reinfallen auf falsche Lösungskonzepte

liche Eingriffe graduell zu mindern. Doch erstens ist das eben nur graduell möglich, da die zerstörerische Potenz in der Grundlogik des Kapitalismus, welche eine Produktion von menschlichen Bedürfnissen entkoppelt, liegt, und zweitens bestätigt auch hier die Realität wiederum die Theorie, dass Staaten nicht außerhalb einer kapitalistischen Logik angesiedelt sind. Als „ideelle Gesamtkapitalisten“ (ohne Staaten auf diese Funktion reduzieren zu wollen) stecken sie mittendrin



Glückwunsch!: Viele neue Kunden und das Klima gerettet!

im Strudel dieser Logik und müssen so zum Beispiel die Nationalökonomie in Konkurrenz zu anderen solchen umsorgen. Ein Staat, welcher einfach so harte Umweltgesetze einführt, oder bei internationalen Verhandlungen nicht positive Ausnahmen für die eigene Nationalökonomie will handelt etwa so, wie ein Besitzer eines Hotels auf der Schlossallee, im tollen Gesellschaftsspiel Monopoly, welche/r dieses für PasantInnen kostenlos zur Verfügung stellt. Um vielleicht im Gegenzug dafür die Bahnhöfe der anderen kostenfrei nutzen zu können, oder eine „Komme aus dem Gefängnis frei“ Karte bei Bedarf geschenkt zu bekommen. Was aus menschlicher Sicht Sinn macht, ist einfach nicht der Sinn des Spiels. Und in dessen erbitterten Konkurrenz wird wohl nicht einmal eine/r der SpielerInnen auf die Idee kommen, dass außerhalb dieser Konkurrenz eine viel sinnigere Logik liegen mag.

Da dieser Vergleich im Prinzip genauso auf die AkteurInnen kleinkapitalistischer oder mittelständischer Unternehmen zutrifft wie auf die des Groß- und Aktienkapitals sowie auf staatliche Interessen, wird klar das jede Form bürgerlicher Utopie, welche das Heil wahlweise in

staatlicher Regulation, kleinkapitalistischen Strukturen, oder dem Druck der guten VerbraucherInnenmacht sucht, gleichermaßen verkürzt ist, da das alles nur verschiedene Spielarten einer blutigen kapitalistischen Logik sind. Das alles einmal ganz davon abgesehen, dass ich weder die Aussicht auf eine Ökodiktatur, noch die Entfremdung und die Unzugänglichkeit zum gesellschaftlichen Reichtum, auch einer angeblich möglichen Öko-Marktwirtschaft erfreulich finde, oder gar einem Prinzip von freien Menschen in freien Vereinbarungen vorziehen würde, welche zwangsläufig mit jeder kapitalistischen Logik brechen muss (sowie mit vielen anderen ebenfalls).

Von alledem will der Karottenmob und sonstige VertreterInnen des bürgerlichen Umweltschutzes nichts wissen. Ob durch die Verblendung durch den bürgerlichen Diskurs, oder aus Angst vor der eigenen Macht, welche im Bruch mit systemkonformen Lösungen zu finden wäre erbringen sie das, was eben diese Schein-

lösungen am dringenden benötigen: Die Reproduktion genau dieses bürgerlichen Diskurses. So führt ein - unterstellter - guter Wille, genau zur Verhinderung der eigenen Ziele.

Denn irgendwie für einen Klima- oder Umweltschutz zu sein, ist heute überhaupt keine Aussage mehr. Das sind Vattenfall und BP genauso wie Frau Merkel und die Bild-Zeitung. Der Begriff ist in etwa so aussagekräftig wie Gerechtigkeit oder Freiheit. Jede/r versucht diese Begriffe für sich und die eigene Interessen und Ideologie zu vereinnahmen. So ist es dann auch nicht ein erster Schritt, wenn Menschen sich „irgendwie für das Klima einsetzen“, denn kapitalistische AkteurInnen, egal ob ManagerInnen oder PolitikerInnen sind darauf angewiesen zu suggerieren, sie hätten Lösungen gegen die bevorstehende Klimakatastrophe. Ansonsten ist die Durchsetzbarkeit kapitalistischer Herrschaft schnell gefährdet. Nicht zu vergessen ist, dass vielerorts auf der Welt der Klimawandel bereits die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört. Wenn sich, wie das aktuell der Fall ist, andeutet, dass der globalisierte Kapitalismus, samt seiner nationalen Regimen, nichtmal im Ansatz eine Lösung findet, ja nichtmal etwas was als solche verkauft werden könnte, ist die Möglichkeit vorhanden, dass das Vertrauen auf breiter Ebene verloren geht, und Widerstand wächst.

Was im glücklichsten Fall zur Überwindung der Herrschaft der falschen



Irgendwie für einen Klima- oder Umweltschutz zu sein ist heute überhaupt keine Aussage mehr

Lösungen führen würde, und im schlechtesten dazu, dass die oben genannten etwas ernsthaftere Anstrengungen machen etwas zu finden dass sie als Lösungen verkaufen können. Legitimatorische Aktionen wie die der Carrot Mobs bilden den Kitt, welcher den gesellschaftlichen Diskurs zusammenhält und einen Nährboden für die Greenwashingkampagnen der Unternehmen bildet. Es gibt also zwei Arten von Klimaschutzaktivitäten: Jene die den Boden für die Klimazerstörung ebnen (so paradox das klingen mag), durchgeführt von einem breiten Bündnis bürgerlicher UmweltschützerInnen und

AkteurInnen der bestehenden Verhältnissen, und jene die potentiell Umweltschützend sein können, indem sie durch eine theoretische Kritik den kapitalistischen Normalzustand angreifen, durch Utopien aufzeigen was an Alternativen möglich ist, und durch direkte Aktionen, auf eine utopische Umgangsweise, dem kapitalistischen Alltag Steine in den Weg legen. Es gibt nicht nur Schwarz und Weiß, sondern auch viele Graustufen. Trotzdem sollte sich jede_r der/die das Klima und die Umwelt ernsthaft retten will fragen ob mensch Teil des Problems oder Teil der Lösung sein will. Feuer kann

nicht mit Feuer bekämpft werden.



Die Philosophie des CMs: Den Kapitalismus mit einer Karotte zu grünen Ufern locken.

SCHLICHTUNG, MEDIATION, INTEGRATION

Floh Dieser Artikel wurde geschrieben lange bevor die Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 angefangen habe, und während diese unter dem Namen Friedenskongress im Gespräch waren. Inzwischen läuft die Schlichtung längst, und alles in diesem Artikel befürchtete ist lange Realität geworden.

Seit Beginn der Abrissmaßnahmen für Stuttgart 21 hat der Widerstand gegen dieses Projekt eine massive Breite erlangt. Fast täglich sind Tausende bis Zehntausende auf der Straße und teilweise bleibt das Ganze nicht nur symbolisch, sondern es wird auch real versucht zu blockieren. Wo die einen fest behaupten, Stuttgart 21 sei unumkehrbar, bekommen es die anderen mit der Angst zu tun und fürchten um den öffentlichen Frieden. So etwa Boris Palmer, Tübingens grüner OB, welcher die Unterbrechungen der Baumaßnahmen fordert für die Einrichtung eines Kongresses mit Gegner_innen und Befürworter_innen, um ein "gemeinsames Ergebnis" auszuarbeiten. Dass all das nur der Befriedung des Konfliktes dienen soll, gibt Palmer unumwunden zu.

Dieser Artikel ist der Versuch einer Einordnung der Strategie von Befriedungsmaßnahmen dieser Art und ein Plädoyer dafür, den Widerstand nicht befrieden und nicht in systemkonforme Bahnen integrieren zu lassen.

Widerstand gegen ungewollte Großprojekte wird heutzutage normalerweise einfach ignoriert. Zu wenig Durchschlagskraft hat der Widerstand, zu leicht lassen sich die aktiven Teile isolieren. So ist es ein Leichtes wirtschaftlich und politisch gewollte

Großprojekte durchzuknüppeln, ohne dass die Risse im Legitimationsfundament der Herrschaft einen Flächenbrand erfahren oder, um im Bild zu bleiben, das Legitimationskonstrukt zum Einbrechen bringen. Seit den Erfahrungen der großen Bauplatzbesetzungen der 80er gegen die Startbahn-West, Atomkraftwerke oder Wiederaufbereitungsanlagen gab es keine Auseinandersetzungen mehr (zumindest nicht gegen einzelne Bauvorhaben) die zum Ergebnis hatten, dass auf lokaler Ebene in weiten Teilen der Bevölkerung jede Loyalität zu den herrschenden Strukturen verloren ging, und die Politik hat seitdem dazu gelernt:

So wurde schon beim wiederholten Ausbau des Frankfurter Flughafens, mit der Landebahn Northwest der Versuch unternommen, den nach wie vor vorhandenen Widerstand gegen den Flughafen (welcher zu Beginn der Planungen für die Landebahn noch viel breiter war als dann beim Ausbau selbst) mit einer Mediation zu befrieden. Dabei sollte per rundem Tisch den GegnerInnen suggeriert werden, sie könn-

ten an der Entscheidungsfindung teilhaben, um so die Akzeptanz zu stärken und den Protest in institutionelle und kontrollierbare Wege lenken.

Nun, da die Proteste gegen Stuttgart 21 eine Breite gewinnen, die wohl manch Eine/n erschauern, und - wenn schon nicht um die Legitimation von Herrschaftsstrukturen - so doch um den eigenen Sesselplatz fürchten lassen, kommen ähnliche Ideen auf. Festzuhalten gilt es hier schonmal, dass überhaupt die Idee, das - konstruierte - einfache Volk könne irgendetwas mitentscheiden, erst zu dem Zeitpunkt aufkommt, wo es einigen Angst und Bange wird und nicht wie oft argumentiert, weil sich alle brav an die Spielregeln halten.

Wer würde sich nun besser eignen für das Fordern einer Befriedungsmaßnahme als ein grüner Oberbürgermeister? Steht doch diese Partei als solche für die erfolgreiche Befriedung fast einer kompletten Widerstandsbewegung, haben doch etliche ihre



gesamten Hoffnungen in diese Partei gesteckt und damit den Glauben an die Selbstermächtigung aufgegeben. So brachte Boris Palmer, Tübinger OB, nachdem einige Hunderte die Baustelle besetzten, den Vorschlag die Bauarbeiten für einige Monate zu unterbrechen und währenddessen eine Konferenz einzurichten, an der BefürworterInnen und GegnerInnen teilnehmen sollen. Bis etwa Ende des Jahres sollte das gehen und bis dahin ein Ergebnis erzeugen. Die Unterbrechnungen sollen "eindeutig befristet sein und eine Friedenspflicht der Projektgegner bewirken: keine Demonstration im Zeitraum der Gespräche". So offen lässt Palmer aus dem Sack worum es geht: Die Friedenspflicht bewirken. Deutlicher kann es nicht gesagt werden. Weitergedacht heißt das aber auch, dass jene, die sich auf diese Verhandlungen einlassen wollen, innerhalb der ProjektgegnerInnen jeden Protest außerhalb dieses "Kongresses" verhindern müssen. Also die Drohung von oben weitergeben müssen, dass ansonsten die Verhandlungen platzen. Genau das würde zu einer enormen - gewollten - Spaltung führen. Außerdem hat sich oft gezeigt, dass bei einer solchen Unterbrechung der Proteste die Wiederaufnahme derer meist nur kläglich gelingt, weil die Luft und die Dynamik draußen sind.

Palmer wird aber noch deutlicher worum es ihm eigentlich geht. Denn es "führt entweder das verabschiedete Papier selbst zu einer Befriedigung (Anm.: wohl Befriedigung gemeint) der Situation" oder die Integrationsmaßnahmen werden "auch bei der Mehrheit der Gegner zu einer Akzeptanz führen, die für die Zukunft ein gedeihliches Miteinander auch mit Stuttgart 21 ermöglicht". Es wird also gar nicht versucht zu suggerieren, dass es um so etwas wie "Mitentscheidung" (welche ja noch genug zu kritisieren wäre, da sie eben nicht Selbstbestimmung ist) der Betroffenen an sich gehen könnte, sondern erklärtes Ziel ist ganz eindeutig eine weitere Legitimationsebene zu schaffen, um dieses Projekt GEGEN den Willen der davon Betroffenen durchzusetzen.

Auf einer Meta-Ebene geht es bei solchen Auseinandersetzungen also immer darum, dass ab einer Breite, bei der die Herrschaftsseite handlungs-

bedarf erkennt, versucht wird den Widerstand zu integrieren in vorgegebene, institutionelle Rahmen. Dadurch wird jede herrschaftsüberwindende Potenz zerstört und im Gegenteil, die innovativen Elemente, davon absorbiert und in systemkonforme Bahnen gelenkt. So wird das System bei jeder erfolgreichen Integration modernisiert. Ganz nach dem Motto: Was uns nicht umbringt, macht uns stark. Da es aber das Ziel jeden emanzipatorischen Anspruches sein muss eben jenes System umzubringen, muss jeder Integrationsversuch erkannt werden und auf das entschiedenste abgelehnt werden.

Das Ziel des Mediationsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens wurde erkannt von den Bürgerinitiativen und fast geschlossen abgelehnt. Innerhalb der Frankfurter BIs sind aber auch herrschaftskritische Gruppen und Menschen, die einen gewissen diskursiven Einfluss haben. Gibt es solche herrschaftskritischen Strömungen auch in Stuttgart? Oder wenigstens Leute die strategisch soweit denken können, um zu erkennen, dass genau Palmers Kongress das Ende jeden Widerstandes wäre?

Worum geht es bei Stuttgart 21?

Mit Stuttgart 21 soll der überirdische Kopfbahnhof zu einem unterirdischen Durchgangsbahnhof umgebaut werden. Das wäre über Jahre hinweg Europas größte Baustelle. Der denkmalgeschützte Bahnhof müsste abgerissen werden (und wird es bereits) und der Schlosspark zerstört werden.

Zudem ist die Frage, ob für die Milliarden, die in dieses Projekt gesteckt werden, nicht der Regionalverkehr ausgebaut oder die Ticketpreise gesenkt werden könnte, beides würde wohl den Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern und somit Emissionen einsparen. Aber das ist ja noch nie das Ziel der Bahn gewesen. Die Milliardenverschwendung ist auch eines der Hauptargumente der GegnerInnen von Stuttgart 21 - wo sich die Frage stellt: Ob der Staat oder das Land das Geld nun in Panzer und Kriege, in Überwachungstechnologie und neue Polizeiknüppel steckt, in Autobahnen oder in hässliche neue Bahnhöfe? Hm, am besten es gäbe halt keinen den Menschen überge-

ordneten Staat, der durch seine immanente Logik so 'ne Scheiße macht.

Ein weiteres Argument ist die lange Baustelle, ein durchaus verständliches Argument von AnwohnerInnen oder sonstwie Betroffene - nur eben auch nicht revolutionär - die Zerstörung des alten Bahnhofes, und die fehlende Bürgerbeteiligung - wo Menschen mit einem Ansatz "von unten" eben Selbstbestimmung fordern müssten.

Vom Umfang her, hat diese Bewegung das Potenzial dem Bauvorhaben und seinen AkteurInnen langfristig Probleme zu bereiten und so die Politik in eine Legitimationskrise zu stürzen. Dadurch ist es sicherlich auch noch möglich, dass das Projekt in letzter Sekunde abgeblasen wird, um eben das zu verhindern.

Die Frage, die sich hier stellt, ist aber auch: welches Potenzial hat dieser Widerstand/Protest für eine emanzipatorische Bewegung? Ist es ganz abgesehen von allen Inhalten schon ein Erfolg, wenn seit langem mal wieder ein Projekt, welches von Land und Konzernen unbedingt durchgesetzt werden soll, verhindert werden könnte? Ist es dadurch möglich, dass Menschen eigene Handlungsmöglichkeiten erkennen? Wird alleine die Erfahrung, bei allen Argumenten nicht gehört zu werden und bei direkterem Widerstand die direkte Repression zu spüren bekommen, dazu führen, dass Menschen das Vertrauen in den Staat und die Demokratie verlieren, also das Spiel durchschauen, sowie das z.B. auch an der Startbahn West oder in Wackersdorf der Fall war? Gibt es Gruppen, die mit radikaleren Inhalten in den Widerstand rein gehen? Wird das Wissen über Aktionsmethoden dazu führen, dass Menschen sich auch in anderen Bereichen weniger gefallen lassen und öfters mal - beispielsweise - die Straße dicht machen?



ENGLAND: ERNEUT TIERBEFREIUNGSAKTIVIST*INNEN ZU LANGJÄHRIGEN HAFTSTRAFEN VERURTEILT

Dieser Artikel am 2.11.2010 wurde auf www.linksunten.indymedia.org unter dem Pseudonym close hls! veröffentlicht. Seitdem fanden weltweit bereits mehrere Solidaritätsaktionen statt, die ihr auf Indymedia nachlesen könnt.

close hls! Vor wenigen Tagen wurden von einem englischen Gericht bereits zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres langjährige Haftstrafen gleich gegen mehrere Tierrechtsaktivist_innen verhängt. Ihre Straftat: Verschwörung zum Eingriff in ein bestehendes Vertragsverhältnis eines Tierversuchsunternehmens und Verschwörung zur Erpressung. Die Strafen, die gegen die sechs Aktivist_innen der Stop Huntingdon Animal Cruelty-Kampagne (www.shac.net) verhängt wurden reichen bis zu unglaublichen sechs Jahren Haft.

Seit 1999 setzt sich die ursprünglich englische SHAC-Kampagne dafür ein, eines der damals größten Tierversuchsunternehmen weltweit, Huntingdon Life Sciences (HLS), zu schliessen. HLS ist ein Tierversuchsauftragsunternehmen, das sowohl für die chemische Industrie, als auch für die medizinische und die Pharmaindustrie Tierversuche durchführt. In seinen Labors sterben jährlich um die 70.000 Tiere, sowohl Hunde und Katzen, als auch Ratten, Kaninchen, Mäuse etc.

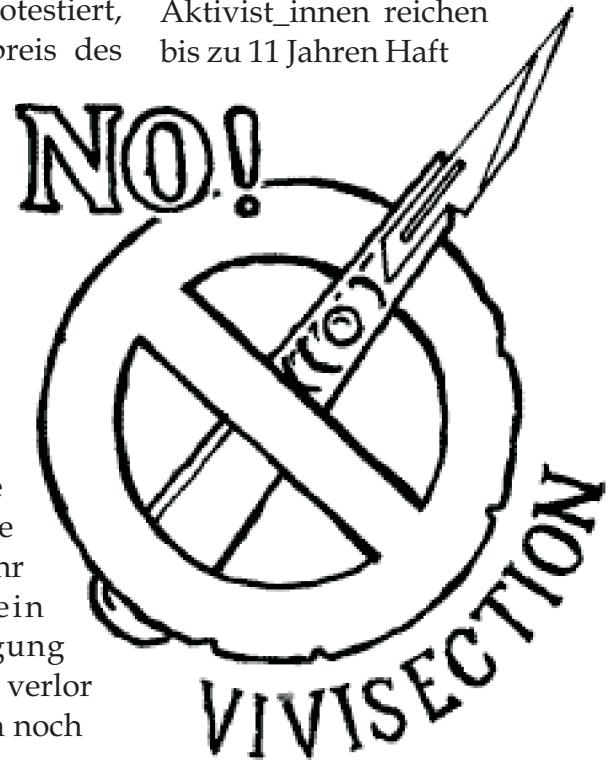
SHAC war es in den langen Jahren der Kampagne gelungen die Infrastruktur von HLS massiv

zu beeinflussen. Als Folge daraus brachen allein im Jahr 2005 über 100 (!) Zulieferfirmen ihre Geschäftsbeziehungen mit HLS ab. Davor schon wurde ab dem Jahr 2000 gegen Aktionär_innen von HLS protestiert, worauf der Aktienpreis des Unternehmens massiv fiel, weswegen HLS von der Londoner und 2005 schließlich auch von der New Yorker Börse gekickt wurde.

Aufgrund der intensiven Tierrechts-Kampagne konnte HLS keine Bank in England mehr auftreiben, die ein Konto zur Verfügung stellen würde und verlor 2003 schließlich auch noch seine Versicherung, nachdem Aktivist_innen weltweit ihre Proteste auf Marsh, den Versicherungsmakler von HLS, ausgedehnt hatten. Der englische Staat sprang ein und sicherte damit die weitere Existenz des Tierversuchsunternehmens.

U.a. weil in die Kampagne auch immer wieder Aktivist_innen der Animal Liberation Front mit illegalen Sabotage-

aktionen intervenierten war die Kampagne sehr bald heftiger Repression ausgesetzt. Ihren Höhepunkt erreichten die Polizeimaßnahmen 2007 als in einer international koordinierten Aktion europaweit Aktivist_innen verhaftet wurden. Im Januar 2010 wurde die erste Welle von ihnen verurteilt. Die Strafen der sieben verurteilten Aktivist_innen reichen bis zu 11 Jahren Haft



wegen 'Verschwörung zur Erpressung', einem Vereinigungsdelikt, das dem §129a in Deutschland und dem §278a in Österreich ähnelt.

Seit Mitte Oktober standen sechs weitere vermeintliche SHAC-Unterstützer_innen vor Gericht. Vor wenigen Tagen wurden auch diese nach drei Prozesstagen verurteilt. Alle sechs wurden angeklagt wegen

'Verschwörung zum Eingriff in ein bestehendes Vertragsverhältnis eines Tierversuchunternehmens', einem Gesetz, das extra gegen die SHAC-Kampagne geschaffen wurde. Damit wird es zur Straftat Unternehmensentscheidungen zu beeinflussen, sobald die betreffenden Unternehmen mit Tierversuchen zu tun haben. Damit hat der englische Staat in

Verbot auferlegt bekommen, das mit Ende der Haftstrafe in Kraft tritt, an jeglichen Aktivitäten gegen Tierversuche teilnehmen zu dürfen. Demnach darf sie weder zu Demos gegen Tierversuche gehen, noch dazu aufrufen, genauso wie sie keine Planungstreffen für Anti-Tierversuchsproteste besuchen oder Flugblätter zu dem Thema verfassen darf.

Nicole, 22 Jahre alt, muss wegen ihrer Beteiligung an direkten Aktionen dreieinhalb Jahre in Haft. Sie soll, wie Sarah, eine 'Insiderin' der Kampagne gewesen sein. Gegen Nicole und alle anderen



wurden fünfjährige Weisungen verhängt, sich nicht an Aktivitäten gegen Tierversuche beteiligen zu dürfen.

Drei Jahre muss der 32-jährige Jason hinter Gitter, weil er sich seit 2002 aktiv an der SHAC-



Aussicht gestellt jeden Dissens gegen die Ausbeutung und Vernutzung von Tieren in Tierversuchslaboren zu unterbinden.

Ausserdem wurden sie wegen 'Verschwörung zur Erpressung' angeklagt, was Haftstrafen bis zu 14 Jahre vorsieht. Aufgrund der massiven Strafdrohung haben sich einige von ihnen im Prozess schuldig bekannt.

Mit sechs Jahren fasste die 53-jährige Sarah die höchste strafe aus. Laut dem Hetzblatt 'Daily Mail' soll sie die jüngeren Aktivist_innen angeleitet und damit eine führende Rolle in der Kampagne übernommen haben. Dass soziale Bewegungen auch ohne Führungspersönlichkeiten auskommen liegt offenbar ausserhalb der Vorstellung von Staatsdiener_innen. Dazu hat Sarah ein zehn Jahre andauerndes

Wie kann ich die Betroffenen unterstützen?

Beteilige dich an der weltweiten SHAC-Kampagne (www.shac.net) oder unterstütze die Gefangenen direkt in dem du ihnen Briefe ins Gefängnis schickst oder Geld spendest. Genauere Infos zur Unterstützung findest du hier: www.myspace.com/shacukprisonersupport

Nicola Tapping #HK9804
HMP Bronzefield
Woodthorpe Road
Ashford
Middlesex TW15 3JZ
UNITED KINGDOM

Jason Mullen #A8076AX
HMP Winchester
Romsey Road
Winchester
Hampshire SO22 5DF
UNITED KINGDOM

Sarah Whitehead #VM7684
HMP Bronzefield
Woodthorpe Road
Ashford
Middlesex TW15 3JZ
UNITED KINGDOM
Unterstützungs-Website:
www.myspace.com/supportsarah

Nicole Vosper #VM9385
HMP Bronzefield
Woodthorpe Road
Ashford, Middlesex TW15 3JZ
UNITED KINGDOM
Unterstützungs-Website:
www.myspace.com/vegannicol

Kampagne beteiligt haben soll und aggressives Verhalten auf Demos gezeigt hätte.

Vier Jahre in den Knast muss Thomas. Er soll den Webauftritt von SHAC nach den Verhaftungen 2007 übernommen haben.

Nicola soll zwar keine Gesetze übertreten haben, aber dennoch sehr in die Kampagne involviert und damit informiert gewesen sein. Sie bekam 15 Monate Knast.

Der jüngste Beschuldigte Alfie, 21, bekam mit 12 Monaten (auf zwei Jahre) bedingter Strafe das kleinste Strafmaß und als einziger keine Haftstrafe. Dazu muss er 100 Stunden gemeinnützige Arbeit verrichten.

Die SHAC-Kampagne soll durch ihre Aktionen einen Schaden von 12,6 Millionen Pfund durch Sachschäden und erhöhte Sicherheitsmaßnahmen verursacht haben.

Verschiedenste Vertreter_innen der Repressionsbehörden feiern die harschen Urteile ab. Nicht zuletzt die vor allem gegen die

Tierrechtsbewegung arbeitende Sondereinheit National Extremism Tactical Coordination Unit (NETCU) lobt das Gericht.

Das linke Medienportal Schnews (www.schnews.org.uk) schreibt dazu, dass die Anklagebehörde in allen Fällen nichts beweisen musste. Die einzige Frage im Prozess war, ob beweisbar wäre, dass die jeweilige Person bei SHAC aktiv gewesen war.

Laut Schnews ist die SHAC Kampagne trotz der Repression noch immer sehr aktiv. Am Tag der Urteilsverkündung wurde als Zeichen der Solidarität mit den Beschuldigten sowie natürlich mit den Tausenden Tieren, denen in den nächsten Monaten der Tod in den Labors von HLS bevor steht, vor zahlreichen Einrichtungen demonstriert, die mit HLS in Geschäftsverbindungen stehen.

Übrigens: Die Firma

NOVARTIS

ist ausgewähltes Ziel der SHAC-Kampagne - und existiert auch in Deutschland ...

Infos zur Kampagne:
www.shac.net

Weitere Nachrichten aus der Tierrechtsbewegung:

Baugenehmigung in Alt Tellin

Der Bau von Europas größter Ferkelzuchtanlage in Alt Tellin bei Greifswald ist Anfang Oktober nach über 2 Jahren genehmigt worden. Das Genehmigungsverfahren ist mit massiven Protesten begleitet worden. Neben Aktionstagen und Farbanschlägen hatte es im Frühjahr 2010 eine Brandstiftung in einem Gebäude der Daberkower Landhof AG gegeben, die das Gelände für den Bau verkaufen will. Die Anlage soll Ställe für 10.500 Sauen beinhalten. Pro Jahr sollen dort bis zu 250.000 Ferkel "produziert" und später in anderen Anlagen bis zur "Schlachtreife" gemästet werden.

Weitere Informationen und aktuelle Aktionsaufrufe auf:

www.schweineerei.blogspot.de

Bild: SHAC-Demo in Oxford



Lange Sommernächte: Aktionen gegen (Massen)tierhaltung...

Schnitzel Im Zusammenhang mit der geplanten Geflügelschlachtfabrik und den für die Genehmigung und Durchführung erforderlichen 420 Mastanlagen, kam es zu vielfältigen und direkten Aktionen. Diese ließen es klar und deutlich werden, dass es Menschen gibt, die in keinsten Weise bereit sind ihren Protest und Widerstand in den ihnen von oben vorgeschriebenen Rahmen pressen zu lassen, sowie Forderungen an die Herrschenden zu stellen, deren Aufgabe es ist und immer sein wird alles dafür zu tun sich selbst und die momentan bestehenden Verhältnisse aufrechtzuerhalten. Ganz im Gegenteil stellen sich Menschen gezielt und direkt Mastanlagen, Schlachthöfen und anderen lebensverachtenden Projekten in den Weg.

In der Nacht auf den 24. Mai 2010 besetzten etwa 30 Tierhaltungsgegner_innen einen Acker in Wietze bei Celle. Auf diesem soll noch dieses Jahr Europas größte Hähnchenschlachtfabrik entstehen, die erschreckende 420 Hähnchenmastanlagen im Umkreis von 100 km nach sich ziehen wird. Die Gründe für die Besetzung wurden mit Hilfe eigener Pressearbeit, Transparenten, Gesprächen und vielen Infoveranstaltungen in verschiedensten Städten erläutert. Auch kreative Aktionen von Graffiti, Kunstblut-Aktionen, verstecktes sowie offenes Theater, bis zu Mars TV und Fakes, thematisierten die verschiedenen Gründe von Menschen, die sich gegen Massentierhaltung stellen. Die Gründe reichen von dem kaum vorstellbaren Tierleid über die katastrophalen Umweltauswirkungen, die Abhängigkeit sowie Vertreibung der Bäuerinnen und Bauern in Lateinamerika bis hin zur systematischen Unterdrückung von Individuen aufgrund der höhergestellten Interessen von Profit und Kapital.

www.de.indymedia.org/2010/05/282062.shtml

Am 08.08.2010 erreichte folgendes Bekenner_innen schreiben den Dortmunder Verein die Tierbefreier e.V.

|| In der Nacht vom 29.07.10 zum 30.07.10 wurde ein Brandanschlag auf eine entstehende Hähnchenmastanlage in Sprötze verübt. Die gesamte Halle stürzte dabei ein. Es soll ein Sachschaden von 500.000 Euro entstanden sein. Die Mastanlage sollte eine von über 400 Zulieferbetrieben für Europas größten geplanten Hähnchenschlachthof in Wietze werden. Für diese Aktion gab es vielseitige Gründe:

Durch den Bau neuer Mastanlagen wird die Umwelt massiv geschädigt. Ammoniak, die in der Gülle der Tiere enthalten sind führen zur Übersäuerung der Böden. Saurer Regen wird ausgelöst, was zum Waldsterben führt. Gewässer werden verunreinigt und dauerhaft geschädigt. Für die nicht-menschlichen Tiere werden enorme Mengen an Wasser und Nahrung verschwendet. Für 1 Kg Hähnchenfleisch werden im Durchschnitt 10 Kg Getreide und/oder Gensoja und mehr als 1500 Liter Wasser benötigt.

Regenwälder werden für den Anbau von Soja gerodet. CO2 wird



Die brennende Mastanlage in Sprötze

schwieriger abgebaut und die Klimaveränderung beschleunigt. Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten werden außerdem ausgerottet. Durch erhöhten LKWverkehr für Transporte von Futter und nichtmenschlichen Tieren wird noch mehr CO₂ produziert.

Nichtmenschliche Tiere werden als nutzbare Ressource (sic!) angesehen und behandelt. Zum Beispiel in Zoos und Zirkussen, als Haustiere, als Pelztier, Leder-, Fleisch-, Eier- und Milchlieferanten, Tierversuche, etc. Dabei werden ihnen jegliche Bedürfnisse, Gefühle, Wünsche und Schmerzempfindungen abgesprochen. Sie haben keine Chance ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

Die Aktion wurde durchgeführt um direkt Leben zu retten, da alle vorher argumentativ geführten Auseinandersetzungen gescheitert sind. Der psychische Druck und der finanzielle Schaden, der auf der/den Besitzer_in lastet ist uns bewusst. Dies steht aber in keinem Verhältnis gegenüber den Qualen, die die Hähnchen dort erleiden mussten. Alle Versuche die Mastanlage wieder aufzubauen um Profit auf Kosten von Individuen zu machen werden wir zu verhindern wissen! Solange nichtmenschliche Tiere der Herrschaft der Menschen unterworfen sind, bleiben sämtliche Tierausbeutungs-betriebe Ziele solcher und ähnlicher Aktionen. Auch sollte diese Aktion zeigen, dass Tierausbeutung direkt angegangen werden kann.

Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir jegliche Gleichsetzung der Situation der nichtmenschlichen Tiere heute mit der Situation der Opfer des

Nationalsozialismus ablehnen. Ursachen und Auswirkungen verschiedener Herrschaftsformen sind komplex und unterscheiden sich in vielen Punkten. Diese sind nicht gegeneinander zu werten, sondern zu analysieren und alle zu bekämpfen. Herrschaftskritik muss eine Auseinsetzung mit Speziesismus, Kapitalismus, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, etc. beinhalten. Wir möchten jeden dazu ermutigen für die Befreiung aller Individuen von jeglicher Form der Herrschaft auf seine/ ihre Weise zu kämpfen.

Am 10. August wurde die fast 3 Monate bestehende Besetzung in Wietze von ca. 250 Polizei- und SEK-Einheiten geräumt. Um die Räumung gezielt zu behindern ketteten sich 10 Aktivist_innen an einen Betonklotz, an ein Fass, in einem Wohnwagen, der in ein Erdloch gelassen wurde und auf Tripods (dreibeinige Türme), sodass die Räumung ca. 12 Stunden und nur unter hohen materiellen und personellen Aufwand durchgeführt werden konnte.

www.antiindustryfarm.blogspot.de/category/raeumung/

In den darauf folgenden Tagen und Wochen kam es in vielen Städten wie Stuttgart, Freiburg, Dresden, Erfurt, Dortmund, Berlin, etc. zu zahlreichen Soli Demos, Kundgebungen, Straßentheatern, und anderen Aktionen.

In diesem Artikel möchte ich besonders die Solidemo in Erfurt am 13.08 hervorheben, wo etwa 70 Menschen lautstark durch Erfurts Innenstadt zogen.

Nach Auflösung der Demo ketteten sich zwei Menschen an das Tor eines Fastfood Restaurants und blockierten so den Ein bzw. Ausgang. Sie konnten erst nach ca. einer Stunde von der Polizei „befreit“ werden. Die beiden Aktivist_innen entkamen daraufhin im Getümmel, sodass eine Personalienfeststellung durch die Polizei nicht möglich war.

www.linksunten.indymedia.org/de/node/24164



**Für die Freiheit aller Tiere!
A.L.F. "**

www.tierbefreier.de/presse/10/080810_huehnermast_sproetze.html

Und auch am 13. August gab es in Lübeck eine Spontandemo an der sich ca. 20 Menschen beteiligten, um ihren Protest gegen die Räumung der Feldbesetzung in Wietze an die Öffentlichkeit zu tragen. Kurz vor Ende der Demo wurde die Mc Donalds Filiale mit roter Farbe verschönert. Dies führte dazu, dass zwei Nazis, die sich zuvor im Mc Donalds aufhielten, die Demo mit Fleisch beschmissen. Der Angriff konnte allerdings erfolgreich abgewehrt werden. Die Polizei nahm kurze Zeit später zwei Aktivist_innen fest, die sie aber bald wieder „frei“ ließen.

www.de.indymedia.org/2010/08/287757.shtml

In der Nacht zum 21. August gab es einen "versuchten Brandanschlag" auf eine Mastputen-Brütereier der Agrarministerin von Niedersachsen. Es brannten Mülltonnen auf dem Gelände der "Mastputenbrütereier" des Mannes der Niedersächsischen Agrarministerin Astrid Grote-lüschen (CDU) in Ahlhorn im Landkreis Oldenburg. Dort werden Putenküken ausgebrütet und an Mastställe verkauft.

www.linksunten.indymedia.org/de/node/24595

Das besetzte Feld in Wietze



In der Nacht vom 22. zum 23. August wurde in Alvesse die Auffahrt des Grundstücks eines Bauerns, der eine weitere Mastanlage für den Schlachthof in Wietze plant bauen zu lassen mit folgenden Wortlauten verziert: „Gerecke noch hast du die Wahl. Deine Taten werden Konsequenzen haben.“

A.L.F.“ www.linksunten.indymedia.org/de/node/24562

Die Baustelle in Wietze heute...



„Ich weiß, ich weiß nicht wo die Befreier sich verstecken keinen Plan, ich weiß, ich weiß nicht wo und selbst wenn ich's wüsste würde ich's keinem sagen ...“

Fidl Kunterbunt im Lied
"Jolene2"

Am 16. August um 6 Uhr wurde ein Feld zwischen Üfingen und Alvesse bei Braunschweig von Aktivist_innen besetzt, auf dem eine weitere umstrittene für 84.000 Hähnchen ausgelegte Mastanlage gebaut werden soll. Diese Mastanlage soll als Zuliefer-betrieb für Rothkötters Schlachthof in Wietze dienen. Die Besetzung inklusive Betonfass, an dem sich eine Person festgekettet hatte, wurde nach 8 Stunden wieder geräumt.

www.antiindustryfarm.blogspot.de

Auch wenn das Aktionsfeld bestimmt noch nicht ausgeschöpft wurde zeigten die verschiedensten Aktionen und Aktionsformen doch, dass hier eine Bewegung entsteht/entstehen könnte, die von ihren Aktionsformen, ihren Inhalten bis zu ihrer Organisation eine unglaubliche Vielfalt zum Ausdruck bringt/bringen könnte. Zum einen lassen sich in der radikalen Kritik an Massentierhaltung antispeziesistische, ökologische, anti-kapitalistische und herrschaftskritische Elemente miteinander verbinden. Zum anderen bietet sich ein in Bau befindlicher Schlachthof mit beteiligten Baufirmen, Securityfirmen, Versicherungen, Genehmigungsbehörden, etc. und 420 zum Teil fertig gebauten, sich in Bau befindlichen oder noch gar nicht gefundenen Mastanlagen ein weites Feld an vielfältigsten und kreativsten Widerstands- und Aktionsformen.



„Deshalb sind kleine, leicht reproduzierbare Aktionen, die einfache Mittel erfordern, welche allen zugänglich sind, durch ihre Einfachheit und Spontanität unkontrollierbar. Diese machen sogar die meist vorangeschrittensten technologischen Entwicklungen der Aufstandsbekämpfung zum Gespött.“



Faltblatt: „Einige Notizen zu Aufständischem Anarchismus“

www.biteback.de

www.linksunten.indymedia.org

www.antiindustryfarm.blogspot.de

„Es war noch nie so, dass die Herrschenden freiwillig Zugeständnisse gemacht haben, geschweige denn, dass sich prinzipielle Dinge geändert hätten, nur weil mensch darum bittet. Wir sehen außerdem an vielen Punkten, dass die Definition dessen was als böse und gesetzesbrecherisch gilt, völlig verschoben wird. Galt früher eine Motorradmaske oder ein Helm als Vermummung, dann ein über die Nase gezogenes Tuch, ist es heute eine dunkle Sonnenbrille mit Kapuze. Und morgen wird vielleicht der aufrechte Gang verfolgt. Da entscheiden wir schon lieber selber über unsere Mittel.“

Gesetze werden außerdem nicht deshalb weniger verschärft oder gar zurückgenommen, weil es keine Straßen-schlachten oder Anschläge mehr gibt. Die Herrschenden finden immer Gründe, den Repressionsapparat auszubauen:

Flüchtlinge, Jugendbanden, die angeblich so organisierte Kriminalität – was halt gerade Mode ist. Insofern richten wir danach nicht unsere Aktivitäten aus, sondern gehen davon aus, dass wir uns mit vielen unterschiedlichen Mitteln politisches Terrain erkämpfen müssen. Militanz ist nur eins davon. Wir sind diejenigen, die handeln können, wenn wir wollen.“

Johnny in „Militanz ist ein Mittel, kein Programm“, Interim 498.

AUSEINANDERSETZUNGEN UM DEN SCHLACHTHOFNEUBAU IN WIETZE

Besetzer in In Wietze bei Celle baut die Firma Rothkötter mit 27.000 getöteten Tieren pro Stunde gerade Europas größten Schlachthof. Zur Auslastung müssen mindestens 420 neue Hühnermastanlagen mit jeweils ca. 40.000 Tieren gebaut werden. Gegen dieses mit 9 Millionen Euro subventionierte Mega-Projekt gibt es seit dessen Bekanntgabe massiven Protest durch die mittlerweile fast 1000 Mitglieder starke Bürgerinitiative (BI Wietze) und einen losen Zusammenschluss von Tierrechts-, Öko-, Menschenrechts- und antikapitalistischen Aktivist_innen. Letztere hielten das Baugelände für ca. 3 Monate besetzt, wurden dann jedoch nachdem die Baugenehmigung vom Landkreis erteilt wurde mit einem enormen Polizeiaufgebot geräumt. Seitdem hat der Bau der Schlachtfabrik in Wietze begonnen. Laut Rothkötter-Sprecher Marcus Pontzen und des Wietzer Bürgermeisters Wolfgang Klußmann liegen alle Bauarbeiten im Zeitplan und die Fabrik soll wie geplant im Frühjahr 2011 in Betrieb genommen werden können. Mitte Oktober wurde bereits mit dem Bau von Schächten für Versorgungsleitungen, Rohbauarbeiten für die Kläranlage, sowie den Fundamenten für das Betriebsgelände begonnen. Nun ist die erste Halle schon fast fertig. Bei einer weiteren soll in Kürze mit dem Bau begonnen werden.

Doch Rothkötter scheint Angst um seine Baustelle zu haben, denn er lässt sie rund um die Uhr bewachen. Mit einem 2 Meter hohen Sicherheitszaun ist das 21 Hektar große Gelände eingegrenzt, immer taghell erleuchtet, alle 20m mit Kameras ausgestattet und Securities mit Hunden laufen Patrouille. Zudem wurden über Monate hinweg bei Nacht alle Baustellenfahrzeuge vor dem Security-Wohnwagen abgestellt. Doch außer montäglichen Mahnwachen der BI hat bisher direkt am Baugelände keine weitere Aktion stattgefunden.

Das heißt jedoch nicht, dass nach der Räumung nichts mehr passiert wäre. Eine Geländebesetzung für einen geplanten Zulieferbetrieb des Rothkötter Schlachthofs in Alvesse und um

die 50.000 Beschwerde- bzw. Hass-Mails an den Wietzer Bürgermeister Klußmann sind nur zwei weitere Aktionen.

Weiterhin hat die BI Klage gegen die Entscheidung des Wietzer Verwaltungsausschusses, das Bürgerbegehren abzulehnen, eingereicht. Verhandelt wird dazu voraussichtlich erst im Frühjahr 2011, wenn die Anlage bereits in Betrieb genommen werden soll.

Doch die größten Probleme dürfte Rothkötter wohl in der Genehmigungskrise für Massentierhaltungsanlagen im Emsland und in einer Studie über antibiotikaresistente Bakterien entlang von Tiertransportstrecken sehen.

Genehmigungskrise

Zu der Schlachtfabrik in Wietze hat die Firma Rothkötter am 1. Juni 2010 auch eine Erhöhung der Schlachtleistung im Schlachthof in Haren im Emsland beantragt.

Im Emsland steht momentan jedoch die gesamte bisherige Genehmigungspraxis in Frage. Der Anwalt der BI in Bockhorst wies bei einem Erörterungstermin auf §20 der niedersächsischen Bauordnung hin. Darin heißt es, dass bauliche Anlagen so beschaffen sein müssen, dass bei einem Brand die Rettung von Menschen und auch Tieren sowie Löscharbeiten möglich sind.

Bisher wurde bei den Genehmigungen keine Rücksicht auf diesen Paragraphen genommen. Doch nun reagierte der Landkreis Emsland mit zahlreichen Aussetzungen von Genehmigungsverfahren. Von allen Antragsstellern werden umfassende Brandschutzkonzepte durch unabhängige Sachverständige mit besonderem Hinblick auf die Tierrettung gefordert. Solange diese nicht vorliegen, bleiben die begonnen Verfahren eingefroren.

Zudem soll ein unabhängiges Rechtsgutachten klären, ob der Tierschutz in der niedersächsischen Bauordnung hinreichend abgedeckt ist und ob Massentierhaltungsanlagen bei der Genehmigung als gewerbliche oder landwirtschaftliche Anlagen gelten. Zweiteres würde höhere Anforderungen an solche Bauten bedeuten.

Was mit den bereits bestehenden Mastställen geschehen soll, ist noch unklar. Der Emsländer Landrat sagte zu einer rechtlichen Neubewertung dieser Anlagen folgendes: „Auch wenn sich das einige so leicht vorstellen. Die haben aber keine Prozesse zu verlieren vor Gericht, die wir alle gegebenenfalls Schadensersatzpflichtig zu verlieren haben.“

Ausgehend vom Emsland wurden mittlerweile auch Genehmigungsverfahren im restlichen Niedersachsen ge-

stoppt. Dies dürfte in der Rothkötter-Führungsebene einige Schweißperlen verursachen, weil somit auch der 150km-Radius für die Wietzer Zulieferbetriebe betroffen ist. Viele Landwirte dürften zusätzlich auch durch die Prophezeiung des Geflügelmarkt-Zusammenbruchs durch Geflügelmarkt-Experte Prof. Hans-Wilhelm Windhors in der Fachzeitschrift „DGS Magazin“ (Ausgabe 35/2010) nochmals zum Überdenken ihrer Pläne angeregt worden sein.

Auf Nachfrage, wie viele Mäster bisher für die Schlachtfabrik in Wietze unter Vertrag genommen wurden, macht Rothkötter keine Angaben.

Zusätzliche Kopfschmerzen dürften entstanden sein, als die BI Wietze eine US-amerikanische Studie übersetzen ließ und das erschreckende Ergebnis veröffentlichte: Entlang von Tiertransportstrecken gibt es eine hohe Konzentration „von Keimen, die zum einen gegen humanmedizinische wichtige Antibiotika resistent sein können und zum anderen eine Gefahr für die Gesundheit von Menschen darstellen“^[1]. Vor allem in Wietze, bestehend aus einer langen Hauptstraße, an der Kindergärten, Schulen und Altenzentren und zahlreiche Wohnhäuser liegen, sind die zu erwartenden Auswirkungen fatal.

Die Studienergebnisse wurden an sämtliche Ministerien geschickt mit der Bitte um Stellungnahme und einen Baustopp in Wietze, bis sich ausführlich mit diesen neuen Fakten auseinandergesetzt wurde. Bisher gab es keinerlei Reaktionen von Seiten der Regierung. Rothkötter hingegen scheint mittlerweile sichtlich genervt von den Protesten. Denn er erstattete bereits vor dieser Veröffentlichung Anzeige gegen den BI-Vorsitzenden Norbert Juretzko und eine weitere Person, unter anderem wegen Beleidigung, Ehrabschneidung, Geschäftsschädigung und Nötigung. Es scheint, als fühle sich Rothkötter durch den massiven, andauernden Widerstand bedroht. Auch anderenorts zeigen Proteste ihre Wirkung. So sagte beispielsweise bereits ein Landwirt aus Malgendorf seine geplante Massentierhaltungsanlage für 300.000 Tiere ab, da ihm der Widerstand in seinem Ort zu groß war. Es ist zu sehen, dass die Proteste Wirkung zeigen. Lasst sie uns weiterführen und uns der Ausbeutung von Menschen, Tieren und Umwelt entgegenstellen.

Stand: Mitte November 2010



1. <http://www.bi-wietze.de/uploads/Eigen/Aktuelles/Haverkamp%20Tiertransporte.pdf>

Unterschiedliche Vorstellungen von 'Nachhaltigkeitsstrategien'

Interview mit einer Aktivistin gegen Kohleabbau in Schottland

Floh In Schottland, South Lanarkshire läuft bereits ein enormes Kohleabbauprogramm, von dem die Menschen in der gesamten Region stark beeinträchtigt werden, die Landschaft zerstört wird und das Klima sowieso. 3 neue Tagebaue in der Region werden nun zusätzlich beantragt. Aber auch der Widerstand in der Region ist beträchtlich. Ein Interview mit einer Aktivistin der neuen Waldbesetzung, des Happendon Wood Action Camp. Der Interviewpartnerin war es wichtig zu betonen, dass sie lediglich für sich selber spricht, und nicht das gesamte Camp vertreten kann.

Frage: Bereits vor einem Jahr haben wir im grünen blatt ein Interview, mit Aktivist_innen der Besetzung in Mainshill abgedruckt. Seitdem hat die Auseinandersetzung um den Kohleabbau in South Lanarkshire viele Aktionen, eine Räumung und eine Widerbesetzung gesehen. Könnt ihr kurz von dieser Zeit erzählen und einschätzen ob sich seitdem grundsätzlich etwas an der Gesamtsituation geändert hat?

Antwort: Das 'Mainshill Solidarity Camp' existierte 7 Monate – von Juni 2009 bis Januar 2010. In den letzten Monaten der Besetzung gab es viele Aktionen gegen die Rodungsarbeiten, die auf der Fläche begonnen hatten. Ab September gab es im Schnitt knapp 2 Aktionen pro Woche. Insgesamt gab es während der gesamten Besetzung über 30 Aktionen. Der Winter war sehr hart, mit Temperaturen, die unter minus 18 Grad fielen. Es gab viel Schnee, aber die Anwohner_innen waren unglaublich in ihrer Unterstützung und brachten Decken, Kleider und ganze Weihnachtstafeln für das Camp um alle aufzuwärmen. Ihre Unterstützung war unglaublich und ohne sie wären wir wohl nicht so lange geblieben wie wir sind. Sobald der Schnee im Januar zu schmelzen begann, tauchte das Räumungsteam auf und startete mit dem Räumungsprozess. Wir hatten Glück, dass wir gewarnt wurden über das Eintreffen des Räumungsteams, sodass wir wichtige Sachen (wie unseren Holzofen) vor der Räumung aus dem Camp schaffen konnten. Das 'national eviction team, ein privates Vollzugsunternehmen (Bailiffs), kam dann am Morgen des 25. Januars 2010. Es war sehr surreal den langen Konvoi des Vollzugsunternehmens zu sehen, in Begleitung von Polizeivans, die zum Tor von Mainshill hinauffuhren. Sie alle stürmten hinein und marschierten auf die Fläche. Direkt nahmen sie Leute fest, die Legal support machten, Presse- Polizei- oder Räumungsteamskontakt und sperren sie in eine eingezäunte Wiese am Eingang des Camps. Die anderen Aktivist_innen waren bereit solange in den Baumhäusern auszuharren, wie es dauern würde. Die Räumung dauerte insgesamt 5 Tage und es gab 45 Festnahmen. Das war die größte Räumung (Festgenommene / Geräumte Leute) einer Flächenbesetzung in der UK seit der Räumung der Besetzung gegen die zweite Landebahn des Manchester Flughafens 1999. Das Räumungsteam hatte eine schwierige Aufgabe damit, die Aktivist_innen herunterzuholen die bis in die Baumgipfel

kletterten um den Bailiffs so lange wie möglich zu entkommen. Die Bailiffs, die den Tunnel räumten, hatten eine neue Taktik und arbeiteten in 2 Schichten Tag und Nacht. So konnten sie den Tunnel viel schneller räumen, als in vorherigen Räumungen. Als am dritten Tag der Räumung die Nachricht, dass ein einzelner Aktivist durch eine Ankettaktion den Ravenstruther Kohle-Verladekran für einen ganzen Tag blockierte, die Kletternden in den Baumgipfeln erreichte, konnte ein lauter Freudenschrei im Wind gehört werden. Die Räumung dauerte lange und war ermüdend, aber wir lieferten einen guten Kampf und lernten viel, was wir hoffentlich in der Zukunft abrufen können. Wir erstellten eine Broschüre über das Solidarity Camp, die auf unserer Webseite heruntergeladen werden kann:

http://coalactionscotland.org.uk/?page_id=1755 Es war gut das zu machen. Das gab uns Zeit zu reflektieren und viel über die ganzen Erfahrungen zu reden und half uns das Trauma zu bearbeiten, den Ort an dem wir zusammen mit den Tieren und der Natur lebten zerstört zu sehen. Nach der Räumung nahmen wir uns einige Zeit zum Erholen. Es machte uns traurig und wütend den Ort komplett aufgerissen zu sehen. Was einst eine schöne und artenreiche Waldlandschaft war wurde nun

verwandelt in einen funktionierenden Tagebau. Große schwarze Löcher und überall Kohlenstaub. Aber wir waren entschlossen mit den Anwohner_innen weiterzuarbeiten, die uns soviel unterstützt haben, und in der Gegend zu bleiben. Im Douglas Valley, wo Scottish Coal so viele bestehende und geplante Projekte hat. Im April wurden Maschinen sabotiert und am 12. September 2010 wurde erneut eine Fläche besetzt und das Happendon Wood Action Camp (THWAC) errichtet. Und zwar auf einer Fläche, die SRG Estates gehört (welche Teil des gleichen Unternehmens ist wie Scottish Coal) und auf welcher eine gemischte Nutzung geplant war. Aber wir haben allen Grund zur Annahme, dass Scottish Coal auf der Fläche zuerst die Kohle abbaggern wird, bevor sie industrielle Gebäude errichten.

Die Idee des Camps ist es eine Basis im Douglas Valley zu haben, wo wir uns organisieren können

und von der aus wir Aktionen starten können. Wir wollen, dass Bezugsgruppen von überall her in das Camp kommen und Aktionen machen und sich mit den lokalen Gemeinden vernetzen und eine Verteidigung des Camps ausarbeiten. Es gibt viel zu tun!

Seit das Happendon Wood Action Camp besetzt wurde, gab es 8 Aktionen. Maschinen wurden sabotiert, die Tore des Mains-hill' Tagebaus wurden blockiert, Bagger wurden gestoppt, und der Ravenstruther Verladebahnhof wurde zum vierten Mal lahmgelegt. Bisher hatten wir 2 mal Aktionstage.

Frage: In den letzten Wochen hat Scottish Coal die Planung weiterer Tagebaue bekannt gegeben. Hat sich die Stimmung seitdem geändert? Herrscht eher niedergeschlagenheit, oder ein Gefühl: „Jetzt erst recht“?

Antwort: Die neuen Projekte die Scottish Coal angehen will bedeuten eine enorme Herausforderung für unsere Kampagne. Dennoch eröffnen sie für uns riesige Chancen. Scottish Coal hat



die Vor-Beantragungen für 3 weitere Tagebaue kürzlich eingereicht. Diese Pläne sind Teil von Scottish Coals „Nachhaltigkeitsstrategie“. Diese beinhaltet 3 Minen die insgesamt 5,4 Millionen Tonnen Kohle erzeugen die zur Stromerzeugung verbrannt werden. Und das in einer Gegend, in der bereits 5 Kohletagebaue in Betrieb sind. Die offiziellen Anträge für die Minen werden Anfang 2011 gestellt werden. Scottish Coal hat Vor-Beantragungs Beratungs-Events in den lokalen Gemeinden veranstaltet, was bedeutet, dass sie in der Beantragung schreiben können, dass sie die Gemeinden mit einbezogen haben in die Planung. Diese Events wurden gut besucht von wütenden Widerständler_innen die Scottish Coal deutlich mitteilten was sie von ihren Plänen halten.

Wir glauben, dass diese Pläne eine beängstigende Herausforderung für uns bedeuten. Sie zeigen aber auch, dass unser Widerstand erfolgreich ist. Scottish Coal hat das Douglas Valley identifiziert als einen Ort an dem mit sehr viel Widerstand zu rechnen ist. Wir haben das Gefühl, dass die neuen Anträge eine 'smash and grab'-Taktik ist, zerstören und zugreifen. Der Versuch soviel wie möglich auf einmal zu bekommen, weil sie wissen, dass die Anwohner_innen und die THWAC Camper_innen dauerhaft Schwierigkeiten machen werden.

Diese Pläne haben die Bewohner_innen ziemlich aufgebracht. Das geographische Ausmaß der Pläne bedeutet, dass alle Menschen im Douglas Valley betroffen sein werden. Die Leute können nicht mehr länger nur gegen die Mine vor der eigenen Haustür argumentieren: Sie werden umzingelt sein von Minen, wenn diese Pläne umgesetzt werden. Die Leute von vor Ort fangen an sich solidarisch zu organisieren, und bereiten einen gemeinsamen Kampf gegen Scottish Coal vor. Seit der Veröffentlichung von Scottish Coal's „Nachhaltigkeitsstrategie“ hat sich eine neue Widerstandsgruppe gegründet, die Leute aus den verschiedenen Dörfern, bei den verschiedenen Minen zusammenbringt. Sie nennt sich STOP!: Stop the opencast plans. Sie organisieren eilig öffentliche Treffen im Dezember, um den Widerstand gegen die Pläne zu versammeln.

Coal Action Scotland war sehr erfreut darüber, dass eine Kampagne die wir unterstützen, die Kampagne gegen den Airfield Tagebau in East Lothian, nahe Edinburgh kürzlich einen großen Erfolg hatte. Die Behörden haben Scottish Coal's Pläne abgelehnt über 2 Millionen Tonnen Kohle dort zu fördern. Wir hoffen von diesem Erfolg zu lernen, und Fähigkeiten und Erfahrung zu teilen zwischen den lokalen Aktiven an beiden Standorten.

Frage: Hat sich im Vergleich zur Besetzung in Mainhill etwas an eurer Stärke geändert? Wie groß ist die Anzahl der Leute im Camp? Wie groß ist eure Aktionsfähigkeit? Wie groß ist die Unterstützung der Anwohner_innen? Gibt es welche die sich komplett in die Besetzung einbringen? Gibt es Konflikte mit den Anwohner_innen?

Antwort: Das Camp hat eine ähnliche Größe im Bezug auf die Anzahl der Aktiven. Die Verteidigung ist weniger ausgiebig, da wir unsere Auswirkungen auf den Wald hier minimieren wollen, da es ein Gebiet mit viel Biodiversität und ausgiebigem Unterholz ist. Es gibt immer viel zu tun auf einer Besetzung im Winter. Um warm zu bleiben muss Holz gesammelt werden, und der Holzofen gefüttert werden, und die Campinfrastruktur aufgebaut und erhalten werden. Und dann müssen natürlich Aktionen gemacht werden, andere Leute müssen unterstützt werden, die kommen um Aktionen zu machen. Wir versuchen auch, uns an der STOP! Gruppe zu beteiligen. Gerade verteilen wir 5000 Flyer in allen nahe gelegenen Dörfern für das öffentliche Treffen. Jetzt schneit es wieder und die Anwohner_innen sind unterstützungsfreudig

wie immer. Wir haben Baumaterial, Kleider und Essen gespendet bekommen, und wir kriegen unser Wasser von einem unterstützenden Widerständler in der gleichen Straße. Die Lokalen tendieren nicht dazu auf der Besetzung zu bleiben. Aber sie besuchen uns regelmäßig, oft mit ihren Familien. Sie kommen auf eine Tasse Tee und diskutieren die Neuigkeiten über Scottish Coal und den Widerstand. Wir sind glücklich, dass es keine Konflikte zwischen den Besetzer_innen und den Anwohner_innen gab. Niemand will dass Scottish Coals Pläne umgesetzt werden, und wir haben festgestellt, dass fast alle in der Gegend unsere Kampagne unterstützen.

Frage: Auf Indymedia-scotland habe ich gelesen, dass es im Rahmen des 'climat camps' in Edinburgh Konflikte gab zwischen Aktivist_innen aus den climat camp Zusammenhängen und Anti-Kohle Aktivist_innen aus Schottland. Könnt ihr etwas darüber erzählen?

Antwort: Ich würde sagen Konflikt ist zuviel gesagt. Es gibt aber politische Differenzen zwischen Anti-Kohle Aktiven in Schottland und einigen aus dem 'climat camp' Prozess. Die Entscheidung dass das 'climat camp' in Edinburgh stattfinden soll wurde auf einem Treffen in England getroffen, ohne Leute mit einzubeziehen, die bereits in Schottland aktiv sind. Es wurde entschieden sich auf die 'royal bank of scotland' zu fokussieren, ohne darüber nachzudenken wie weit das mit lokalen Kämpfen und bereits existierenden Kampagnen, in Edinburgh oder allgemein in Schottland, zusammenwirken könnte. Viele Leute die nun in Anti-Kohle Kämpfen in Schottland aktiv sind und am 'climat camp' teilgenommen hatten, sehen nun Kritik an 'climat camps': Sie sind zu kurzatmig, fokussieren sich auf ein großes Thema für eine Woche und verschwinden dann für den Rest des Jahres. Die Kampagne im Douglas Valley versucht bewusst konstant an einem Ort zu bleiben und eng mit den Menschen die dort leben zusammen zu arbeiten und zusammen zu kämpfen, mit einem langen Atem. Das 'climat camp' hat sicherlich eine Notwendigkeit und ist ein wichtiges Event um Menschen zu involvieren in direkte Aktionen. Es kann bestimmt auch eine radikalisierende Erfahrung für Menschen sein. Dieses Jahr gab es auch einige gute Aktionen. Abgesehen von den politischen Differenzen arbeiteten wir diesen Sommer effektiv mit dem climat camp zusammen und organisierten eine Radtour und eine Führung für Leute von dem Camp nach Airfield, dem Ort wo die Kampagne gegen einen Tagebau kürzlich den Sieg davon tragen konnte. Es war gut für die Kampagne von so vielen climat campers gepusht zu werden, und es war gut für die climat campers in Kontakt mit einer Gemeinde zu kommen, die unter direkter Bedrohung von umweltzerstörerischen Investitionen der Banken steht. Es ist die Arbeit auf diesem graßwurzelebene mit den Gemeinden von der ich denke, dass sie am aller effektivsten ist. Wir werden sehen!



Castorblockade in Dalle – Ein Bericht "In meinem Abschnitt!"

Blockadebär Es ist Vormittags am Sonntag, den 7. November 2010.

Der Castor rollt seit einigen Stunden schon durch Niedersachsen und hat fast die Stadt Celle erreicht. Die Polizei erhofft sich einen störungsfreien Ablauf des Transport bis dieser in Lüneburg eintrifft. Doch dies wird nicht so sein. In Dalle in der Nähe von Celle blockiert eine Gruppe unabhängiger Aktivist_innen die Gleise, um den Castor an seiner Weiterfahrt zu hindern und ihre Kritik an dem Transport von radioaktiven Atommüll, Atomkraft und deren Auswirkungen auf Menschen und Umwelt zum Ausdruck zu bringen. Drei Aktivist_innen haben sich mit Rohren unter den Schienen festgekettet.

Im folgenden wird die Aktion chronologisch aus der subjektiven Wahrnehmung einer beteiligten Aktivistin erzählt:

Gegen 11.50 Uhr wird die Blockade aufgebaut. Zu dem Zeitpunkt sind noch keine Polizist_innen vor Ort.

Es gibt die Info, dass die Strecke für alle Züge gesperrt worden ist, dennoch nähert sich gegen 12.00 Uhr ein Metronom aus nördlicher Richtung der Blockade, kommt jedoch kurz vor der Blockade zum Stehen. Kurze Zeit später erscheint der erste Polizist von der Bereitschaftspolizei Niedersachsen, die mit der Streckenüberwachung während des Castortransports betraut ist, am Ort des Geschehens. Mit den Worten „So eine Scheiße! In meinem Abschnitt!“ kommt er aus dem Gebüsch neben den Gleisen gerannt. Kurz darauf treffen auch weitere Polizist_innen der niedersächsischen Bereitschaftspolizei ein, die jedoch mit der Situation überfordert sind und nichts gegen die Blockade unternehmen.

Gegen 12.15 Uhr nähert sich der Castortransport der Blockade und kommt wenige hundert Meter vor ihm zum Stehen. Das Ziel der Blockade ist vorerst erreicht. Der Castor steht! Aus den vorgespannten Waggons des Castorzuges steigen Horden von Bereitschaftspolizist_innen aus, die mit solchen Situationen vertraut schienen. Der Einsatzleiter der Castorbullen löst die Versammlung auf und gibt den Aktivist_innen 5 min. Zeit die Blockade freiwillig zu räumen. Nach Ablauf dieser Frist werden bis auf die fest geketteten Personen und eine Kontaktperson alle Menschen von der Blockade geräumt und

von der Polizei in Gewahrsam genommen. Sie dürfen sich jedoch weiterhin auf dem Damm neben der Blockade aufhalten und können so das weitere Geschehen beobachten.

Kurz vor 13 Uhr beginnt die Polizei damit, sich auf eine Räumung der Gleise vorzubereiten. Eine der festgeketteten Personen hört, wie der Einsatzleiter der Castorbullen das weitere Vorgehen über sein Telefon durchgibt.

Die Polizei hat in der Zwischenzeit die Werkzeuge herbeigeschafft und beginnt die Schrauben an den Gleisen auf einer Strecke von ca. 15 Metern zu lösen. Danach wird das Gleis 1,5 Meter hinter den fest geketteten Personen aufgeflext und mit Hilfe einer Art Wagenheber angehoben. Die beiden Personen werden auf Rettungstücher gelegt, die mit jeweils 6 Polizist_innen getragen werden. Das Rohr wird mit 4 Polizist_innen getragen. Mit insgesamt 16 PolizistInnen werden die beiden Personen aus dem Gleisbett herausgehoben und auf den Damm neben den Gleisen getragen.

Die fest gekettete Person auf dem anderen Gleis wird derweil informiert, dass sie unterm Gleis fest bleiben wird und der Castor an ihr auf dem Parallelgleis vorbeifahren wird (der Abstand zwischen Castor und Person beträgt ca. 1,5 Meter). Die losgelöste Schiene wird derweil wieder abgelassen und das Gleis so repariert, dass es wieder von Zügen befahrbar ist.

Um zu verhindern, dass die festgekettete Person umsonst der Strahlung des vorbeifahrenden Atommülltransports ausgesetzt wird, sollen Schlüssel zur Blockade gebracht werden, mit denen sie sich befreien kann. Dies wird der Polizei mitgeteilt und ausdrücklich gesagt, dass mit der Vorbeifahrt des Castors gewartet werden sollte, bis die Person sich befreit hat. Die Polizei nimmt die Info zur Kenntnis, betont jedoch, dass der Castor in ca. 10 Minuten losfahren würde und keine Rücksicht darauf genommen wird, ob sich die festgekettete Person befreit hat. Auf das Argument der Gesundheits-

gefährdung der sich am Gleis befindlichen Person wird nicht eingegangen. Es wird lediglich mit dem Gegenargument geantwortet, dass der Castor langsam fahren würde, der Zeitraum des Vorbeifahrens jedoch nicht lang genug sei, um ernsthafte gesundheitliche Schäden zu verursachen.

Nach Ablauf der 10 Minuten beginnt die Polizei sich auf die Abfahrt des Zuges vorzubereiten.

Die Kontaktperson entscheidet sich dafür, bei der fest geketteten Person zu bleiben. Ihr werden zwei Polizistinnen zur Seite gestellt, die sie festhalten, um zu verhindern, dass sie versuchen könnte den Castor an seiner Weiterfahrt zu hindern. Der festgeketteten Person werden zwei Sanitäter zur Seite gestellt, die sich vor sie knien. Dann fährt der Castor vorbei. Zuerst kommt eine Elektrolok, dann drei Personenwaggons der Polizei, bei denen an jedem Fenster Polizist_innen stehen, die mit ihren Handys Fotos machen und provokante Sprüche gegenüber der festgeketteten Person und der Kontaktperson äußern. Danach kommen die 11 Castoren. Der Zug fährt unglaublich langsam und es dauert mindestens 5 min. bis die Behälter vorbei gefahren sind. Nach den Castoren kommen noch einmal 2 Personenwaggons mit Polizist_innen. Es wiederholt sich das Szenario, welches sich schon bei den



Auch der lustige Blockadebär wurde später in Gewahrsam genommen. Ob ihm nun eine Anzeige droht?

Waggons zu Beginn des Zuges abspielte. Kurz nach Durchfahrt des Castors kommt der Schlüssel an der Blockade an, die Person befreit sich selber von den Gleisen und wird von der inzwischen eingetroffenen Bundespolizei in Gewahrsam genommen und zu den anderen bei der Blockade in Gewahrsam genommenen Menschen auf den Bahndamm gebracht. Dort befinden sich auch

die zwei anderen festgeklebten Personen, die immer noch mit jeweils einem Arm in ihrem Rohr fest sind. Sie werden erst ca. 1 ½ Stunden nach der Durchfahrt des Castors von einem Technikteam der Bundespolizei aus dem Rohr befreit und wie die anderen Menschen in die Gefangenensammelstelle nach Lüneburg gebracht.

Dort werden die bei der Blockade in Gewahrsam genommenen Menschen, die sich nicht festgemacht haben, wieder freigelassen. Die Personen, die sich festgemacht haben werden dem Haftrichter vorgeführt. Der entscheidet, dass alle drei auf Grund der Gefahrenabwehr solange in Gewahrsam bleiben müssen, bis der Castor im Verladebahnhof in Dannenberg angekommen sei. Zu dieser Zeit zeichnet sich bereits ab, dass der Castor den Verladebahnhof frühestens am Montagmorgen erreichen wird, da er durch eine kilometerlange Sitzblockade auf den Gleisen vor Harlingen aufgehalten wird. Der Zug erreicht den Verladebahnhof in Dannenberg erst am Montagmorgen, den 8.11.2010 mit einer mehr als 20-stündigen Verspätung.

Kurz darauf wurden die drei Aktivist_innen wieder freigelassen.

Alles in allem war die Blockade ein Erfolg. Der Castor wurde durch diese Aktion ca. 3 Stunden aufgehalten.



Warum es sinnvoll ist den Castor zu blockieren!

Eine Erklärung der Aktivist_innen:

Was Kritiker_innen und Aktivist_innen schon vor Jahrzehnten wussten, ist inzwischen durch zahllose Studien, Gutachten und Erfahrungswerte belegt: Die Atomkraft ist eine Technologie ohne

oder nicht vorhandenen Strahlenschutzvorkehrungen für Arbeiter_innen und Anwohner_innen zumeist in den Gebieten indigener Gemeinschaften oder anderer unterprivilegierter Gruppen statt. Das Uran wird um den Globus transportiert und straft die Worte von der heimischen Atomenergie Lügen.

Die Bedürfnisse und Interessen unzähliger Menschen entlang der Produktionskette sowie der Betroffenen eines eventuellen GAUs werden weiterhin ignoriert, wenn massive Polizeiaufgebote Castortransporte und längere Laufzeiten gegen die Proteste aus der Bevölkerung durchsetzen. Das und die Herrschaftsverhältnisse, aus denen die Atompolitik von oben entspringt, halten wir für nicht verantwortlich. Deshalb möchten wir aktiv werden, unser Leben selbst in die Hand nehmen und in die Gestaltung der Welt um uns herum eingreifen.

Um ein direktes Resultat zu erreichen und Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit des unabhängigen Engagements auch kleiner Gruppen von Menschen zu richten, haben wir uns für diese Aktionsform entschieden.



Was ist denn hier los? Spielen da Bullen Rugby auf der Castorstrecke? Nein, nur eine Lock-on Aktion!

Zukunft. Strahlende Brennelemente auf Gleisen quer durch Frankreich und Deutschland zu karren ist ein enormer Unsicherheitsfaktor. Wichtiger noch: Es gibt weltweit kein sicheres Endlager für Atomschrott, wie die Debatte um den Standort Gorleben und die Erfahrungen mit dem gescheiterten Modell-Endlager Asse II eindrucksvoll offenbarten. Ebenso wie die Asse steht auch der Gorlebener Salzstock nicht für eine Lösung des Atom-müllproblems, sondern für dessen Verlängerung. Zu allem Überfluss sollen die heutigen und die zukünftigen Generationen dieses unberechenbare Risiko auch noch für eine vollkommen unnötige und ineffiziente Technologie auf sich nehmen: Atomstrom ist weder flexibel, noch günstig, noch grün – zum Beispiel wegen des notwendigen Uranabbaus. Dieser findet unter menschenverachtenden Bedingungen bei ungenügenden

Weitere Infos zur Blockade:

castorblockadedalle.wordpress.com

Die Aktion wird ein rechtliches Nachspiel haben, welches Geld kostet.

Menschen, die die Aktion unterstützenswert finden und Geld entbehren können, können es auf folgendes Konto transferieren:

Name: „Spenden&Aktionen“
Stichwort: Castorblockade Dalle
Kontonr.: 92 88 18 06
BLZ: 513 90000 (Volksbank Mittelhessen)

The Matrix of the Philippine Mining Industry

“Undangon Ang Mina”

Background

The Philippine archipelago is a mountainous area having approximately 30 million hectares of land. It has 7,101 islands with three major regions- Luzon, Visayas and Mindanao. Geologically, the Philippines is a part of the Circum-Pacific Belt of Fire wherein mineral resources are exceptionally abundant. Historically, one of the reasons why the Philippines was a major target of colonial powers in the 15th century (Spanish, Americans and Japanese), is because of its affluence in minerals such as Gold, Copper, Nickel, Silver, Iron and many others. Through centuries, many "mining hotspots" were issued by the Philippine government as "reserved areas" for future exploitation. As a neo-colonized country and a member of the World Trade Organization with a population of 32.9% living below poverty level, the Philippine government is coerced to adhere to neo-liberal policies.

Its adherence to such has been a disaster for both the rural people (indigenous/tribal communities, farmers and fishermen) and the environment (watersheds, farmlands, rain forests, oceans).

History

Mining in the Philippines started in pre-colonial period. In a number of regions in the archipelago, indigenous communities mined for gold, copper and many other minerals for different purposes. Natives from all over the Philippines used gold, pearls, agate and so on, for body ornaments. Gold was also bartered with merchants all over Asia and Europe in the pre-Islamic and Islamic period. It is noted

that many merchants from Luzon (Northern Philippines), Brunei and Jolo traveled continually all throughout Mindanao in search for slaves and gold. However, the first commercial mine was in Benguet, Central Luzon- the Benguet Mining Corporation.

Roughly 400 years ago, the Spaniards took advantage of the affluent mineral resources they can get. In fact, gold was the main reason why Spain colonized the Philippines, mainly for their so called Royal Service. They made a law to inspect the existing minerals in the archipelago and this law was called Inspeccion de Minas.

However, it was the Americans who made strategic steps to exploit the minerals of the Philippines. Implementing a Mining Law in May 1867, they did a geological survey which validated the Philippines as a mineral-rich country. They issued Act 468- a law which basically gives the government the right to reserved mineral lands for its own purposes. They claimed a number of areas as "reserved areas" for future mining, and thus the commercialization of the Benguet gold mining.

In the year 1914 in the south, Surigao and other parts of Caraga Region was declared as an "Iron Reserved" area for future mining. By then, the mining industry in the Philippines was on its way to boom and the Commonwealth US government took more hold of it forming a Mining Bureau to regulate all potential operations in the future.

In 1921, there was no large scale mining but many were making a living from small scale gold mining. By 1933 to 1941, gold mining popped up its cherry. It was the dominant mineral in the industry and was the most important. A decade later, under the tyranny of the Japanese, Filipinos were coerced to mine for metals in many regions of the Philippines, to be used for war weapons in the Japanese sick conquest

to rule the world.

This paved way for a more commercialized, exploited and degenerated Philippines. In the 1950's copper mining was the most successful, and was the baby of Mining corporations. Large scale mining followed a few generations later reaching its peak in the 1960 and 1970's. By the late 80's, world demand for copper decreased because the world seemed to switch its interest on gold. However, a number of mining companies who mined for gold in that period closed because of law violations and so gold mining had a bit of denouement.

Under the WTO, IMF-WB, the neo-colonized Philippines was again coerced to adjust its economic policies to adhere to neo-liberal policies. By 1994, pro-development politicians such as Gloria Macapagal Arroyo among the rest, lobbied a Mining Bill which would later become the Republic Act 7942 or the Philippine Mining Act of 1995.

This law basically puts power over land, resources and life to Corporations and because of the Regalian doctrine- a law which basically gives the government the right to own and do whatever they wish in public lands, many areas became mining hotspots.

By 1996, the Philippine Mining Industry got back on track allowing offshore companies to operate fully in the reserved areas and so was disaster to a number of places in the Philippines. In March 1996, the Marcopper tunnel in Marinduque collapsed. In rough estimation, 1.6 million cubic meters of mine tailings flowed from the mine pit to the Makulapnit and Boac river trapping 4,400 people in 20 villages. That incident killed the Boac river not to mention the massive siltation of downstream communities and coastal areas. Among the number of tragedies that happened in 1998 are the Malangas Coal Corporation case in Zamboanga Del Sur, Mindanao where an explosion occurred in the mine site killing almost a hundred workers and injuring 35 people and by 2004, another disaster happened in Surigao Del Norte, Mindanao. That time, it was from one of the largest and longstanding mining corporations in the Philippines- the Manila Mining Corpor-



Industrieller Goldabbau in Philippinen

ation(MMC). Three disastrous incidents occurred where approximately five million cubic meters of waste materials containing high levels of mercury damaging local people's agricultural lands and temporarily poisoned the adjacent Placer Bay.

The Matrix of the Philippine Mining Industry - Today

The mining industry is one of the biggest industries in the world to date. In every part of the world where there are minerals, mining companies such as Canada, United States, Australia, Asia, Japan and Norway and many parts of Europe compete to exploit the resources which they can gain profit from. Consequently, this has led to the horrendous destruction of the Earth's biosphere. Life support system such as water forests and wildlife are destroyed everyday to serve the mining companies profit motive.

In addition, local people's livelihood system are eradicated in the process. Farmers, fisher folks, and indigenous/ tribal people's end up being harassed, bribed with money and other tactical incentives, displaced and inevitably, some people get killed if they militantly oppose a mining operation in their region.

Mining is a vital industry of the techno-industrial society. Through centuries, people from different corners of the globe mined for different kind of minerals which they can use in daily lives. However, the advent of neo-liberalism or capitalism has made the industry more powerful and tyrannical. In just a few hundred years, the mining industry has put tragedy to various corners of the globe. They have destroyed the planet's biosphere including wildlife, farmers, fishermen, indigenous people and had made the last remaining forests, rivers and oceans of the world, which have existed for millions of years, disappear.

More than 100 upland tribal groups excluding fisher folks and farmers in the Philippines were radically affected by destructive logging and mining operations from 1960-1980. Despite the resistance and support from outside groups, tribal people, farmers and fisher folks are most likely to leave their land, culture and resources; and forced to adapt a new way of life (industrialized) and get displaced in the slums of cities.

At the present, there are more than 20 Major Large Scale mining operations, 10 Medium Scale Nickel Mines, more than

50 pending mining applications and more than 2000 Non-metallic small scale mining operations all throughout the Archipelago with unique historical backgrounds, mineral resources, ecological habitat and economic conditions.

In a nutshell, mining company bullies, mostly coming from Canada, Australia, Japan, Asia and Europe are doing the following to people and nature:

- ✍ Manipulate Philippine Government laws (through pro-development politicians) to pursue mining operations. Bribing local and national politicians including the police and military forces to support their campaigns.
- ✍ Disrespect local people's parameters on their land and resources.
- ✍ Displace indigenous/tribal communities, force them to leave their land and resources.
- ✍ Bribing local people with money and resources and promise them a better life condition by offering "jobs".
- ✍ Threaten a watershed stability of a given mining target area.
- ✍ Destroy farmlands and sea resources.
- ✍ Destroy forest ecosystems of a given area.

Our Solution: Eco-Defense Project: Community Solidarity, Cyberactivism, and Media Advocacy

The project aims to reach out and support mining affected communities all over the Philippines through documentation, cyberactivism and Media Advocacy.

Undangon Ang Mina (Translated in Filipino-Visayan as "Stop Mining") Network is a small group of people in a number of places in the Philippines working on Anti-Corporate operations. The group aims to reach out to a number of communities of resistance all over the Philippine archipelago- build solidarity ties, and support them in their battle against corporate domination by setting up the following:

An independent fact finding group to document the damages brought by corporations in different areas in the Philippines.

An active grassroots networking group (local and international) to stimulate local and international mobilization.

An independent media group that will document human rights abuses and environmental damage brought mostly by Canadian, Australian, American (US), Asian and European Mining Companies operating in the Philippines.

The destruction of rain forests, jeopardy on watershed security, disregardment of people's rights to self-determination,

autonomy and self-sufficiency, corrupt political system (Philippine context), displacement of indigenous communities, fisher folks and farming societies, and the coercion to fit in with the corporate culture definitely needs have its end. People all over the archipelago are organizing themselves and working with outside groups to resist corporate tyranny and bring justice. However, throughout the years, the approach of working together with communities has been dominated by Leftist groups and is most hierarchical in many terms. It has been the same traditional pattern, NGO's and missionary aid enter a community, bring in new ideas, give support (depending on what "specialty" the NGO might have) and try to let people follow the leftist brand of socio-political and economic solution.

Furthermore, the Philippine political spectrum is predominantly composed of two blocks (Akbayan and BAYAN MUNA- both are communists) with hundred of umbrella organizations and people's movement. All throughout the country, these groups had been working on anti-mining issues apart from the many, and have been the partner of most communities against mining. The dilemma however is, people are left with little or no decision making power as these groups are most likely to mediate and in many occasions dictate what needs to be done.

In response to the bureaucratic, hierarchical approach to solidarity resistance of anti-mining communities in the Philippines, ecological havoc and cultural demolition, the network aims to take action by:

Connect to communities of resistance (local and international)

✍ Inform local groups where head offices of companies are located f.e Philex Gold Corporation- Vancouver, Canada and set up an international pressure and boycott campaign.

✍ Document their issue (text, audio and video documentary) - Human rights abuses and environmental devastation and inform the local and global community.

✍ Bring in an anti-authoritarian approach to integration and relationship and working with communities- support the locals with what they think and feel, is the best solution for the mining situation in their area.

✍ Learning and exchanges from different community situations and struggles.

Further Information:

<http://undangonangmina.alphabetthreat.co.uk>
<http://kinaiyahanunahon.alphabetthreat.co.uk>

Räumung der Besetzung gegen den Mega-Schlachthof in Wietze

Besetzer_in Am 10. August 2010 umzingelte die Polizei mit 200 Uniformierten, Hunde- und Pferdestaffel sowie unterschiedlichsten Räumfahrzeugen das besetzte Baugelände um 6 Uhr in der Früh. Nachdem alle Aktivist_innen rechtzeitig an ihre geplanten Blockadeplätze gelangt waren, begannen schwarz verummte Polizist_innen des SEK die ersten Festgeketteten in 10m Höhe zu räumen. Andere Einsatzkräfte brachten zwei für die Kommunikation zwischen Angeketteten und Polizist_innen verantwortliche Besetzer_innen vom Gelände bevor es diesen möglich war lebenswichtige Hinweise zu den Blockadepunkten zu geben.

So gefährdete die Polizei insbesondere die Leben der beiden Aktivist_innen, die im als Bunker um-

funktionierten unterirdischen Wohnwagen befestigt waren: Das instabile Dach wurde mit zu hohem Gewicht belastet und so beinahe von der Polizei zum Durchbruch gebracht.

Der unverantwortliche und lebensgefährdende Umgang zieht sich durch die gesamte Räumung, so dass schlussendlich ein Aktivist kollabierte, was erst 20 Minuten später bemerkt wurde. Er wurde anschließend ins Krankenhaus gebracht.

Die restlichen Beamt_innen standen während der 12 Stunden dauernden Räumung tatenlos in der Gegend herum und unterbanden jeglichen Kontakt zwischen Presse und Besetzer_innen.

Alle beteiligten Besetzer_innen erhielten ein Betretungsverbot für halb Wietze. Zwei Paar Schuhe wurden aufgrund des Rautenprofils beschlagnahmt und den mutmaßlichen Besitzer_innen wurde einige Wochen später mitgeteilt, dass gegen sie wegen Brandstiftung an der in Sprötze abgebrannten Hühnermastanlage ermittelt werde. Weiterhin hat die Polizei wichtiges und teures Material weggeschmissen, anstatt es zu beschlagnahmen. So zum Beispiel:

- zwei „Alex“-Zelte für jeweils ca. 10 Personen
- eine Bierbankgarnitur
- eine ganze Kiste mit Tellern, Besteck und Kochutensilien
- ein Pavillon
- einige Decken und Schlafsäcke
- Wasserkanister
- Planen
- Spaten

Für Hilfe, dieses Material wieder zu besorgen wären die Besetzer_innen sehr dankbar.

Kontakt: aif@riseup.net

Titelthema in der nächsten Ausgabe: Ziviler Ungehorsam

Floh Ziviler Ungehorsam liegt im Trend. Obwohl Autoritätsgläubigkeit und vorausseilender Gehorsam nicht gerade untypisch für das Land namens Deutschland sind, lassen sich genau dort regelmäßig relevante Menschenmengen für Gesetzesüberschreitungen mobilisieren, sobald eine Aktion das Label „Ziviler Ungehorsam“ trägt und sie im Rahmen einer professionellen Kampagne beworben wird. Egal ob es um Castortransporte oder Naziaufmärsche geht: Zur zivilen Sitzblockade kommt auch das Bürgertum – und manchmal werden sogar Genpflanzen oder Bahngleisschotter entfernt.

In der nächsten Ausgabe des grünen blattes soll sich kontrovers mit diesem Thema auseinandergesetzt werden: Was ist sein Ursprung, was die dahinterstehende Ideologie? Was sind eigentlich die Charaktermerkmale von zivilem Ungehorsam und wie unterscheidet er sich von einer Direkten Aktion? Was sind die Chancen einer Bewegung des zivilen Ungehorsams, was ihre Beschränktheiten? Und: Ist nicht genau im zivilen Ungehorsam letztendlich der ansonstige Gehorsam bereits angelegt?

Wir (Leute, die an der Herausgabe dieser Ausgabe beteiligt waren) freuen uns über eine rege Beteiligung an der Debatte über diesen Themenkomplex.

Da das grüne blatt kein Einbahnstraßenmedium sein soll, bei dem die Meinungen von wenigen für viele konsumierbar gemacht werden, hoffen wir, dass sich vielleicht mehr Menschen aktiv an den Debatten im grünen blatt beteiligen, wenn Titelthemen bereits in der vorherigen Ausgabe angekündigt werden. Also: Ran an die Tastaturen! Artikel könnt ihr auf der Webseite einstellen:

<http://www.gruenes-blatt.de>

ISSN 1612-2186

Ich abonniere ab sofort das "grüne blatt"!

Bitte schickt mir... ☐ ein Exemplar (15€/4 Ausgaben) ☐ 10 Exemplare (60€/4 Ausgaben) ☐ __ Exemplare (__€/4 Ausgaben)

Name: _____ Anschrift: _____

☐ Geld liegt bar oder in Briefmarken bei

☐ Ich zahle per Bankeinzug und ermächtige Greenkids e.V.

Den obenstehenden Betrag abzubuchen von meinem Konto:

KNr.: _____ BLZ: _____

Unterschrift: _____

grünes blatt



ausschneiden und ab an:
grünes blatt, Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg